

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Zentral-Frankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementspreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Bestellgeld),
bei Zustellung unter Kreuzband M. 1,90.

Erscheinungs-: Joh. Staning, verantw. Redakteur: Aug. Winntz,
beide in Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg 1, Seidenbinderhof 56.

Schluss der Redaktion: Dienstag Morgen 8 Uhr.
Verlags-Anzeigen
für die dreispaltige Beitzelle ober deren Raum 80 A.

Verbandskollegen! Versäume keiner die im Oktober stattfindenden ausserordentlichen Generalversammlungen

Inhalt: Klerus und christliche Gewerkschaften. — Noch einiges vom Parteitag der Sozialdemokratie. — Der Anarchismus und die Gewerkschaften. — Politische Umform. — Sozialdemokratischer Parteitag in Mannheim. (Politischer Massenstreik.) — Maurerbewegung: Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen. — Bekanntmachung des Verbandes vorstehendes. — Mitteilung. Bekanntmachungen der Gewerkschaften. — Bericht. Verbot oder Reform der Alfordarbeit? Die Organisation der Bauarbeiter in Frankreich. — Zentral-Frankenkasse. — Vom Bau: Unfälle, Arbeiterbesch. Submissionen usw. — Aus anderen Verufen. — Polizei und Gerichte. — Eingegangene Briefe. — Briefkasten. — Anzeigen. — Feuilleton: Gedanken zur Hundertsten Wiederkehr des Tages von Jena.

Klerus und christliche Gewerkschaften.

Der größte Teil der katholischen Geistlichkeit will bekanntlich von den sogenannten interkonfessionellen oder christlichen Gewerkschaften, deren Mitglieder Katholiken und Protestanten sind, nichts wissen, vielmehr nur solche Arbeiterorganisationen gelten lassen, die sich als katholische streng konfessionell von allen anderen scheiden. Darüber ist es in den Kreisen der katholischen Arbeitererschaft zu einer scharfen Gegensätzlichkeit gekommen. Während sich die einen zu den christlichen Gewerkschaften bekennen, geben die anderen den katholischen Arbeitervereinen mit Fachabteilungen den Vorzug. Mitglieder solcher Vereine sind unter Leitung von Geistlichen sehr feindselig gegen die christlichen Gewerkschaften vorgegangen. Kürzlich z. B. wollte eine Zahlstelle der christlichen Gewerkschaften in Opatowitz eine Mitgliederversammlung abhalten. Da fand sich, wie der „Kölnischen Volkszeitung“ berichtet wurde, am schwarzen Brett des dortigen katholischen Gesellenvereins folgendes angeschlagen:

„Es ist den Herren Geistlichen zu Ohren gekommen, daß heute Abend eine Zahlstelle der christlichen Gewerkschaften gegründet werden soll, wobei sich auch Mitglieder des Gesellenvereins beteiligen wollen. Die Herren sehen darin ein Vorgehen der (1) von ihnen vertretenen Arbeiterinteressen und rate ich entschieden von einem Beitritt zur Gewerkschaft ab. Es erzeugt auf jeden Fall böses Blut und werden die Herren, die sich der Sache angenommen, dies auch zu hören bekommen.“

Die Folge dieser Bekanntmachung war, daß die Mitgliederversammlung der christlichen Gewerkschaften eine lärmende Störung erfuhr, was die Leiter dieser Gewerkschaften veranlaßte, öffentlich Stellung dagegen zu nehmen, daß im Namen des „wahren Katholizismus“ Geistliche ihren Einfluß zur Bekämpfung der christlichen Gewerkschaften benutzen.

Nunmehr haben sich zwei katholische Geistliche zu dem Thema „Katholische Arbeitervereine und christliche Gewerkschaften“ geäußert. In dem „Regensburger Korrespondenz- und Offerten-Blatt für die gesamte katholische Geistlichkeit Deutschlands“ spricht sich Benefiziat Stillger dahin aus:

„Die Mitgliederzahl der christlichen Gewerkschaften hat eine Viertelmillion überschritten, und wenn es in dem Tempo des Wachstums weitergeht, dann wird der Zeitpunkt nicht mehr allzufern sein, wo die christlichen Gewerkschaften eine halbe Million Mitglieder hinter sich haben; denn im ersten Viertel des laufenden Jahres betrug der Zuwachs 25 000 und im zweiten 30 000 Mitglieder. Die Zahl 800 000 kann also noch heuer leicht überschritten werden. Was folgt daraus? Daraus folgt, daß die katholischen Fachabteilungen gegenüber den christlichen Gewerkschaften nie mehr besondere Bedeutung erlangen können. Wenn

wir uns nun auf katholische Fachabteilungen verweisen, so kann nur erreicht werden, daß wir Katholiken in diesem Punkt hinterdreintreten und in der heutigen Arbeiterbewegung einfach ausgeschaltet werden. Ein solches Schauspiel möge man doch der Welt ersparen. Aber nicht allein der Rückständigkeit würde man verfallen, sondern man könnte es sogar erreichen, daß man in den christlichen Gewerkschaften eine gegen die katholischen Geistlichen feindselige Strömung hervorrufen würde.“

In demselben Sinne äußert sich in der Passauer „Theologisch-praktischen Monatschrift, Zentralorgan der katholischen Geistlichkeit Bayerns“, der Augustinerpater Jordan. Er will „mit den Vorurteilen gegen die christlichen Gewerkschaften unter dem Klerus aufräumen“. Zunächst sagt er:

„Die Hauptaufgabe der christlichen Gewerkschaften besteht in der wirtschaftlichen Hebung des Arbeiterstandes, derjenigen Arbeiter, die Fachgenossen sind. Allerdings wurde auch bei den konfessionellen Arbeitervereinen betont, daß sie zur wirtschaftlichen Verbesserung des Arbeiterstandes mitwirken sollen, aber dieselben können diese Aufgabe nur in einem beschränkten Maße erfüllen. Die Hauptaufgabe hierin muß immer von den christlichen Gewerkschaften geleistet werden und ist dies tatsächlich auch der Fall. Es sei daran erinnert, daß in gar vielen Fällen die konfessionellen Arbeitervereine soviel wie nichts leisten können gegenüber einer Lohnbewegung, weil erfahrungsgemäß oft von den Arbeitern irgend eines Betriebes die allerwenigsten zugleich Mitglieder des konfessionellen Arbeitervereins sind. Da tritt an die Stelle des Vereins die Fachgenossenschaft, die gewerkschaftliche Organisation, die Selbsthilfe.“

Die konfessionelle Arbeiterorganisation wird also für die Lösung gewerkschaftlicher Aufgaben als belanglos hingestellt. Aber da ist es doch eine Inkonssequenz, rüchrichtig derselben Aufgaben noch Wert zu legen auf den „christlichen“ Charakter einer Arbeiterorganisation. Muß Pater Jordan im weiteren Verlauf seiner Ausführungen doch selbst zugeben, daß die Vertätigung des religiösen Lebens nicht Sache der Gewerkschaft sein könne. Freilich will er die konfessionellen Arbeitervereine nebenbei auch erhalten wissen, und zwar aus politischen Zweckmäßigkeitsgründen. Er sagt:

„Die christlichen Gewerkschaften sind ferner in politischer Hinsicht parteilos, d. h. innerhalb der Gewerkschaftsversammlung wird für eine bestimmte politische Richtung nicht agitiert. Bei der Agitation für die politischen Wahlen aber treten die einzelnen Mitglieder nicht als Gewerkschaftler, sondern als Mitglieder eines konfessionellen Arbeitervereins auf. Ob wir nicht eines Tages doch noch aus dem „Zurp“ herausgehen und uns mit den positiv gläubigen Elementen des Protestantismus verbinden zu einer einzigen „christlichen Partei“, ist nur eine Frage der Zeit. Aber sie wird kommen, diese Partei. Sie wird die Frucht der christlichen Gewerkschaften und ähnlicher interkonfessioneller Vereine sein.“

Es ist eine auf Täuschung berechnete Unwahrheit, zu behaupten, die christlichen Gewerkschaften seien politisch parteilos. Sie haben vor weiß wie oft das Gegenteil bewiesen. Auf eine christliche Partei, wie sie sich Pater Jordan vorstellt, zu hoffen, ist Dummheit, zumal, da die Masse der katholischen Geistlichen niemals davon ablassen wird, die katholische Arbeitererschaft ausschließlich für die Interessen der ultramontanen Partei in Anspruch zu nehmen. In diesem Punkte gibt es für den Klerus ganz gewiß keine Teilung mit dem Protestantismus.

Wer den christlichen Gewerkschaften an sich Existenzberechtigung zuspricht, der muß ihnen selbstverständlich auch das Recht einräumen, für die Arbeiterinteressen zu kämpfen. Das tut Pater Jordan, und zwar entgegen dem bekannten päpstlichen Rundschreiben, worin

die Streiks als eine „Auflehnung gegen die Ordnung“ verurteilt werden. Er läßt die organisierte Selbsthilfe unter folgenden Gesichtspunkten zu:

„Zu lange Arbeitszeit, zu geringe Löhne, ungerechte Behandlung, Einhalten der Feiertage und ähnliche Fälle können den Anstoß geben zu Differenzen zwischen dem Unternehmer und seinen Arbeitern. Sind die gestellten Bedingungen gerechtfertigt, dann darf die christliche Gewerkschaft die Erreichung derselben mit allen erlaubten Mitteln anstreben. Bei hartnäckigen Unternehmern wird selbst eine friedliche Verhandlung durch einen Vertreter der christlichen Gewerkschaft abgelehnt werden. Die Vertreter der Arbeitererschaft nehmen dann meist ihre Zuflucht zur Streikung, die einen einflussreichen höheren Beamten entendet zur weiteren Vermittlung. Erst dann, wenn eine solche gütlich erfolglos ist, greift man zur letzten Waffe, zum Streik. Den christlichen Gewerkschaften kann man nicht so bald den Vorwurf machen, daß sie leichtsinnig streiken. Es darf erst in den Streik eingetreten werden, wenn der Führer von der Zentrale eingetroffen ist, im anderen Falle ist keine Streikunterstützung zu gewärtigen. Aber nicht bloß gerecht muß der Grund des Streiks sein, es muß auch Aussicht bestehen auf Erfolg. Sonst würde man sehr unklug handeln.“

Nun, das sind dieselben Erwägungen, von denen die freien Gewerkschaften stets geleitet gewesen sind. In erster Linie gebührt ihnen die Anerkennung, nicht leichtfertig zu Streiks zu schreiten, die christlichen Gewerkschaften haben bis jetzt nennenswerte Proben einer guten Kampftaktik gegeben, das Unternehmertum noch nicht abgelegt; in jedem großen Ernstfalle waren sie genötigt, sich der Taktik der freien Gewerkschaften anzuschließen.

Ueber die Stellung des Klerus zu den christlichen Gewerkschaften führt Pater Jordan folgendes aus:

„Vor allem wird verlangt, daß der katholische Geistliche das Koalitionsrecht der Arbeiter anerkennt, d. h. das Recht der Arbeiter, sich zu Vereinen zusammenzuschließen oder in (christlichen) Gewerkschaften zu organisieren. Ganz besonders aber, wenn von einem Arbeitgeber gegen die Organisation der christlichen Gewerkschaft in seinem Betriebe Stellung genommen würde, hat der Geistliche die Aufgabe, das Organisationsrecht der Arbeiter zu schützen. Aber nicht bloß theoretisch soll der Geistliche die Vertätigung der christlichen Gewerkschaften anerkennen, sondern sie auch praktisch fördern und unterstützen. Wenn wir es dem Geistlichen nicht verargen, sobald er zur Gründung christlicher Bauervereine nicht bloß die Hand bietet, sondern geradezu oft selber die Anregung gibt, oder wenn er den verschiedenen bürgerlichen Genossenschaften seine Kräfte zur Verfügung stellt, dann kann man es nicht als „guten Rat“ bezeichnen, wenn man einem Konfrater zumutet, er solle sich nicht um diese „schwarzen Sozialdemokraten“ kümmern. Es ist darum total verfehlt, wenn ein Redigier auf der Kanzel vor sehr vielen Arbeitern den Ausdruck tut, sie könnten mit ihrem Lohn zufrieden sein, sie sollten mit ihrem Gelde sparsamer umgehen und nicht aueilen in das Bierglas schauen. Ich höre diese Worte selber mit an. Den anwesenden Sozialisten war das ein willkommener Waden, in ihren Versammlungen konnte man hören: die Geistlichen haben jahrelang herumgestritten und ganze Zeitungsnummern mit ihrer Aufbesserung ausgefüllt, uns wirkt man ein berechtigtes Streben nach Verbesserung unserer miserablen Lage von der Kanzel herab vor. Ich gestehe, daß es für einen in einer sozialdemokratischen Versammlung anwesenden Geistlichen keine peinlichere Situation geben kann.“

Man sollte nun meinen, Pater Jordan müßte so konsequent sein, zu erklären, daß sich der Geistliche auch im Kampfe, im Streik auf die Seite der Arbeiter zu stellen und sie zu unterstützen habe. Darin aber ist er anderer Ansicht. Er meint:

„Die allerhöchste Stellung hat der Geistliche bei einem Streik. Hier handelt er am besten, wenn er nicht in den Kampf mit eingreift, sondern sich neutral ver-

hät. Vor einem Hütte er sich ganz besonders: vor der Stellungnahme gegen die Arbeiter.

Also in der Stunde der Not, im Kampfe, sollen die Geistlichen hübsch neutral bleiben, allerdings nicht gerade Stellung gegen die Arbeiter, aber auch nicht für sie nehmen. Das ist in der Praxis immer gleichbedeutend mit Stellungnahme zu Gunsten des Unternehmertums. Was hat den katholischen Arbeitern die theoretische Anerkennung ihrer Rechte und ihrer Bestrebungen von Seiten Geistlicher genützt? Nichts, rein gar nichts. Diese „Anerkennung“ hat doch nur dazu gedient, sie zu täuschen und vom entschiedenen Kampfe für ihre berechtigten Interessen zurückzuhalten.

Es ist ja begreiflich, daß sich der Klerikalismus gegenüber dem stetigen Anwachsen der freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratie bemüht, die katholischen Arbeiter an sich zu fesseln. Mit den streng konfessionellen Arbeiter-Organisationen hat er Flasko gemacht; nun sollen die christlichen Gewerkschaften das Gegengewicht wider die Sozialdemokratie bilden. Auch damit wird man kein Glück haben. Ueber Konfessionalismus und Klerikalismus hinweg ergreift die freie gewerkschaftliche Organisation immer mehr die Massen der Arbeiter, auch diejenigen, die jetzt noch im klerikalen Lager stehen.

Noch einiges vom Parteitag der Sozialdemokratie.

Nachdem wir in letzter und dieser Nummer über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratie, betreffend den politischen Massenstreik und die Stellung der Partei zu den Gewerkschaften, berichtet und dazu einige kritische Bemerkungen gemacht haben, wollen wir heute einen informierenden und kritischen Blick werfen auf den übrigen Teil der Verhandlungen und Beschlüsse, die für unsere Leser von besonderem Interesse sind.

Obwohl der Bericht des Parteivorstandes gedruckt vorlag, erwiesen sich doch noch sehr eingehende und umfassende mündliche Darlegungen der Bericht-erstattet Pfannkuch und Gerisch als notwendig. Ersterer konnte konstatieren, daß sich die neue Organisation, die durch Beschluß des Jenaer Parteitages geschaffen worden ist, im Allgemeinen gut bewährt hat. Die angestrebte stärkere und festere organisatorische Geschlossenheit der Partei und eine aktionsfähigere Zentralleitung ist erreicht worden. Aber die vom Genossen Gerisch gemachten Mitteilungen über die Stärke der Organisationen lassen erkennen, daß die Zahl der Organisierten noch sehr anwachsen muß, um der Zahl der sozialdemokratischen Reichstagswähler einigermaßen zu entsprechen. Letztere Zahl belief sich vor drei Jahren auf über drei Millionen, während Genosse Gerisch für ganz Deutschland gegenwärtig 384 327 Organisierte oder 12,76 pSt. der sozialdemokratischen Reichstagswählerstimmen berechnet hat. Am günstigsten ist das Verhältnis in

Schleswig-Holstein, Hamburg und Bremen (über 21 pSt.). Mit Recht bezeichnete der Bericht-erstattet diese Zahlen als nicht befriedigend. Auch von Berlin sagte er, daß es in bezug auf die Organisation durchaus nicht auf der Höhe stehe. Die Erklärung für die organisatorische Minderleistung sah er zutreffend in den fast überall bestehenden Schwierigkeiten politischen Art, so besonders darin, daß die Mitglieder bei der Polizei angemeldet werden müssen und die Mitgliederlisten leicht in die Hände der Unternehmer kommen. Auch die schlechte materielle Lage der Arbeiter, die ohnehin ihrer Gewerkschaft angehören müssen, zog er in Betracht.

Ueber die finanziellen Leistungen der Partei sagte Genosse Gerisch, daß sie „außerordentlich hinter denen der Gewerkschaften zurückgeblieben sind“. Teilweise liegt das „in der Natur der Sache“, aber doch sei der „Abstand nach und nach zu groß geworden“. Er fügte hinzu:

„Nach der soeben gemachten Rechnung würde die Partei eine Jahresabnahme von 135 000 haben. Zum Vergleich will ich von 84 Gewerkschaften nur eine Zahlstelle anführen. Da hat diese eine Verwaltung einer einzigen Gewerkschaft 165 700 an reifen Mitgliederbeiträgen eingenommen. Wir haben im letzten Jahr laut der vorliegenden Rechnung an Beiträgen der Organisationen, Einzelbeiträge und freiwillige Sammlungen, eingenommen 297 841. Die gleiche Gewerkschaft, die ich zum Vergleiche herangezogen habe, hat im letzten Vierteljahre 388 000 eingenommen. Nun weiß ich sehr gut, daß ganz andere Motive die Mitglieder zu der Gewerkschaft fesseln; daß es stark materielle Interessen sind, ist zweifellos, aber trotzdem ist der Kontrast immer noch recht bedenklich. Wir hätten alle Veranlassung, dafür zu sorgen, daß der Grundgedanke, der die Partei besetzt bei der Auffstellung des Organisationsstatuts, nämlich die Schaffung größerer Einnahmen für die Parteikassen, zur Wirklichkeit wird.“

Wir möchten bemerken, daß sich mit den materiellen Interessen, die mehr als eine Million Arbeiter an die Gewerkschaften fesseln, doch in erheblichem Maße und immer mehr und mehr alle die großen prinzipiellen und idealen Interessen verbinden, denen die im Geiste des demokratischen Sozialismus wirkende Arbeiterbewegung Rechnung zu tragen hat.

Den Stand der Parteipresse bezeichnete Gerisch als erfreulich. Die Zunahme der Abonnenten auf Parteiblätter betrug im Berichtsjahr 158 638 gegen 68 870 im Vorjahre. Insgesamt hatte die Parteipresse aus Abonnements und Inseraten eine Mehreinnahme von M. 1 016 536. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß das, was bei der Parteipresse gelungen ist, auch bei der Parteiorganisation gelingen müsse.

Zu dem Punkt Maifeier referierte Richard Fischer-Berlin im Sinne der Jenaer Resolution, die folgendes besagt:

„Die Maifeier ist eine zur Unterstützung der Klassenforderungen und des Klassenkampfes des Proletariats sowie zur Förderung des Weltfriedens von den internationalen Arbeiterkongressen beschlossene Demonstration,

deren wirksame und würdige Gestaltung gemeinsame Aufgabe aller politisch und gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ist. Als solche Maifeierdemonstration wird sie vom Unternehmertum und den bürgerlichen Regierungen bekämpft, aber dieser Widerstand kann für die Arbeiterklasse kein Anlaß sein, von der Durchführung der Maifeier abzugehen. In Übereinstimmung mit den internationalen Arbeiterkongressen von Paris 1889, Brüssel 1891, Zürich 1893, London 1896, Paris 1900 und Amsterdam 1904 betrachtet die deutsche Sozialdemokratie die allgemeine Arbeitsruhe als die würdige Form der Feier. Der Parteitag macht es daher den Arbeitern und Arbeiterorganisationen zur Pflicht, neben den anderen Kundgebungen für die allgemeine Arbeitsruhe am 1. Mai einzutreten und überall da, wo die Möglichkeit der Arbeitsruhe vorhanden ist, die Arbeit ruhen zu lassen.“

Diese Resolution ist in Jena einstimmig angenommen worden. Der Referent bemerkte u. a.:

„Als wir im vorigen Jahre in Jena die Frage der Maifeier besprachen, da standen wir unter dem Eindruck, daß zwischen Partei und Gewerkschaften über die Form der Maifeier und ihren Charakter Meinungsverschiedenheiten obwalteten. Wir haben deshalb auch in Jena nach einem ausführlichen Referat eine längere Diskussion gehabt. Dies Jahr, glaube ich, liegt zu längeren Ausführungen kein Anlaß vor. Soweit Meinungsverschiedenheiten vorhanden waren, sind sie durch die Jenaer Resolution beseitigt. Dazu kommt, daß die Gewerkschaften seit einer Reihe von Jahren auf dem Standpunkt standen, den sie auch in Jena betonten, sich in der Maifeierfrage solange bedingungslos den Beschlüssen der Partei zu unterwerfen, bis eventuell ein nächster internationaler Kongress zu einer neuen Form definitiv Stellung genommen hat. Die Gewerkschaften werden nach ihren bisherigen Absichten zu schließen, auf dem nächsten internationalen Kongress in Stuttgart diese Frage von neuem zur Beratung bringen. Da, wie gesagt, zwischen Partei und Gewerkschaften keine Meinungsverschiedenheiten obwalten, können wir uns dieses Jahr damit begnügen, daß wir die Jenaer Resolution unverändert wieder annehmen.“

Diesem Vorschlag wurde unter Ablehnung einiger Abänderungsanträge entsprochen. Einer dieser Anträge, gestellt von der Parteigenossenschaft Bielefeld-Wiedenbrück, ging dahin, der Parteitag möge es „als eine Pflicht der gewerkschaftlich organisierten Parteigenossen erachten, sich den von den maßgebenden Instanzen der gewerkschaftlichen Organisationen in bezug auf die Arbeitsruhe am 1. Mai gefassten Beschlüssen unterzuordnen“.

Ein anderer Antrag, Teltow-Beeskow-Charlottenburg, wollte bestimmt wissen:

- a) Der Parteitag möge den Parteivorstand beauftragen, sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften ins Einvernehmen zu setzen über die Art der Maifeierbeschlüsse, damit Differenzen wie in diesem Jahre beim Metallarbeiterverband vermieden werden, um die Maifeier der Zukunft einheitlicher und nachvollziehbarer gestalten zu können.
- b) Der Parteitag verpflichte die örtlichen Wahlvereinsvorstände, zwecks Durchführung und Regelung der Arbeitsruhe am 1. Mai mit den örtlichen Gewerkschaftskommissionen rechtzeitig in Verbindung zu treten.
- c) Die Genossen, die am 1. Mai trotz eines regelrecht gefassten Gewerkschaftsbeschlusses arbeiten, sind auf Antrag aus der Partei auszuschließen.

Gedanken zur hundertsten Wiederkehr des Tages von Jena.

Hundert Jahre sind verfloßen, seit die preussische Monarchie unter dem gewaltigen Stoß des französischen Adels aufgebürdet wurde, wie ein Kartenhaus zusammenbrach, und es verlor sich wohl, in dieser Zeit etwas nach rückwärts zu schauen und sich mit der für unsere herrschende Klasse so schmachvollen Katastrophe ein wenig zu beschäftigen, zumal sich die Nachkommen jener Männer, die damals durch beispiellose Feigheit und Unethik das „Vaterland“ in Armut und Schande gestürzt haben, heute mehr denn je als die Stützen von Patriotismus und Redlichkeit aufspielen belieben.

Im Gegensatz zu Frankreich, dessen Bürger die alten Feudallasten, die ihnen ein geruchfüchtiger, feuerfreier Adel aufgebürdet hatte, gewaltsam von sich abgewälzt hatten, herrschte in Preußen immer noch die kasseste Leibeigenschaft. Während das Volk in schwerer Fronde schmachtete und darbt, handelten die deutschen Fürsten und „edlen Herren“ genau nach dem Grundsatz: „Ubi bene, ibi patria.“ (Wo es mir gut geht, ist mein Vaterland), verrieten und verschachteten Land und Volk und waren zu allem bereit, was ihnen Profit und Vorteil bot. Dies Verhalten charakterisiert sich am besten in den Worten des Napoleonischen Staatsrats Thibaudeau: „Er wisse nicht zu sagen, wer in den Monaten Mai, Juni und Juli 1806 niederknietend gehandelt habe, ob die deutschen Fürsten und der sie umgebende alte Adel, oder die seit 1789 vornehm gewordenen Franzosen ohne Abzahn.“

Die allgemeine soziale Minderleistung reichte sich so recht mit dem alten Söldnerbild im preussischen Heere. Dort warf man zwar mit gewaltigen Pfaffen um sich, glänzte mit kostbaren Uniformen und prunkhaften Paraden, im Grunde aber war man so steif und pedantisch, daß alles nur leere Remontrance war. Im Kerne war das gesamte Staatswesen durch und durch morsch und faul, die Führer nur große im Reden; und so wollte man einer Armee entgegengehen, deren Angehörige lauter freie, für ihr Vaterland begeisterte Männer waren. Der alte preussische Dünkel, der noch aus der friedericianischen Zeit stammte und die Armee für unbesieglich hielt, wurde von den französischen Bauernjungen, die ihr Land von

diesem Unrat längst gesäubert hatten, gebührend heimgeschickt. Die feudale Junkerliche Sippe in den langen Schürzen, die in dummdreister Begeisterung auf den Stufen vor dem Hause des französischen Gebländes ihre Degen gewetzt hatte, sollte es erleben, daß die Folgen dieses Krieges die waren, daß mit ihren mittelalterlichen Privilegien und Vorrechten ganz gewaltig auferäumt wurde.

Eine furchtbare Lehre wurde der Tag von Jena und Auerstedt (14. Oktober 1806). Er öffnete den deutschen Despoten und Fürstentümern die Augen. Um das Maß der Schande vollzumachen, verteilten die preussischen Generale gegenseitig in Feigheit und Verzweiflung. Mit ewigem Schmutz haben sich die Träger der Namen Kleist, Jürgensen und Homberg befudelt; nur um sich und ihre Güter zu retten, übergaben sie die ihnen anvertrauten Festungen. Ihre Feigheit und Erbarmlichkeit war so groß, daß sich sogar die eigenen Soldaten dagegen auflehnten und sich die französischen Generale mit Verachtung von ihnen wandten.

Wie in geistiger Verblendung war der preussische Absolutismus immer noch nicht geneigt, die zwischen ihm und dem Volke bestehenden Schranken niederzubrechen. Der selbst von den französischen Grenadiere verachtete König von Preußen wußte im Jahre 1809 nichts Besseres zu tun, als eine neue Hofkapelle vorzuschreiben und eine Ansgalt neuer Orden zu stiften.

Wie rauber Herrschaft durch die waffen. Väter führt, so fuhr der Volksgewalt des Reichstums der französischen Revolution durch Deutschland, zertrümmerte überall das alte Lebensverhältnis und machte das Volk erst denkfähig. Die früchte dieser Saat sollten sich erst später in den rheinischen Bauern- und den schlesischen Weberaufständen zeigen. Von dem fremden Eroberer hatte das deutsche Volk mehr zu erwarten, als von seinen diversen „angekommenen Fürstentümern“. Als ein Reformator wollte er zirkulisierte Zustände in den ihm unterworfenen Ländern einrichten. Wehr und mehr ließen sich die Kreise über den „fürstlichen Despoten“ auf. Als Welge lassen wir hier einige seiner eigenen Aussprüche folgen: „In Friedenszeiten werde ich alle Souveräne dahin bringen, daß sie kein anderes Militär mehr als ihre Garde haben. Ich werde die Nationalgarde so organisieren, daß jeder Bürger im Notfall seinen Posten kennt. Dann würde man in Wahrheit eine festgemauerte Nation haben, die wohl alle

Jahrhunderte und alle Menschen herausfordern könnte... Solange man sich in Europa schlägt, wird es stets ein Bruderkrieg sein. Bis heute gab's in der Welt nur zwei Gewalten, die militärische und die kirchliche. Ich will die bürgerliche Ordnung konstituieren... Die höchsten Militärs werden sich noch gehet fühlen, wenn sie denselben Orden tragen dürfen wie Gelehrte und Schriftsteller.“ Auch seine Gedanken über Erziehung mögen heute in der Zeit, wo die Finsternisse der Volksschule mehr als je an sich zu reizen versuchen, hier Erwähnung finden: „Nur wer Völker betrügen und lebendig zu seinem Vorteil beherrschen will, muß sie in Unwissenheit erhalten. Je aufklärter das Volk, desto mehr Leute überzeugen sich von der Notwendigkeit der Ordnung. Sollte je Aufklärung der Menge schädlich werden, so kann dies nur eintreten, wenn die Regierung in offener Feindschaft gegen das Volksinteresse, es in erzwungener Untertänigkeit zurückdrängt, oder die unteren Klassen zum Elend hinabtreibt.“ — So hat der Mann gesprochen, den man als den Despoten brandmarkt.

Fürwahr, ein Despot war er, aber nicht über Völker herrschte sein Despotismus, sondern über die eigentlichen Despoten, die sich in der Knüpfung des eigenen Volkes nie genug tun konnten, schwang er seine Geißel und trieb sie zu Parolen. Und wie alle feigen Kreaturen des christlichen Gottesglaubens, die „altgerbräutete Macht“ und historischer Wahn vor den recht und redlich denkenden „Unterthanen“ schloß, zu Kreuze kriechen, wenn einmal von dem Rechte „das mit uns geboren“, Gebrauch gemacht wird, so tat es auch die von Napoleon gerichteten „weltlichen Stellvertreter Gottes“, speziell die Deutschen, und zwar in geradezu ekelbarer Weise.

Wie einer der besten Patrioten, der erste Sekretär des Freiherren von Stein, Ernst Moritz Arndt, über die Stellung des Militärs gegenüber den deutschen Fürsten dachte, möge hier noch Erwähnung finden. In seinem „Soldatenfideismus“ heißt es: „Wenn ein Fürst etwas verlangt, was dem nationalen oder göttlichen Gebote zuwider ist, so müssen sie dem Recht und der Wahrheit gehorchen. Nieher zerbreche er seinen Degen, ehe er etwas tut, was gegen Recht und Wahrheit ist... Er war eher deutsch, ehe er von seinen Fürsten etwas wollte.“ — Du bist ein Mensch auch in der Uniform.“ Bei diesen Worten wird man sich lebhaft an moderne Rituale er-

Der Referent machte gegen diese Vorschläge folgende Einwendungen:

„Bisher suchten wir immer eine gegenseitige Vereinbarung herbeizuführen; jetzt soll ausgesprochen werden, daß allein die gewerkschaftlichen Organisationen über die Form zu befinden haben und daß die gewerkschaftlich organisierten Parteigenossen sich dem fügen müssen. Wie aber, wenn zwei verschiedene Beschlässe vorliegen? Man braucht nur diese Frage aufzuwerfen, um einzusehen, daß man den Antrag ablehnen muß. . . . Die Differenzen im Metallarbeiterverband in Berlin sind Sache der Berliner; der Parteitag hat sich damit nicht zu befassen. Ueber Punkt b haben wir schon bei dem vorhergehenden Punkte entsprechende Diskussionen geführt, und Punkt c wirkt ganz verschiedene Dinge durcheinander. Was die Gewerkschaften mit den Mitgliedern machen sollen, die ihren Beschlässen nicht Folge leisten, ist Sache der Gewerkschaften und nicht der Partei. In erster Linie müssen die Gewerkschaften dafür sorgen, daß Disziplin in ihren Reihen herrscht, und glauben sie dazu der Unterstützung der Partei zu bedürfen, so muß man von Fall zu Fall entscheiden. Aber wir können nicht beschließen, daß jemand, der einen Beschluß seiner Gewerkschaft nicht respektiert, aus der Partei ausgeschlossen werden muß. Denn dadurch würden wir ja die Gewerkschaft als eine Instanz hinstellen, die über der Partei steht.“

Von Seiten des Bielefelder Delegierten Sieveking wurde entgegnet:

„Die Anregung zu unserem Antrage kam nicht von einem Gewerkschaftsbeamten, sondern von einem Genossen, der sich in hervorragender Stellung in der Partei befindet. Ob die Möglichkeit zur Durchführung der Arbeitsruhe am 1. Mai vorhanden ist, darüber kann nicht die politische Organisation entscheiden, sondern nur die Gewerkschaften. Nicht aus finanziellen Gründen haben wir den Antrag gestellt, sondern um unsere Kollegen nicht in einen gewissen Konflikt hineinzutreiben. Daß es an Entschlossenheit, für die Arbeitsruhe am 1. Mai zu kämpfen, bei den Gewerkschaftsmitgliedern fehlt, kann wohl niemand sagen, aber die Hauptsache ist und bleibt doch die Organisation in gewerkschaftlicher und politischer Hinsicht.“

Daß es auf dem Parteitage zu weiteren Auseinandersetzungen in der Maifeierfrage nicht kam, ist kein Fehler. Differenzen darüber, wie diese Feier zu begehen ist, bestehen ja tatsächlich immer noch; sie zulegen wird Aufgabe des nächsten internationalen Kongresses sein. Ueber letzteren erstattete Genosse Singer ein Referat auf Grund folgender von ihm vorgeschlagener Resolution:

„Der Parteitag fordert die Parteigenossen auf, den im Jahre 1907 zum ersten Male in Deutschland stattfindenden internationalen sozialistischen Arbeiterkongress zur Befestigung ihrer Solidarität mit den Arbeitern aller Länder zu beiziehen.“

Um eine Ueberfüllung des Kongresses deutscherseits zu vermeiden, beschließt der Parteitag, die Höchstzahl der deutschen Delegierten auf 150 Personen festzusetzen, überläßt dem Parteivorstand gemeinsam mit der Kontrollkommission die Verteilung der Mandatszahl auf die Landes- bzw. Provinzialorganisationen und ersucht die Generalkommission der Gewerkschaften, dafür zu wirken, daß die Gewerkschaften auch keine höhere Anzahl Delegierte nach Stuttgart entsenden.“

Der Referent begründete diesen Vorschlag in längerer Rede. Er führte u. a. aus:

„Innern. Freilich, auch dem Trend hat das offizielle Gottesgandentum, die Ringe ausgeschnitten, um mit Heinrich Heine zu reden. In den späteren Klagen des „Soldatenfateichismus“ hat man diese Stellen ausgemergelt.“

Als man nun eingesehen hatte, daß man den freien Truppen des Imperators keine in harter Fronte schmachenden preußischen Soldaten gegenüberstellen konnte, brachte es der König fertig, unter allerlei Verprechungen das Volk zum Kampf zu begeistern. Verprechungen, die nachher zum Teil überhaupt nicht gehalten wurden (wie die Verteilung einer Verfassung, die erst 85 Jahre später ergründet werden mußte), oder zum Teil so erfüllt wurden, daß das Volk mehr Schaden als Nutzen davon hatte (wie die Bauernbefreiung usw.). Die Kämpfer der Befreiungskriege hatten geglaubt, nach dem Kriege eine freiere Luft in Deutschland atmen zu können. In dem Gedanken, ein freies, glückliches Vaterland zu schaffen, schlugen sie den „fremden Despoten“ hinaus; doch, was als Königtum aus der Asche stieg, rafften wieder die durch diese Kriege berührt gewordenen edlen Nachfahren der ostelbischen adligen, Regenerer und Städteplünderer zusammen. Im Laufe der Jahre setzte die Reaktion stärker ein, als je, und wie Hunter und Schloßbarone das Volk ausbeuteten, dafür zeugen am besten die schließlichen Hungerrevolten.

Hundert Jahre sind seitdem vergangen. Das deutsche Proletariat hat seinen Grund, den Tag von Jena in Erinnerung zu bringen, im Gegenteil. Aber der börsennotierte preußische Adel muß am diesem Tage die Schamröte ins Gesicht steigen; steht doch das, was ihre Väter damals taten, in der Weltgeschichte so ziemlich einzig da.

Hundert Jahre sind ein langer Zeitraum, aber das Regiment des völkerverräterischen Junkertums macht sich äger denn je bemerkbar. Was man einst gewaltsam nahm, das bekommt man heute von einer allzeit willfährigen Regierung in den Schoß geworfen. Früher konnte es unweilen passieren, daß sich ein adliger Strauch die den Kopf in die Schlinge haken mußte, wenn er bei seinem Sandkorn gesteckt wurde. Heute braucht er seine Haut nicht mehr zu wagen. Die großen Völkermordschändel von 1808 haben ihre waghalsigen Nachkommen in der Junkerfippe von anno 1906.

J. Kl.

„Es ist ganz erklärlich, daß die Tatsache, daß im nächsten Jahre zum ersten Male ein internationaler Kongress auf deutschem Boden tagen wird, die Neigung zur Verschärfung dieses Kongresses in Deutschland wesentlich stärken wird. Ich glaube nicht irre zu gehen, wenn ich annehme, daß Deutschland mit großem Interesse diesem Kongress entgegensteht, und daß die deutschen Arbeiter, sowohl die politisch wie die gewerkschaftlich organisierten, sehr geneigt sein werden, die deutsche Partei und die deutschen Gewerkschaften dort möglichst stark vertreten zu sehen. Nun aber glaube ich, daß wir durch eine zu große Zahl der deutschen Delegierten die Arbeit des Kongresses eher beeinträchtigen als fördern würden. Wir müssen deshalb zum Beweise, daß wir dafür sorgen, daß der Kongress alle Arbeit erfüllen kann, die Wünsche auf Verschärfung des Kongresses in einem gewissen Umfang einschränken. . . . Dieser Vorgang ist nicht neu in der Geschichte der internationalen Kongresse. Ich weise darauf hin, daß die Schweizer Genossen, als der internationale Kongress in Zürich tagte, in derselben Weise verfahren sind, ebenso die französischen Genossen in Paris, und die belgischen in Brüssel. Ich glaube, die Zahl, welche wir gegriffen haben, ist doch genug, um auch das höhere Interesse, welches der Kongress bei den deutschen Genossen erregen wird, zu befriedigen. Wenn wir uns vergegenwärtigen, daß bei den bisherigen internationalen Kongressen die Deutschen gewöhnlich, Gewerkschaft und Partei zusammen, etwa 70–80 Personen waren, so glaube ich, daß wir mit der Gesamtzahl von 300, die wir Ihnen vorschlagen, auch höhere Ansprüche zu befriedigen im Stande sind. . . . Daselbe Interesse, welches wir an der Einschränkung haben, wird auch bei den Gewerkschaften vorhanden sein, und sie werden begreifen, daß wir den Wunsch haben, auch auf diesem Boden mit den Gewerkschaften gemeinsame Sache zu machen und hoffen wir, daß die Gewerkschaften sich ebenfalls dieser Kontingentierung anschließen. Wir sind selbstverständlich nicht in der Lage, einen der Gewerkschaften verbindlichen Beschluß zu fassen. Es fällt uns auch gar nicht ein, so anmaßend zu sein, daß wir den Gewerkschaften vorschreiben wollen, was sie zu tun haben; davon kann gar keine Rede sein. Aber ich glaube den Wunsch auszusprechen zu dürfen, daß die Generalkommission bei den Verbänden unseren Vorschlag befürwortet. Das ist unser gutes Recht und in dem vorliegenden Falle unsere Pflicht, und wir dürfen uns um so mehr der Hoffnung hingeben, daß auch die Gewerkschaften dieser Auffassung beitreten, als ich mitteilen kann, daß die Generalkommission, an die wir uns gewendet haben, prinzipiell dem von uns vertretenen Standpunkt beitrifft, aber noch nicht in der Lage ist, einen definitiven Beschluß zu fassen, weil sie den Vorständen der Verbände diese Frage zur endgültigen Entscheidung vorlegen muß. Wir müssen uns für heute damit begnügen, den Wunsch auszusprechen, daß auch die Generalkommission unserer Auffassung beitrifft, ihrerseits die Schritte zu tun, die notwendig sind, um einen solchen Beschluß der Gewerkschaftsverbände herbeizuführen.“

Die Singersche Resolution wurde einstimmig angenommen. Wir erachten, daß gegen sie prinzipiell nichts einzuwenden ist und daß sich eine Verständigung mit den Gewerkschaftsverbänden wohl wird erreichen lassen. Die Gründe für die Verschärfung, die Genosse Singer entwickelt hat, sind gewichtig genug, berücksichtigt zu werden.

Die von Clara Zetkin und H. Schulz erstatteten umfangreichen Referate über „Sozialdemokratie und Volkserziehung“ bieten mancherlei gute Anregungen. Wir werden uns näher mit ihnen beschäftigen. Zur Abstimmung über eine von den Referenten vorgelegte Resolution kam es nicht. Der Parteitag beschloß, die ganze Angelegenheit einem Bildungsausschuß von sieben Personen zu überweisen; auf einem späteren Parteitage soll sie weiter beraten werden.

Von großer Bedeutung und Wichtigkeit ist das Referat, das der Genosse Rechtsanwalt Haase-Königsberg über „Strafrecht, Strafprozeß und Strafvollzug“ erstattete, gipfelnd in einer vernichtenden Kritik der Klassenjustiz. Wir werden darauf zurückkommen.

Alles in allem nahm der Parteitag einen guten, befriedigenden Verlauf. Der nächste Parteitag soll in Effen stattfinden. Möge sich bis dahin die volle Einigkeit zwischen Partei und Gewerkschaften herausgestaltet haben zum Segen für die Arbeiterklasse!

Der Anarchismus und die Gewerkschaften.

(Aus: Sozialdemokratie und Anarchismus. Von M. Berger.)

Die zerfahrenen anarchischen Fatale ist eine besonders schätzbare Gefahr für die Gewerkschaften. Zwar gab es eine Zeit, wo der Anarchismus die Gewerkschaftsbewegung aufs schroffste, und zwar mit jämmerlichsten Gründen des Unternehmertums bekämpfte. Proudihon sagt in der „Philosophie des Elends“: „Ich finde in einem von Herrn Leon Faucher . . . im September 1845 veröffentlichten Artikel, daß die englischen Arbeiter seit einiger Zeit sich weniger mit Koalitionen abgeben — sicherlich ein Fortschritt, zu dem man ihnen nur Glück wünschen kann.“

„Der Streik der Arbeiter ist illegal, und es ist nicht nur das Strafgesetz, welches das verurteilt, sondern auch das ökonomische System, die Notwendigkeit der bestehenden Ordnung. . . . Daß jeder einzelne Arbeiter freie Verfügung über seine Person und seinen Arm hat, kann gebildet werden; aber daß die Arbeiter mittels Koalitionen dem Monopol Gewalt anzutun, sich erschrecken, kann die Ge-

selltschaft nicht zugeben.“ Aber jetzt zeigt der Anarchismus gegen die Gewerkschaftsbewegung ein anderes Gesicht, natürlich nicht um ihrer selbst willen, sondern um sein mageres Suppen. Am Feiner der Gewerkschaftsbewegung zu wärmen. Zu diesem Zwecke hat er sogar seine Organisationsfeindschaft fallen lassen. „Aus Mangel einer Organisation war auch keine planmäßige Agitation da und infolgedessen konnte die anarchische Idee nicht ihre gebührende Ausbreitung finden.“ . . . „Mit der Fortführung des jetzigen Systems muß unbedingt gebrochen werden, wenn wir nicht dauernd dem Fluche der Räuberlichkeit verfallen wollen.“ Aber die Anarchisten erweisen sich auf Schritt und Tritt als Feinde der deutschen Gewerkschaftstaktik. Das geht so weit, daß sie von der gesetzlichen Einführung des Achtstundentages, der Hauptforderung der internationalen Maidemonstration, nichts wissen wollen. „Nehmen wir einmal an, das Parlament bestimme, daß der Arbeitstag hinfort nur zehn, neun oder acht Stunden dauern solle. Zunächst ist dann zu bemerken, daß es unmöglich ist, alle Arten von Arbeitsbetrieben in ein und dieselbe Regel zu zwingen, und daß es natürlich auch nicht angeht, neben jeden Arbeiter oder in jeden Arbeitsbetrieb einen Polizisten zu stellen, der strenge darüber wacht, daß die gesetzlichen Vorschriften auch genau innegehalten werden. Außerdem gibt es Regierungen, denen an der strengen Durchführung von Gesetzen, sobald dieselben den Arbeitern zu gute kommen, nichts gelegen ist. Von Gesetzen hat das Proletariat in keinem Falle Förderung seiner Bestrebungen zu erwarten. Aber selbst, wenn so ein Gesetz, das die Arbeitszeit auf acht Stunden pro Tag beschränkt, strikt durchgeführt würde, so könnte nichts die Unternehmer dazu zwingen, für die acht Stunden geleistete Arbeit denselben Lohn zu zahlen, welchen sie früher bei zehn- und zwölfstündiger Arbeitszeit gezahlt hatten. Und wenn man einen durchaus abgeschmackten Gedanken als durchführbar annehmen wollte, und voraussetzte, daß auch der Lohn für alle Arbeitsarten gesetzlich festgelegt werden könnte, so bliebe immer für den Kapitalisten noch die Möglichkeit offen, durch Verschlechterung der Qualität seiner Waren seinen bisherigen Profit auch weiter einzubringen. Und dann: es wären eine Unzahl von Ausführungsgeboten und Verordnungen, von Aufsichtsbeamten und sonstigen Angestellten, von Prozessen und Verurteilungen nötig, um ein einziges Gesetz der vorerwähnten Art zu Gunsten der Arbeiter durchzuführen. Solche Gesetze werden aber niemals gegeben werden, kein Parlament, kein Abgeordneter — auch kein sozialistischer — würde dafür zu gewinnen sein.“ Dieser entseßliche Gollumathias, produziert, um die parlamentarische Betätigung zu vereiteln, zeugt davon, welche Borniertheit und Unwissenheit sich unter den Anarchisten breit machen kann, ohne irgendwo von ihnen angefochten zu werden. Marxins Schrift ist in den Schriftenverzeichnis der anarchischen Presse häufig angeführt.

Also von den bisher der Gewerkschaftsbewegung gestellten Aufgaben wollen die Anarchisten nichts wissen. Sie haben neue für sie in Bereitschaft: „Das Ziel, das wir erstreben, die Einrichtung der sozialistischen Gesellschaftsordnung, wird nur verwirklicht werden können dadurch, daß die Berufsverbände, die Gewerkschaftsorganisationen, Träger der Produktion werden. Die Berufsverbände tragen heute schon die Reime der neuen Gesellschaftsordnung in sich.“ Im Verfolg dieser Idee verlangen sie von den Gewerkschaften: „Es gilt, die Arbeiter zur Eigenorganisation von Produktion und Distribution, von selbstständiger Erzeugung und Verteilung der Güter anzuführen und zu schulen.“ Mit welchen Mitteln die Anarchisten diese Schulung zur Produktion und Distribution erreichen wollen, das haben sie bis jetzt in Geheimnis gehüllt. Vorläufig sind die anarchischen Gelehrten noch uneinig, wie sie den Gewerkschaften beikommen wollen. Die einen wollen eigene, lokale Gewerkschaften gründen, andere wollen in die bestehenden Sozialorganisationen hineingehen, um dort für ihre Gedanken Anhänger zu gewinnen, noch andere wollen dies durch Eintritt in die zentralistischen organisierten Gewerkschaften bewerkstelligen. Die Berliner lokalen Gewerkschaften haben ja bekanntlich Geburtsheferrdienste beim Anarchosozialismus geleistet, und ihre Führer gehen als Sendboten dieser anarchischen Varietät ins Land.

Selbstverständlich ziehen die Anarchisten, um die Gewerkschaftstaktik herunterzuziehen, im besonderen und im allgemeinen gegen die Gewerkschaftsführer zu Felde. Sie unabweisbar, durch den großen Mitgliederzuwachs der Gewerkschaften bedingte Notwendigkeit, die Geschäfte der Organisationen, die von Arbeitern im Nebenannt nicht mehr ausgeführt werden können, fest angestellten Beamten im Hauptamt zu übertragen, übergehen die Anarchisten bei ihrer Vortriebe für die Verachtung von Tatenachen mit der üblichen Gebanzenlosigkeit und Reichfertigkeit. Sie kennen an dem Beamtenamt nur Fehler. „Bei Konflikten mit dem Unternehmertum blieb die Initiative nicht mehr Sache der Arbeiter, sondern ging in die Hand ihrer Vertreter über. Da diese in der Hauptfache Beamte der Organisation und dem unmittelbaren Druck des Kapitalismus nicht ausge-

sind, neigen sie nur zu sehr zu friedlichen Auseinandersetzungen, bei denen die Arbeiter immer bedeutend von ihren Forderungen zurückstehen müssen. Der Kampf wird zu vermeiden gesucht, um die Massen der Organisationen zu schonen. So sehen wir gegenwärtig die Arbeiterbewegung, sowohl die politische wie den größten Teil der gewerkschaftlichen, in den Händen einer bürokratischen Vertreterschaft.²⁷ Das ist die gut bürgerliche Vorstellung von der von Führern geleiteten Schafherde. Die Führer der Gewerkschaften sind in der anarchistischen Presse Schmarotzer und Viehdiebe, die nur ihr feiliges, allemal nach der Ansicht der Mehrheit redendes Maulwerk an ihre Posten gebracht hat. „So kommen fast durchgängig — daß es Ausnahmen gibt, ist selbstverständlich — Männer an die führenden Stellen, die nichts weniger als mannhaft sind. Sie haben sich das Vertrauen der Menge erschlichen. Haben sie es dabei mit deren Überzeugung nicht ernst genommen, um nur im eigenen Interesse einen Posten zu erwischen, so lassen sie sich, wenn sie sich an die Führung geschwungen haben, völlig rücksichtslos vom eigenen Interesse leiten.“ Die Führer halten die Arbeiterschaft von blutigen Zusammenstößen ab aus Furcht vor den Folgen, die sie für sie selbst haben könnten. Für diese Fälle fürchten die sich gern die „verantwortlichen“ nennenden Führer tatsächlich zur Verantwortung gezogen und von der Rache der Bestehenden getroffen zu werden. Dieser Umstand allein gibt über das Verhalten der Arbeiterführer bei allen großen wirtschaftlichen Kämpfen völlige Aufklärung und zeigt uns, aus welchem Grunde diese Generale des Arbeiterheeres geschnitten sind. Sie, die unabhängig bösen und schimpfen auf die „verrottete Bourgeoisie“, stehen tatsächlich tief unter dem moralischen Niveau der Bourgeoisie: innerhalb dieser Bourgeoisie würde allgemeine Verachtung den General, den Herführer treffen, der im Augenblicke der Gefahr als Furcht vor Schanden seine Armeen zur Flucht zwingt.“ Sorgsam registriert die anarchistische Presse jeden verloren gegangenen Streik und beweist nach Schema F mit souveräner Geringschätzung aller Umstände, daß die Führer daran schuld sind. Die Criminelhauer Weberausperrung, der Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier, überhaupt alle Streiks, die als tatsächlichen Rückschritt abgebrochen werden mußten, müssen dazu herhalten, das Schuldbuch der korrupten Führer zu vergrößern.

Diesen, die die Dinge nur von der Oberfläche her kennen, werden fragen: „Ja, was wollen denn die Herren? Wie sollte denn in allen diesen Fällen gehandelt werden?“ Sehr einfach, sagt der Anarchist, es wird unter allen Umständen gestreikt, weitergestreikt, generalgestreikt! Für die Anarchisten existieren alle die natürlich feindseligen Bedenken der besonnenen Gewerkschaftsstatist nicht, sie rufen nur gleich dem Patriarchen in Leffings „Mathan“: „Tut nichts, es wird gestreikt!“ Ist genügend Geld da, um die Streikenden über Wasser zu halten? — Tut nichts, es wird gestreikt! — Bietet die Zahl der Organisierten unter den in Frage kommenden Arbeitern die Gewähr, daß die Streikenden nicht in einer den Erfolg gefährdenden Anzahl zu Streikbrechern werden? — Tut nichts, es wird gestreikt! — Ist die Konjunktur des Arbeitsmarktes dem Streik günstig? — Tut nichts, es wird gestreikt! — Widersteht die Lage des Warenmarktes einem Streik? — Tut nichts, es wird gestreikt! Es muß gestreikt werden, und zwar bis zum Weißbluten, gleichviel, ob man mit absoluter Genauigkeit den für die Arbeiter unglücklichen Ausgang voraussieht oder nicht. Wie eine fixe Idee treibt die Anarchisten ihr Streikwahns, ihr pervertierter Glaube an die Allmacht des Streiks. Der Streik gilt ihnen als das revolutionäre Mittel par excellence, und da sie die Gewerkschaftsbewegung „revolutionär“ umgestalten wollen, wollen sie ihr dieses allein seligmachende, allein revolutionäre Mittel aufdrängen. Diese mechanische Taktik, wenn man da überhaupt von Taktik sprechen kann, hat für die indifferenten und rücksichtslosen, eben in die Arbeiterbewegung eingetretenen Elemente entschieden etwas Befriedigendes. Für den Verstand, der von der sozialen Lage der Arbeiterklasse noch kaum eine Ahnung hat, ist es sehr einleuchtend, wenn man ihm die primitive Taktik dieses ungeschickten Arbeitshinversens predigt, und in der Tat ist es den Anarchisten gelungen, bei solchen ABC-Schritten der Arbeiterbewegung Erfolge zu erzielen.

Da sollten gleichsam durch Zufallsritze in das Unternehmertum hinein gewerkschaftliche Forderungen der Arbeiter durchgedrückt werden. Nur in sehr wenigen Fällen sind diese gewerkschaftlichen Kavallerieaktionen von Erfolg begleitet gewesen, der indessen nicht ihnen, sondern den übrigen Umständen (Konjunktur usw.) zu danken war. Eins, zweimal sind sie gescheitert, aber dann haben es die Arbeiter, die sich durch die anarchistischen Propagandafirenen betören ließen und sie nachmachen wollten, bitter bereuen müssen, daß sie die Warnungen ihrer Gewerkschaftsführer achtlos in den Wind geschlagen hatten. An sich wäre es ja von großem Nutzen, wenn das schlimmste Ende solcher planloser Aktionen die anarchistischen Schreier um ihren Kredit brächte. Leider hat aber die Masse der Arbeiter die Kosten dieser trüben Erfahrungen zu tragen, und schon darum handeln die Gewerkschaften, in berechtigter Notwehr, wenn sie sich die An-

archisten vom Leibe halten. Es ist ein schwerer Irrtum, wenn man glaubt, die Gewerkschaftsbewegung sei der neutrale Boden, auf dem man mit den Anarchisten zusammenarbeiten könne. Da, wo es dem Anarchismus gelang, einen Einfluß in der Gewerkschaftsbewegung zu erhalten, hat er nur Verwirrung in die Reihen der Arbeiter gebracht. In den Ländern, wo er besonders festen Fuß in den Gewerkschaften gefaßt hat, beginnt die Arbeiterschaft, sich seinem zerfetzenden Einfluß zu entwinden. Der Anarchismus besorgt auch in der Gewerkschaftsbewegung die Geschäfte der Gegner, der Kapitalisten. Er stört nicht nur die Organisation der Gewerkschaften, sondern würde sie, wenn man ihn gewähren ließe, zerstören.

- ¹ Marx, „Das Elend der Philosophie“, Stuttgart 1895, Dieb. Seite 156.
² Ebenda, Seite 158.
³ „Der freie Arbeiter“, Nr. 23, 1906.
⁴ Merino, „Weshalb wir Anarchisten sind“, Seite 19/20.
⁵ Friedberg, „Parlamentarismus und Generalstreik“, Seite 23.
⁶ „Politische Gewerkschaften oder sozialistische?“, „Der freie Arbeiter“, Nr. 33, 1905.
⁷ Generalstreik, Seite 11.
⁸ Partei- und Gewerkschaftsführer wider die Arbeiterklasse, „Der freie Arbeiter“, Nr. 3, 1906.
⁹ „Der freie Arbeiter“, ebenda.

Politische Umschau.

Aus den Gesäßen eines Zentrumsjunkers. Vor einiger Zeit berichtete das „Laubener Tageblatt“, Publikationsorgan der königlichen und städtischen Behörden, über die Lage der Arbeiter auf dem Gute des Landtagsabgeordneten Grafen v. Strachwitz. Das Blatt schrieb:

„Gestern hatten wir Gelegenheit, einen Raum uns anzusehen, der für heutige Zustände außerst charakteristisch sein dürfte. Nachdem wir unter der Gefahr, uns einen Beinbruch zuzuziehen, über einen Schutthaufen geklettert waren, gelangten wir durch einen „Vorfall“ in ein Gemach, für welches der Name Keller ebenso gering sein dürfte, wie der Name Stall. In diesem Gemache waren etwa zwanzig Lagerstätten geordnet, und hier kampierten ebenso viele — polnische Arbeiter und Arbeiterinnen. An der einen Wandseite sind die männlichen, an der anderen die weiblichen und an der dritten die „jugendlichen Arbeiter“ untergebracht, an der vierten Wandseite liegt ein Rohlenhaufen, sowie eine Anzahl Körbe und sonstiges Arbeitsgerät. Der Raum ist mit Steinen gepflastert und niedriger als der Erdboden gelegen, daher sind selbstverständlich Wände, Boden und Decke total feucht; in dem einzigen Fenster, welches dem Raume die erfrischende Luft spendet, ist die Scheibe zertrümmert, auch ist vor dem Fenster ein eisernes Gitter angebracht, so daß im Falle eines Feuers die Eingeschlossenen einfach verloren sind. Der Raum ist so hoch, daß man die Decke mit der Hand bequem erreichen kann. Welche Folgen dieser Wohnort auf die sittlichen und gesundheitlichen Verhältnisse der Bewohner und Bewohnerinnen mit Notwendigkeit ausüben muß, ist für jedermann ersichtlich. Wo aber befindet sich denn dieses Arbeiterdörfchen? So mag der geehrte Leser fragen, und die Antwort, die wir erteilen, muß leider sein: in Bertelsdorf, auf dem Gute des Herrn Grafen Strachwitz. Der Herr Graf ist bekanntlich Mitglied der Zentrumsparlei im preussischen Abgeordnetenhaus, und als solcher ist er gar oft eingetreten für Hebung der Sittlichkeit im Volke: Religion, Sitte und Ordnung soll dem Volke erhalten werden! Wir sind der Ansicht, daß solche Zustände nur geeignet sind, den letzten Funken von Schamgefühl, welcher in den leider oft sehr demoralisierten polnischen Arbeiterkreisen noch lebt, zu erlöschen, und wir hätten nie geglaubt, daß gerade ein Zentrumsabgeordneter auf seinem Grund und Boden solche Zustände dulden würde. In der Stadt würde selbstverständlich die Polizei aus sittlichen und sanitätspolizeilichen Gründen einschreiten — die sehr scharfen Bestimmungen über das Gatten von männlichen und weiblichen Schlafgänger sind gerade in letzter Zeit wieder verschiedentlich bekannt gemacht — aber in Bertelsdorf — da ist eben der Herr Graf Strachwitz selber Amtsvorsteher und im Besitze der Polizeigewalt. Wir sprachen gestern auch einen Herrn, der vom Gutshof des Herrn Grafen kam und die vorzüglich eingerichteten, mit Ventilation usw. versehenen Kuchställe rühmte; ja, die Kühe würden in solchen Ställen nicht untergebracht werden, denn die sollen ja Geld, aber die jetzigen Bewohner sind — nur polnische Arbeiter und lassen sich billig ergänzen. Wir müssen gestehen, uns und manchen anderen, mit denen wir darüber gesprochen haben, hat sich das Herz im Leibe gekampft in dem Bewußtsein, daß sie keine landlichen Arbeiter bekommen. Ein Arbeiter, der noch eine Spur von Sitte und Ordnung, eine Spur von Moral und Pöbel, eine Spur von seiner Würde als Mensch besitzt, muß sich dafür bedanken, in solchen „Arbeiterwohnungen“ zu leben, wie sie der Herr Graf v. Strachwitz, preussischer Landtagsabgeordneter, Mitglied der Zentrumsparlei, Amtsvorsteher in Bertelsdorf bei Lauban usw., seinen Leuten zumutet. Und dabei sollen, wie uns erzählt wird, die Zustände in diesem Jahre noch bedeutend besser sein als in früheren; das halten wir allerdings schlechterdings für unmöglich.“

Das ist derselbe Graf Strachwitz, der in der „Deutschen Tageszeitung“ gegen das Reichstagswahlrecht gemotet und damit den offizialen Junkern evangelischer und katholischer Religion aus dem Herzen sprach, während er den führenden Zentrumsblätter, vor allem der „Köln. Volkszeitung“, einige Verlegenheiten bereite. Damals wurde die Frage aufgeworfen, wie es dem Zentrum, das sich ostentativ als Hüter des Reichstagswahlrechts aufstellte, denn möglich sei, einen diesem Wahlrecht spinnwebfeinlichen Parlamentarier in seinen Reihen zu dulden. Nun, die führende Partei im Deutschen Reich hat am Grafen Strachwitz schon Dinge erlebt, die kaum weniger bedenklich sind, als seine Wahlrechtsfeindschaft,

und doch nie daran gedacht, ihm den Stuhl vor die Tür zu setzen. Und dieser Graf gehört zu den Leuten, die die „christlichen“ Arbeiter zu ihren politischen Führern erkoren haben!

Die Vergleiche des Ruhrgebietes melden sich wieder. Nachdem sich die Siebenerkommission schon in verschiedenen Zusammenkünften mit der Lohnfrage beschäftigt hatte, ist sie am 6. Oktober zu einem abschließenden Resultat über die Art des Vorgehens gekommen. Es wird darüber gemeldet: Die Siebenerkommission hielt am 6. Oktober eine Sitzung ab, um formell Beschluß zu fassen hinsichtlich der Lohnfrage. Sämtliche Vertreter der fünf Bergarbeiterverbände, die zusammen 220.000 Mitglieder umfassen, wurden sich einig, für alle deutschen Bergbauvereine eine fünfzehnprozentige Lohnerhöhung zu fordern. Die Forderungen werden gemeinsam durch die Verbände an die Organisationen der Bergwerksbesitzer und an die einzelnen Grubendirektionen gerichtet. Den einzelnen Verbänden bleibt es außerdem überlassen, die Arbeiterausschüsse zur Unterstützung dieser Forderung zu bewegen.

Gewerkschaften und Sozialdemokratie als Vorbild und Antrieb. In dem Lierischen Zentrumsblatt vom 28. September 1906 ist zu lesen:

„Die im Deutschen Reich bestehenden Einrichtungen zur Erteilung von Rechtsauskunft usw. an Minderbemittelte und Arbeiter zeigen noch ein sehr wenig einheitliches Organisationsbild; leider möchte man im Interesse der guten Sache hinzufügen, liebreuend ist das hier einschlägige soziale Arbeitsgebiet noch der gewerkschaftlichen Organisation und somit der Sozialdemokratie überlassen.“

Das Bonner Zentrumsblatt, die „Deutsche Reichszeitung“, kündigt die Errichtung eines katholischen Arbeitersekretariats für Bonn und Umgegend mit folgenden Worten an: „Die industrielle Entwicklung in Bonn und Umgegend, das wachsende Bedürfnis nach Bildung und Erziehung der Volksmassen, insbesondere der kleinen Leute in Stadt und Land, auf sozial, politisch und apologetisch Gebiete, das Anwachsen der sozialdemokratischen Organisation und Agitation auch im hiesigen Bezirke, machen es notwendig, daß für Bonn und Umgegend ein katholisches Arbeitersekretariat errichtet wird.“

So wie es hier ist, ist es überall. Man guckt den Gewerkschaften resp. der Sozialdemokratie ihre Einrichtungen ab, ahmt sie nach und brüstet sich dann mit der „positiven Arbeit“. Gälte die sozialdemokratische Arbeiterbewegung nicht mit der Einrichtung dieser Sekretariate begonnen, die Zentrumsblätter hätten gar nicht daran. Aber so zwingt sie der Selbsthaltungstrieb dazu.

Christliche Ehrenpflichten. In Haidhausen war vor kurzem folgendes Plakat angehängt:

„Arbeiter, besonders ihr Arbeiterfrauen! Meidet die Krämeri von Garbador. Derselbe leistet Streikbrecherdienste bei der Firma Schmederer und fällt dadurch meuchlerisch seinen eigenen Bruder, der Ernährer einer acht-, sage achtpfündigen Familie ist, in den Rücken.“

Der ultramontane „Bayerische Kurier“, das führende Blatt der bayerischen Zentrumsparlei, wußte zu melden, daß die genannte Krämeri infolge des Plakats einen bedeutenden Ausfall in der Einnahme erlitten habe, und gesinnungstreu schreibt nun das Zentrumsblatt:

Es ist selbstverständlich Ehrenpflicht der christlichen Arbeiterschaft, den Boykottplan der roten Weltverbesserer durch fleißige Frequenzierung des boykottierten Geschäftes zu scheitern zu machen. So erniedrigt sich das führende Zentrumsblatt selbst zum verachtungswürdigen Streikbrecherorgan.

Geld stinkt nicht! Diesem Grundsatz huldigen, wie seit der Affäre Fischer-Tippelskirch usw. mächtig bekannt ist, viele unserer sogenannten Staatsmänner. Besonders erfreuen sich die Zantienen und andere Vergeltungen für die aufreibende Tätigkeit als Ausschäler großer Beliebtheit. Zu diesem Kapitel schreibt die „Kölnische Volkszeitung“: „Es hat in Abgeordnetenkreisen im letzten Winter höchst eigenartig berührt, daß ein höherer Marineoffizier, der mehr als M. 12.000 Pension bezieht, sofort in den Ausschäler der Köln-Flottweiler Pulverfabriken eintrat. Der betreffende Offizier braucht dabei während seiner Amtstätigkeit mit der Beschaffung von Pulver gar nichts zu tun gehabt zu haben — wir wissen das nicht —, aber daß die guten Beziehungen, die er aus seiner Amtszeit hatte, bei seiner Wahl gar nicht mitgesprochen haben sollten, wird so leicht niemand einleuchten. Weiter hat man sich darüber gewundert, daß ein aktiver Staatssekretär bei einem Großindustriellen, der die meisten Eisenbahnen in unseren Kolonien baut, sich dafür verwendete, daß ein aus politischen Gründen in Pension gehender Geheimrat der Kolonialabteilung eine Ausschälerstelle in einer der vielen Gesellschaften dieses Industriellen erhält.“

Was kommen muß. Die englischen Zeitungen besprechen lebhaft die Lage, welche durch eine Reihe der auf der Konferenz der englischen Eisenbahngesellschaften in Cardiff gefaßten Beschlüsse geschaffen ist. Die Beschlüsse bedeuten einen großen Sieg der Arbeiterpartei in den Gewerkschaften. Bell, ein Unterabteilungsmitglied, der jahrelang Generalsekretär der Eisenbahngewerkschaft war, wurde auf der Konferenz überstimmt. Die Konferenz nahm eine Resolution an, die von den Kandidaten für das Unterhaus forderte, daß sie sich schriftlich verpflichten, kein Gesetz zu unterstützen, das die Eisenbahnerverbände aus der Arbeiterpartei forderte. Die Konferenz beschloß ferner, in dem bevorstehenden Wahlkampf im Bezirke Mid-Glamorgan dem liberalen Kandidaten Evans einen Kandidaten der Arbeiterpartei, Holmes, entgegenzustellen. Bell behauptet bestimmt, daß die Resolutionen der Konferenz nicht die Ansicht der großen Masse der Eisenbahner wiedergeben, und verlangt nach allgemeiner Abstimmung. Eine solche Abstimmung dürfte den liberalen Arbeiterführer kaum befriedigen.

Eine Arbeiterpartei in Kanada. In Victoria, British Columbia, wurde in der zweiten Hälfte des September ein Gewerkschaftskongress der organisierten Arbeiter Kanadas abgehalten. 400 Gewerkschaften waren vertreten. Man sprach sich unter anderem auch für die Gründung einer Arbeiterpartei nach dem englischen Muster aus. Es werden Alterspensionen und Schiedsgerichte gefordert, ferner eine Beschränkung der Kuleinfuhr und Uebernahme der Eisenbahnen, Telegraphen, Telephone, Beleuchtungsanstalten, Feuer- und Lebensversicherung usw. durch den Staat oder die Gemeinde. In einer Resolution wurde gefordert, daß die Postbeamten von Kanada besser bezahlt werden und daß ihre Zahl entsprechend vermehrt werde, damit der Lichtstundentag eingeführt werden könne. Der Premierminister Mc Bride und der Minister für das Steuerwesen waren als Gäste des Kongresses anwesend und hielten Ansprachen.

Notabelt gegen die Truxis. Der fast nach deutschem Vorbild regierende Präsident von Nordamerika hat wieder einmal das Bedürfnis gefaßt, über die Truxis zu reden. Er kam sich das leisten, da er weiß, daß ein solches Reden bis zur Ausführung von Gefehen ein recht weiter Weg ist, und anderseits auch etwaige Gefehle doch sehr wenig an dem tatsächlichen Zustande ändern würden. Er führte aus, daß die genaue Klarstellung der Befugnisse der Regierung sei das Hauptbedürfnis gegen diejenigen großen Gebührenten, die sich dem Versuch widersetzen, sie unter eine wirkliche Staatskontrolle zu stellen. Dem Einfluß der Gewerksgrüner müsse ein Riegel vorgeschoben werden, um der Arbeit, dem Kapital und dem Publikum ihr Recht zu sichern. - Pflicht der Amerikaner sei es, nach der rechten Art von Zivilisation zu streben, die nicht eine bloße Plutokratie eines Bank- und Wallstreet-Syndikats sein dürfte. Die Wörtenjobber und Industriefürer kennen ihren Theodor viel zu gut, um ihm ernstlich böse zu werden.

Sozialdemokratischer Parteitag in Mannheim.

Politischer Massenstreik.

Wir haben in der vorigen Nummer unseres Blattes die beiden Referate ziemlich ausführlich wiedergegeben, um der Lesern des „Grundstein“, die sich noch nicht zum Abonnement einer sozialdemokratischen Tageszeitung aufgeschlossen haben, Gelegenheit zu geben, sich über die Möglichkeit und Notwendigkeit von politischen Massenstreiks und die Betätigung der Gewerkschaften dabei gehend zu unterrichten. Mit diesen beiden Referaten hätte unseres Erachtens die Diskussion über die Massenstreikfrage erledigt sein können; denn allen Mißverständnissen und rabulistisch konstruierten Gegensätzen war nunmehr der Boden entzogen. Einige „Kautskifiler“ waren aber immer noch nicht befriedigt; trotz der herzerfreuenden Deutlichkeit des Genossen Regien hatten sie immer noch nicht begriffen, warum es sich handelt. Also suchten sie der Resolution Bebel's etwas zugumäßen, und das Amendement Regien's ganz zu beiseiten. Das Letztere ist erfreulicherweise nicht gelungen.

Als erster Gegner der Resolution Bebel-Regien tritt Kautsky in die Arena. Mit Unterstützung von 22 Genossen, hatte er folgende Zusatzanträge eingebracht:

1. In der Resolution Bebel im zweiten Teil, dritte Zeile von oben, statt: „Die selben stehen an Wichtigkeit hinter der sozialdemokratischen Partei nicht zurück“, zu sagen:

„Sie sind nicht minder notwendig als die sozialdemokratische Partei.“

2. An den Schluß der Resolution folgenden Passus anzufügen:

„Um aber jene Einheitslichkeit des Denkens und Handelns von Partei und Gewerkschaft zu sichern, die ein unüberwindliches Erfordernis für den siegreichen Fortgang des proletarischen Kampfes bildet, ist es unbedingt notwendig, daß die Gewerkschaften von dem Geiste der Sozialdemokratie beherzigt werden. Es ist daher Pflicht eines jeden Parteigenossen, in diesem Sinne in den Gewerkschaften zu wirken und sich bei der gewerkschaftlichen Tätigkeit wie bei jeder anderen öffentlichen Betätigung an die Beschlüsse der Parteitage gebunden zu fühlen. Dies ist geboten im Interesse der gewerkschaftlichen Bewegung selbst; denn die Sozialdemokratie ist die höchste und umfassendste Form des proletarischen Kampfes, und keine proletarische Organisation, keine proletarische Bewegung kann ihrer Aufgabe vollständig gerecht werden, die nicht vom Geiste der Sozialdemokratie erfüllt ist.“

Zur Begründung der Anträge führte Kautsky folgendes aus:

Man kann sagen, daß die Gewerkschaften ebenso wichtig sind wie die sozialdemokratische Partei, aber der Begriff der Partei ist enger und ein weiterer, und je nach der Auffassung kann der Satz richtig oder falsch sein. Man kann die Sozialdemokratie auffassen als politischen Apparat zur Leistung gegenwärtiger parlamentarischer Arbeit, als politischen Apparat zur Eroberung von Mandaten und zur Verwirklichung der Mandate im Parlament, zur Vertretung der gegenwärtigen Interessen des Proletariats. Sagt man die Sozialdemokratie in diesem engen Sinne auf, dann kann man sagen, daß die Gewerkschaften von gleicher Bedeutung sind wie die Sozialdemokratie, sagt man aber den Begriff Sozialdemokratie in einem weiteren Sinne, als Vertretin der gesamten Emancipationskämpfe des Proletariats, als Vertretin des Programms, das eine Erneuerung der Gesellschaft anstrebt, dann sind von diesem Standpunkte aus Partei und Gewerkschaften nur Mittel zum Zweck, und deshalb sind wir dafür, daß nicht die gleiche Wichtigkeit, aber die gleiche Notwendigkeit der Gewerkschaften betont wird, und daß das völlig genügt. Der zweite Zusatz ist notwendig als Konsequenz der Resolution, die Bebel begründet hat. Ich halte diese Resolution für unvollständig, wenn unter Zusatz angenommen wird. Was sagt die Resolution Bebel's? Sie erkennt an, daß es notwendig ist, daß von Zeit zu Zeit gemeinsame Aktionen zwischen Partei und Gewerkschaften durchgeführt werden. Ich bin fest überzeugt, daß

die gemeinsame Aktion zwischen Partei und Gewerkschaften die zukünftige Aktionsform sein muß. Bebel erkennt auch an, daß die Form der Zukunftsaktion nun die ist, daß sich die Funktionäre der Gewerkschaften untereinander von Fall zu Fall verständigen. Hier hört aber die Resolution auf. Hier beginnt erst die Schwierigkeit. Dann entsteht die Frage: was geschieht dann, wenn es zu dieser Verständigung nicht kommt? Die Antwort ist eine sehr einfache. Wenn es zu einer Verständigung nicht kommt, dann kommt es auch nicht zur Aktion. Wie soll man denn zur Aktion kommen? Unsere eigene Partei ist, je größer sie geworden ist, in gewissem Sinne ein etwas schwerfälliger Apparat zu bringen. Sollte es nun der Fall sein, daß die Gewerkschaften der Ruhe bedürftig werden, welche Bessertübe eröffnet sich uns damit, wenn die Gewerkschaften dem ohnehin so schwachen Parteikörper als Bremse angehängt werden. Gerade dadurch, daß wir anerkennen, daß wir von Fall zu Fall mit den Gewerkschaften agieren müssen, gerade daraus entspringt die Notwendigkeit, dahin zu trachten, daß die Gewerkschaften einen solchen Inhalt haben, daß es unmöglich ist, daß sie jemals als Bremse fungieren können. Und deshalb ist es die Pflicht der Partei, in einer Weise mit den Gewerkschaften zu agieren, daß sie die Partei nicht hemmen. Das das im Interesse der Partei liegt, bedarf gar keiner Auseinandersetzung. Es kann sich bloß fragen, und ich glaube, das ist der Grund, warum man dagegen aufgetreten ist, ob nicht die Gewerkschaften durch diese Tätigkeit geschädigt werden, ob nicht die sozialistische Propaganda die Gewerkschaften beeinträchtigen kann? Ich bin der Ansicht, daß die Gewerkschaften dadurch nichts verlieren, sondern nur gewinnen, sie dadurch besser in den Stand gesetzt werden, ihren großen Aufgaben gerecht zu werden. Worauf beruht denn eigentlich die Werbestraft der Gewerkschaften? Erstens auf dem Unterdrückungswesen und zweitens auf dem Charakter als Kampforganisation. Nun ist das Unterdrückungswesen ein solches, daß es die Werbestraft der Gewerkschaften sehr enge begrenzt. Durch das Unterdrückungswesen können die Gewerkschaften keine allzu großen Kreise erobern. Das beweist das Beispiel Englands. Die Unterdrückung der Gewerkschaften, die Höhe der Leistungen und der Beitrag hängt ab von den Löhnen. Je höher die Löhne, desto mehr berengert sich der Kreis der Gewerkschaften auf die, welche hohe Löhne bekommen. (Kautsky irt, wenigstens trifft seine Meinung nicht auf alle Gewerkschaften zu. Die Reduktion des „Grundstein“.) Das beweisen die Gewerkschaften Englands, die seit zehn Jahren in einer Stagnation sind, während sich die Mitglieder der deutschen Gewerkschaften sprunghaft vermehrt haben. Worauf beruht das? Die englischen Arbeiter haben das selbst erkannt. Sie haben selbst gesagt, daß die englischen Gewerkschaften verkommen, weil ihnen eine Sozialdemokratie fehlt, welche die Gewerkschaften mit sozialistischem Geiste befüllt. Worauf unterscheidet sich die englische Arbeiterbewegung von der deutschen? Die englische Arbeiterbewegung hat das Unterdrückungswesen viel besser organisiert als die deutschen Arbeiter, weil die Versicherungsgesetzgebung in England fehlt, und trotz der verbesserten Unterdrückung sind die englischen Gewerkschaften stagnierend. In England haben wir eben die Neutralität der Gewerkschaften. Es fehlt ihnen die Sozialdemokratie, und damit ist der Beweis erbracht, daß die Sozialdemokratie es ist, welche den deutschen Gewerkschaften ihren Aufschwung verschafft hat. (Das ist sehr ansehnlich. Die Med. des „Grundstein“.) Sozialdemokraten waren es, die die deutschen Gewerkschaften gegründet haben, Sozialdemokraten sind es, die die deutschen Gewerkschaften leiten, die Sozialdemokratie ist es, die den Gewerkschaften ihre Kraft verleiht. Keine Partei Deutschlands hat ein solches Ansehen wie die Sozialdemokratie. Die deutsche Sozialdemokratie ist die Vertretin aller Ausbeuerten, aller, welche sich gegen die bestehenden Ausbeutungsverhältnisse erheben. Und die freien Gewerkschaften, sie mögen sich noch so frei, noch so neutral geben, werden von der Volksmasse als sozialdemokratisch betrachtet. Das ist ein Blick für die Gewerkschaften; denn das ganze Vertrauen, welches die Volksmasse der Sozialdemokratie entgegenbringt, bringt sie darum auch den Gewerkschaften entgegen, und darin beruht die Hauptstärke der Gewerkschaften. Wenn wir das mehr in den Vordergrund stellen, werden wir die Werbestraft der Gewerkschaften nur vermehren. Mit der Werbestraft hängt aber die Frage der Parteidisziplin auf das engste zusammen. Wenn wir eine Klasse von Genossen schaffen, für die die Disziplin nicht gilt, dann schwächen wir das, was die größte Triebkraft des proletarischen Kampfes ist, was die beste Kräfte der Gewerkschaften selbst ist. Auf Parteidisziplin müssen wir unter allen Umständen dringen. Die Gewerkschaften werden dabei nicht schlecht fahren. Die Sozialdemokratie hat noch nie einen Rückschlag gefügt, der die Gewerkschaften verlegt oder ihre Agitation erschwert hätte. Es handelt sich doch nur um Fragen, die sowohl das Gebiet der Gewerkschaften, als auch das der Partei berühren. Wenn aber einmal der Fall eintreten sollte, daß die Gewerkschaften sich durch einen Beschluß der Partei auf diesem Gebiet verlegt fühlen, so könnte es nur dann sein, wenn die Gewerkschaften die Sonderinteressen ihrer eigenen Mitglieder höher stellen, als die Gesamtinteressen, und dann müßte die Partei erst recht darauf bestehen, daß die Gesamtinteressen höher gestellt werden und zum Siege gelangen.

So sehr Kautsky's Ausführungen auch daneben hängen, sie waren sachlich, nicht gehässig. Anders dagegen die Ausführungen einiger ultrarabulaler Genossen. Rosa Luxemburg bezeichnete die Rede Regien's als „ein geradezu klassisches, typisches Muster für die Haltung, die gewisse Gewerkschaftsführer in der letzten Zeit gegenüber der Sozialdemokratie und gegenüber den wichtigsten Parteifragen eingenommen haben“. Auch der Parteivorstand bekam sein Fett, weil er dem Amendement Regien's zustimmte und damit befand, daß er eben so „dreist“ wie Regien ist, die Resolutionen von Köln und Jena für wesenlos zu erklären. Angesichts der „revolutionären Bewegungen des Proletariats, der Vorkämpfe in Rußland, Italien und Frankreich“ beweisen Regien und sein Anhang, daß sie nichts zu lernen und nichts zu vergessen vermögen. Auch Bebel

hat nach dem Verdikt der Genossen Luxemburg in Mannheim nur „nach rechts“ geredet.

Die Genossen Ziek, die mit Rosa Luxemburg und wenigen anderen Ausgewählten die Vertiefung des reinen sozialistischen Evangeliums in Nacht genommen hat, sang ebenfalls das Loblied des Massenstreiks in allen Tönen. Auch sie wies nach, daß Regien absolut nichts von dem Wesen des Massenstreiks versteht. „Er will den lebendigen Anschauungsunterricht, den wir erhalten durch die russische Revolution nicht anerkennen.“

In dieselbe Kerbe häuten noch eine Reihe anderer Redner, damit beweisend, daß sie wieder von Zankel etwas verstehen, noch von dem sozialistischen Geiste, der in den Gewerkschaften herrscht, eine Ahnung haben. Oder aber: wenn sie die tatsächlichen Verhältnisse kennen, haben sie nur geredet, um zu bereden, daß sie auf verkehrtem Wege waren und um ihrem Groll über ihre vorausgehende Niederlage Luft zu machen.

Die Ausführungen Regien's wurden wirksam unterstützt von Kolb-Karlruhe, Meißel-Stuttgart, Robert Schmidt und Silberstein-Berlin, Paul Müller und Th. Bömelburg-Hamburg.

Genosse Silberstein stellte fest, daß Bebel, entgegen seiner ersten Erklärung nach Veröffentlichung des vielgenannten Protokolls, nun nicht mehr behaupten könne und auch nicht behaupten, daß das Protokoll eine absichtliche Entstellung der Verhandlung zwischen Parteivorstand und Generalkommission enthalte. Was den Massenstreik anbelangt, so dürfte nicht vergessen werden, daß zwischen dem, was in dem Referate Bebel's dargelegt wurde, und dem, was nach dem Jenaer Parteitage öffentlich diskutiert worden ist, ein kolossaler Abstand besteht. Damals wurde angedeutet, daß bei einer Wahlrechtsbewegung der politischen Massenstreik in Anwendung kommen solle. Das Ablehnen des politischen Massenstreiks hat dann in den Kreisen der Parteigenossen ein Gefühl der Enttäuschung hinterlassen. Es ist erfreulich, daß Bebel nun diesmal in der präzisesten Form gesagt hat, daß der Massenstreik nur angewendet werden soll als letztes Mittel. Aber was ist nicht vorzuziehen kann und was die große Menge brauchen nicht versteht, ist, daß man sie solange in der falschen Auffassung gelassen hat. Genosse Bebel und andere hätten längst zur Klärung der Situation das auszusprechen müssen, was hier ausgesprochen worden ist. Aber sie haben gebuddelt, daß nach Jena in einem der Begründung der Resolution ganz entgegengesetzten Sinne für den Massenstreik gewirkt worden ist. Das ist ein Verfahren, das nicht scharf genug gemißbilligt werden kann. Genosse Kautsky glaubt sicher, daß er mit seiner Resolution der Partei und den Gewerkschaften einen Dienst erwies. Ich glaube aber nicht, daß er diese Absicht erreicht. Der erste Teil seiner Resolution sagt absolut nichts Neues. So haben bisher die deutschen Gewerkschaften immer gehandelt. Kein Gewerkschaftsführer wird eingehender als bisher sozialistischen Geist propagieren können. Wir ist von den Vorständen bis zu den Funktionären und Gauleitern herab kein Genosse bekannt, der nicht jede Gelegenheit benutzte, in diesem Sinne zu wirken. Diese ausdrückliche Festlegung in der Resolution Kautsky's kann deshalb nur einen tieferen Sinn haben. Und dieser kommt im nachfolgenden Satze zum Ausdruck, wo es heißt, daß es Pflicht eines jeden Parteigenossen sei, bei der gewerkschaftlichen Tätigkeit wie bei jeder anderen öffentlichen Betätigung sich an die Beschlüsse der Parteitage gebunden zu fühlen. Das ist eigentlich das Rubels Kern. Kautsky will hier eine obere Instanz für die Beschlüsse der Gewerkschaften bilden und degradiert damit die Gewerkschaften zu Filialen der Parteioorganisation, von der die Direktive ausgehen soll. So gut gemeint das sein mag, so geht es doch nicht. Freie Organisationen müssen ihre Selbstständigkeit, ihre Freiheit der Entscheidung behalten. Das ist doch ganz selbstverständlich, daß die Gewerkschaftsführer als Sozialdemokraten niemals auf Gewerkschaftskongressen etwas tun werden und dürfen, was einer der beiden Bewegungen schädlich wäre. Aber zu erklären: ihr habt euch zu fügen, ihr habt die Direktiven von dieser Stelle zu empfangen, das wäre verkehrt. Ueberlassen wir es dem gefunden Sinn der beiderseitigen Führer, sich gegebenenfalls zu verständigen.

Genosse Bömelburg spricht sich dahin aus, daß es nach Jena der Verhältnisse im Interesse der Partei und der Gewerkschaften notwendig war, daß der Inhalt des Protokolls bekannt wurde. Aber mit den Umständen, wie es veröffentlicht worden ist, ist er nicht einverstanden: Der Veröffentlichung selbst konnten wir nicht mehr aus dem Wege gehen, um eine schädliche Legendebildung hintanzuhalten. Jedoch bin ich der Ansicht, daß, wenn in der Leitung der Arbeiterbewegung von jeder die nötige Harmonie bestanden hätte, auch die Differenzen über die Veröffentlichung nicht entstanden wären. Der „Vorwärts“ wendet sich an den Parteivorstand, der Parteivorstand schriftlich an die Generalkommission. Parteivorstand und Generalkommission haben beide ihre Sitzungen in Berlin. Statt nun einen Brief zu schreiben, wäre es einfacher gewesen, wenn der eine den anderen zu einer Sitzung eingeladen hätte. Das geschriebene Wort ist etwas anderes, als das gesprochene. Und wenn sie sich in der Sitzung richtig ausbehalten, so hätten sie sich in der Sitzung richtig ausbehalten. Dann wäre nicht einmal die Anfrage an die Zentralvorstände gekommen, man hätte einfach gesagt, die Generalkommission veröffentlicht das Protokoll. Aus den Umständen, aus denen diese Differenz entstanden ist, ist in der Arbeiterbewegung im Laufe der Jahre manche andere Differenz entstanden. Ich habe die Überzeugung, daß, wenn Parteivorstand und Generalkommission schon seit Jahren in gemeinsamen Sitzungen die Fragen, welche die Bewegung gemeinsam angeht, erörtert hätten, dann wären auch die Differenzen in bezug auf den politischen Massenstreik niemals entstanden. Da hätten sich die Dinge von vornherein anders gestaltet, wie auch vielleicht die ganze Regelung der Fragen auf dem heutigen Parteitag einen anderen Verlauf genommen hätte. Durch diese Verhältnisse sind wir in der Arbeiterbewegung zu ganz unhaltbaren Zuständen gekommen. Solange ich Mitglied der Arbeiterbewegung bin und die Fähigkeit besitze, die

Dinge zu beobachten, kann ich sagen, daß noch niemals ein solcher Wirrwarr vorgefallen war wie im Laufe der letzten Zeit. Wo sind da eigentlich die geschlossenen Meinungen in Bezug auf den politischen Massenstreik? So viel Redner, so viel Versammlungen, so viel verschiedene Meinungen. Der eine will gelegentlich die Waffe im Kampf bringen, auf einige Tage einmal demonstrieren, der andere will den Massenstreik, um in dem einen oder anderen Rändern die politischen Freiheiten zu erweitern, der dritte wieder will durch den politischen Massenstreik eine Desorganisation des Staates herbeiführen. Und heute, die das sagen, gehören nicht etwa zu denen, die auf tiefer Stufe der Bildung stehen. Heute, die geistig sehr hoch stehen, haben diesen Gedanken zum Ausdruck gebracht. Wirrwarr an allen Ecken und Enden. In der einen Versammlung wird gesagt, die Kölner Beschlüsse stehen im Widerspruch mit den Jenaer Beschlüssen; anderswo hört man wieder das Gegenteil. Die „Revisionisten“ sind auf einmal die „Radikalen“ geworden, die „Radikalen“ die „Revisionisten“. Das ist ein Zustand, wie er unmöglich auf die Dauer fortbestehen darf; die Massen, die nicht in jedem Falle die Fähigkeit besitzen, die feinen Unterschiede zu ziehen, wie etwa die Redakteure und die Redner, wissen schließlich zuletzt gar nicht mehr, was sie eigentlich sollen. Daher sage ich, daß die Differenzen in der Arbeiterbewegung unter allen Umständen im Interesse der Bewegung beseitigt werden müssen, und darum möchte ich den Parteitag dringend bitten, damit er der Sache endlich einmal ein Ende mache, nicht nur der Resolution Bebel, sondern auch den Amendements Regien seine Zustimmung zu erteilen. Ich weiß, daß mancher dagegen ernsthafte Bedenken hat. Man hat nach dem Kölner Gewerkschafts-Kongress in den Parteitage bei jeder Gelegenheit gesagt, die Beschlüsse von Köln bedeuten sich nicht mit denen der Partei. Ja, man hat in der Masse den Gedanken wachgerufen, als wenn man beispielsweise in Köln die Diskussion des Massenstreiks verboten habe. Gestern sagten noch Genossen hier: Ja, wie kommt Ihr dazu, die Diskussion zu verbieten. Ich möchte den sehen, der uns nachweisen wollte, daß wir die Diskussion verboten haben. Regien hat Ihnen gestern das genaue Gegenteil nachgewiesen. Aber ich weiß, daß die Parteipresse sich in mancher Beziehung festgelegt hat; allein dieser Umstand sollte uns nicht dazu führen, heute durch die Ablehnung des Amendements dazu beizutragen, daß schließlich der heute bestehende Zustand noch länger weiter bestehe. Wenn Kautsky wünscht, daß die Mitglieder der Gewerkschaften mit sozialistischem Geist durchdringt werden, so befindet sich dieser Wunsch völlig mit dem meinigen im Einklang. Darin gibt es keine Meinungsverschiedenheiten, das habe ich wiederholt ausgesprochen, und ich kann von mir mit gutem Gewissen sagen, daß ich, solange ich an der Spitze meiner Gewerkschaft stehe, in diesem Sinne gearbeitet habe. Aber wenn Kautsky meint, daß er jetzt mit seinem Antrag dieses Ziel erreicht, dann verkennt Kautsky die Verhältnisse vollständig. Wenn wir etwas erreichen wollen, müssen wir Hand in Hand arbeiten. Die Personen, die die Fähigkeit besitzen, der Waffe in den Gewerkschaften den Gedanken des Sozialismus klarzumachen, das sind die Personen, die in der Gewerkschaft eine führende Stellung einnehmen. Aus rein tatsächlichen Erwägungen, nicht aus prinzipiellen Gründen muß ich gegen den Antrag Kautsky stimmen. Es ist gesagt worden, daß eigentlich der letzte Teil des Antrages Kautsky Bismarck auf den Leib geschneitten sei. Ich soll das Bismarck sein, das Kautsky veranlaßt haben soll, den letzten Teil seines Antrages zu schreiben. Dies soll ich herbeigeführt haben durch die Erklärung, die ich im vorigen Jahre in Jena abgegeben habe. Die Erklärung lautet: „Der Gewerkschaftskongress hat seinen Beschluß gefaßt, und da die Gewerkschaften ihre Tagung für sich abhalten und souverän sind, so bleibt für mich als Gewerkschaftler in erster Linie der Beschluß des Gewerkschaftskongresses bestehen. Kautsky will nun durch seinen Antrag herbeiführen, daß sich die Gewerkschaftsmitglieder, die zugleich auch Parteigenossen sind, unter allen Umständen an die Beschlüsse der Partei halten sollen. Ich gebe Kautsky zu, daß meine Ausführungen zu Zweifeln Anlaß geben können. Ich stehe auf dem Standpunkt: Beschlüsse der Partei können für die Gewerkschaft als Korporation nur dann in Frage kommen, wenn in der Sache vorher zwischen beiden Teilen ein Einverständnis herbeigeführt ist. Das habe ich bereits vor einigen Monaten auf einer Wahlkreisversammlung zum Ausdruck gebracht. Meine damalige Erklärung lautete: „Ich betrachte es als etwas ganz Selbstverständliches, daß Beschlüsse der Parteitage, für deren Durchführung die Partei allein in Frage kommt, auch von jedem einzelnen Mitglieder der Partei gehalten werden müssen. Dagegen stehe ich auf dem Standpunkt, daß für gemeinsame Aktionen der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen nur solche Beschlüsse maßgebend sein können, die in gegenseitiger Uebereinstimmung gefaßt sind.“

Ich glaube, daß ich eine Erklärung, wie sie korrekter gar nicht sein kann. Wenn wir nun zum Ausdruck bringen, daß Partei und Gewerkschaft, wo sie gemeinsame Aufgaben zu erfüllen haben, sich zuvor über die einzuleitenden Schritte verständigen sollen, dann werden Beschlüsse, die miteinander im Widerspruch stehen, nicht gefaßt werden, und die Einheit in der Partei ist gesichert. Gegen den zweiten Teil der Resolution Kautsky sprachen auch Dr. Quard-Grantsfurt, Adolf Braun-Nürnberg und Richard Fischer-Berlin. Sie akzeptierten aber den ersten Teil mit kleinen Veränderungen in folgender Form: „Um aber jene Einheitlichkeit des Denkens und Handelns von Partei und Gewerkschaft zu sichern, die ein unentbehrliches Erfordernis für den siegreichen Fortgang des proletarischen Kampfes bildet, ist es unbedingt notwendig, daß die gewerkschaftliche Bewegung von dem Geiste der Sozialdemokratie erfüllt“ werde. Es ist daher Pflicht eines jeden Parteigenossen, in diesem Sinne zu wirken.“

Diesem Passus stimmen auch die Referenten und ebenfalls der Parteivorstand und die Kontrollkommission zu. Um

andererseits dem Amendement Regiens möglichst einstimmige Annahme oder doch eine große Majorität zu sichern, wurde auch dies dahin abgeändert, daß es der Parteitag als festgestellt ansehe, daß die Resolutionen von Köln und Jena nicht im Widerspruch stehen.

Ein feindseliger Zwischenfall entstand bei der Erteilung des Schlussspruchs. Der Vorsitzende des Parteitages, Genosse Singer, hatte disponiert, daß erst der Referent, also Regien, und ganz zuletzt der letzte Referent, Genosse Bebel, reden sollten. Damit war Regien nicht einverstanden, und er fügte seine Ansicht, daß auch im Schlussspruch der Referent nach dem Referenten rede, auf die Geflügelstunde auf früheren Parteitagen. In Köln 1893 und in Jena 1901 haben auch die Referenten das letzte Schlussspruch gehalten. Nun sollte es anders sein und zwar laut „parlamentarischer Ordnung“. Uns scheint in diesem Falle die Berufung auf die parlamentarische Ordnung nicht ganz stichhaltig zu sein. In den Parlamenten handelt es sich um den Berichterstatter der Kommissionen oder Ausschüsse und daneben um Berichterstatter einzelner Minoritäten der Ausschüsse. Da hat der Hauptberichterstatter das letzte Wort. Auf dem Parteitag war aber der Referent nicht ein Berichterstatter der Minorität, sondern er stand völlig gleichwertig dem ersten Referenten und hatte unseres Erachtens somit, da er als zweiter das Wort bekam, auch als zweiter Anspruch auf das Schlussspruch. Der Parteitag gab jedoch seinem Präsidenten recht, und Regien verzichtete dann überhaupt auf das Schlussspruch. Wir können es verstehen, daß Genosse Regien nicht angenehm berührt war von diesem Nachspruch des Parteitages, immerhin hätten wir es für richtiger gehalten, wenn er von dem Rechte des Schlussspruches dennoch Gebrauch gemacht hätte; es war noch manche schiefle Darstellung einiger Geiselpörne zu beleuchten und richtig zu stellen.

Genosse Bebel nahm im Schlussspruch Gelegenheit, Regien gegenüber nochmals den Parteivorstand zu recht fertigen und andererseits scharf zu betonen, daß der zweite Teil des Kautsky'schen Antrages unannehmbar sei. Namens des Parteivorstandes erklärte Bebel: Wir sollen vor allem Frieden und Eintracht zwischen Partei und Gewerkschaften herbeiführen, und deshalb muß alles vermieden werden, was mit Recht oder Unrecht zu ausgelegt werden könnte, als sollte der eine Teil auf Kosten des anderen benachteiligt werden. Es kommt hinzu, daß nach unserer Ueberzeugung der erste Wortlaut der Resolution Kautsky geeignet war, die Gewerkschaften gegenüber den Behörden in allerlei bedenkliche Situationen zu bringen, und wir halten es für eine der größten Unfluthheiten, die ein Parteitag begehen könnte, eine solche Handlung auszuüben und sich des Fehlers erst später bewusst zu werden, wenn eine Reparatur nicht mehr möglich ist. Wir sind weiter der Meinung, daß der zweite Teil der Resolution Kautsky die Gewerkschaften gegenüber der Partei in eine Situation bringt, die notwendigerweise ein Gefühl der Verbitterung, ja noch mehr, ein Gefühl der Zurücksetzung bei den Gewerkschaftsführern hervorruft. Wir müssen alles vermeiden, was einer derartigen Stimmung Vorschub leisten könnte. Dazu kommt, daß die Erklärungen von Bismarck und Reichel die denkbare befriedigendsten sind, die wir verlangen können. Wir sind überzeugt, daß diese Genossen im Sinne ihrer Gewerkschaftsfreunde gesprochen haben, und daß sie als ehrliche Männer alles tun werden, um ihrer Ansicht Geltung zu verschaffen. Andererseits bin ich überzeugt, daß selbst die Annahme der Resolution Kautsky an dem tatsächlichen Zustand absolut nichts ändern würde. Wir können als Partei keine Macht auf die Gewerkschaften ausüben. Wir müssen von der freiwilligen Betätigung der Genossen erwarten, daß sie das tun, was ihre parteigenössische Pflicht ist. Wenn man glaubt, daß der eine oder der andere das bisher nicht getan hat, so mag man das tadeln, aber eine Klage zu erteilen, und eine Direktive zu geben, die wieder gegen die Gewerkschaften ausgeht, werden könnte, dazu sollte sich ein Parteitag der deutschen Sozialdemokratie unter keinen Umständen begeben. Die Bedenken, die wir bisher gegen den ersten Absatz der Resolution Kautsky hatten, sind durch die von ihm vollzogenen Änderungen beseitigt. Dagegen muß ich Sie auf das nachdrücklichste bitten, gegen den zweiten Absatz zu stimmen und dadurch einen Stein des Anstoßes zu beseitigen; denn dadurch werden unsere ganzen Verhandlungen einen unangenehmen und bitteren Beigeschmack erhalten, und das sollte im Interesse der Einheit und des Friedens zwischen Partei und Gewerkschaften, den wir mit unserer Resolution befestigen wollen, vermieden werden.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Maßregelungen, Differenzen.

Sperren, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zug von Maurern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:

Hansestädte:

Cuxhaven (Streik);

Schleswig-Holstein:

Barnstedt (Sperre über Rathjens in Hemdingen), Preetz (Sperre über Schlömer), Lunden (Sperre über den Unternehmer Schröder, Kurth und Petersen in Krenpel);

Mecklenburg:

Sülze (Sperre über Holldorf), Laage (Sperre über Korff), Klütz (Aussperrung), Wismar (Sperre über Schatz);

Pommern:

Greifswald (Aussperrung);

Ost- und Westpreußen:

Konitz (Aussperrung), Memel, Braunsberg (Streiks);

Schlesien:

Görlitz (Streik), Breslau (Streik der Fassadenputzer);

Brandenburg:

Belzig (Streik), Trebisch (Sperre über Hamann), Finsterwalde (Differenzen), Alt-Carpe (mehrere Sperren), Cöpenick (Sperre über Schulze und Schröder aus Hannover), Wittenberge (Massenregelung);

Provinz Sachsen und Anhalt:

Bernburg, Zeitz (Aussperrungen), Dessau (Sperre über Lüdike);

Königr. Sachsen:

Leipzig (für Maurer sind gesperrt die Firmen Marien & Kunze, Bahnhofsbauteil, F. Bieber in Leipzig-Gohlis, Ecke der Bleichert- und Kaiser Friedrichstrasse, Willy Schöbel in Stötteritz, Bau Leipzigerstrasse, Müller & Damm in Leipzig-Gohlis, Ulanenstrasse, M. Steyskal und Seifert in Meckern, Sohrstrasse, für Rahlitzputzer die Gips- und Zementbaugesellschaft, Brandelstrasse, und Heinrich Walter in Leipzig-Lindenau), Warzen (Sperre über Lehmann in Pöschau), Hirschberg, Meissen (Aussperrungen), Limbach (mehrere Sperren), Plauen (Sperre über Mannel), Penig (Sperre über Hellriegel);

Hannover, Oldenburg und Lippe:

Emden, Münden (Zimmererstreiks), Jork-Esteburg (Sperre über den Neubau Hadler in Craz a. d. Elbe), Lüneburg (Streik), Eldingen (Sperre über Knoop);

Braunschweig:

Braunschweig (Streik);

Thüringen:

Gera (Sperre über Hirsch), Gotha (Streik), Sonneberg (Sperre über Schmidt), Creuzburg bei Eisenach (Streik);

Rheinprovinz:

Vohwinkel, Neunkirchen-Wiebelkirchen-Friedrichsthal, Kira a. d. Mahe (Streiks), Opladen (mehrere Sperren), Niviges (Sperren über Gerharts und Husemann), Ratingen (Sperren über Schlösser, Bovers und Wehrmeister), Cöln (Plattenleger, Differenzen);

Bayern:

Burglarnbach, Augsburg (Streiks);

Hessen:

Borsdorf (Streik), Heppenheim (Sperre über Held);

Baden-Pfalz, Elsass-Lothringen:

Hassloch (Streik), Metz (Sperre), Schwetzingen (Sperre über S. Umhey und J. Fackel & Co.), Rheingönheim (Sperre über Scherf), Singen (Sperren über Schmal und Sehewitzer);

Fliesenleger:

Cöln a. Rh. (Streik);

Oesterreich-Ungarn:

Budapest (Aussperrung), Wandsdorf i. Böhmen (Streik).

Schweiz:

Zürich, Neuchâtel (Streiks).

Gau Hamburg. In Guxhaven wurde in einer am Sonntag, den 7. Oktober, tagenden Mitgliederversammlung nach eingehender Diskussion beschlossen, den Streik nach fünfzehntägiger Dauer zu beenden. Die vorgeschrittene Jahreszeit war der hauptsächlichste Grund zu diesem Beschluß. Wenn in diesem Jahre die Forderung, 60 1/2 Stundenlohn und neunzehnhundertstündige Arbeitszeit, nicht erreicht wurde, so ist doch Aussicht vorhanden, daß die Streikenden zu einem Stundenlohn von 55 1/2 innerhalb einer kurzen Zeit untergebracht werden können. Um dies möglich zu machen, ist es notwendig, daß die ledigen Kollegen Guxhaven in den nächsten Wochen nach meiden. Der neugegründete Arbeitsnachweis der Unternehmer soll seitens der Kollegen nicht benutzt werden.

Die Unternehmer von K l e n e b u r g scheinen für dieses Jahr keinen Frieden mehr zu wollen. Um 1. Oktober hat wieder eine Verhandlung stattgefunden. Das Ergebnis war: Ab 1. April 1907 bis 1. April 1908 der Lohn von 50 1/2 auf 55 1/2 erhöht werden. Von einer Arbeitszeitverlängerung wollen die Herren unter keinen Umständen etwas wissen. Einen solchen Vertrag können die K l e n e b u r g Unternehmer mit jedem anderen abschließen, aber nicht mit uns. Da hätten wir 14 Wochen im Kampfe gelegen und müßten uns mit dem, was sich die Unternehmer zurechtgedreht haben, zufrieden geben; so was gibt es nicht. Wenn sie dieses Jahr nicht wollen, so geht der Tanz nächstes Jahr von vorne los.

Gau Lübeck. Nachdem die K l i n k e r Unternehmer jegliche weitere Unterhandlung abgelehnt haben, ist wohl keine Aussicht mehr, den Kampf noch in diesem Jahre erfolgreich zu beenden. Da sämtliche Kollegen in Arbeit sind und Aussicht auf Winterarbeit haben, so wurde am 30. September beschlossen, bis auf weiteres auf jegliche Unterhandlung aus der Hauptfrage zu verzichten und im Frühjahr den Kampf mit erneuter Kraft weiter zu führen, falls es die Unternehmer nicht vorziehen, bis dahin eine Einigung herbeizuführen. Der Kampf dauert also ununterbrochen fort; laßt sich kein Kollege bewegen, bei K l i n k e r Unternehmern in Arbeit zu treten. Der Zug ist auch fernerhin fernzuhalten.

Gau Hannover. Wie der Vorstand des Braun-schweig-er Arbeiterverbandes im Antworten von Streikbrechern berichtet, geht es folgendes. In Ronitz sind, wie bekannt, unsere Kollegen ausgesperrt. Dort arbeiteten sechs Italiener als Streikbrecher. Der hiesige Arbeiterverband hat diese Streikbrecher nach Braunschweig geholt. Nun verlangt der Unternehmer in Ronitz, bei dem die Streikbrecher arbeiten, diese Elemente wegen Kontraktbruchs auf Schadenersatz oder auf Wiederaufnahme der Arbeit bei ihm. — Weiter arbeiteten in Königsberg 63 Italiener bei einem Unternehmer, dem sie sich, wie sie selbst versichern, kontraktlich bis zum 1. November verpflichtet hatten. Aus purer Freundschaft zu den hiesigen

* In der in Nr. 40, S. 493, abgedruckten Resolution steht beiderseitig, welches Wort in „erfüllt“ abgeändert worden ist.

Unternehmern, entläßt der Bauunternehmer in Königsberg die Italiener mit der Weisung, sie sollten nach Braunschweig gehen. Dieser Unternehmer kümmert sich nicht um die Weisung, sondern schließt sich den Italienern an. Die Italiener hatten in Königsberg einen Rechtsanwalt und auch den italienischen Konsul um Recht und Rat gebeten, aber vergebens. Von den 66 dort abgereisten Italienern hat ein hiesiger Unternehmer noch 23 Mann in Berlin aufgespürt. Auch diese waren ebenfalls nicht nach Braunschweig gekommen, wenn ihnen von dem betreffenden Unternehmer nicht für die ganze Woche der Lohnausfall von pro Mann M. 80 und M. 30 Ersatz für losgelassenen Lohn ausbezahlt worden wäre. Die Streikbrecher fordernden diese Summe aus den Streikenden, dann würden sie abreisen. Selbstverständlich haben wir dieser Underschwelligkeit nicht entsprochen. Nach Italienern, die im Laufe der Woche nach Braunschweig zureisen, haben die Arbeiter nicht aufgenommen, sondern sind gleich wieder abgereist.

Gau Köln. Mit dem 1. Oktober d. J. lief der Vertrag der Plattenleger in Köln ab. Es haben nun in der letzten Zeit Verhandlungen stattgefunden, die aber bis jetzt an dem abnehmenden Verhalten der Unternehmer gescheitert sind. Die Hauptforderungen der Kollegen lauten: Abschaffung der Astorarbeit, achtstündige Arbeitszeit und 85 % Lohn pro Stunde. In den Verhandlungen ist man über die Einführung der Lohnarbeit nicht hinweggekommen; die Unternehmer sind nicht gewillt, der Frage Gehör zu schenken. Es haben nun Verhandlungen der beiden Arbeiterorganisationen stattgefunden, worin in einer Resolution einstimmig beschlossen wurde, nach wie vor an der Forderung festzuhalten. Eine weitere Verhandlung mit den Unternehmern am 1. Oktober hat ergeben, daß die Unternehmer wohl den Stundenlohn garantieren würden, wenn eine Leistungssteigerung mit vorgesehen würde. In den Verhandlungen der Arbeiter am gleichen Abend wurde das Annehmen in Bezug auf eine Leistungssteigerung entschieden zurückgewiesen und der Streik einstimmig beschlossen. Somit stehen denn die Plattenleger seit Dienstag, den 2. Oktober, im Streik. Die Arbeitsniederlegung erfolgte fast einmütig; nur einige Richtorgansleute blieben bei der Arbeit; jedoch ist die Zahl der letzteren schon gewaltig aufgemerksam, so daß die beste Hoffnung besteht, daß auch das letzte halbe Dutzend noch die Arbeit einstellen wird. Eine Freitag, den 6. d. M., seitens des Deutschen Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe anberaumte Verhandlung hat kein Resultat ergeben, weil die Unternehmer auf die Leistungssteigerung bestehen. Eine zur vor dem Streik aufgenommene Statistik hat ergeben, daß 128 Kollegen an Orte beschäftigt waren; davon gehören unserer Organisation 81, der christlichen 29 und der freien Vereinigung ein Kollege an. Inoffiziell waren 17 zu rechnen. — Dem Bericht ist noch nachzutragen, daß eine Firma den Tarif unterschrieben hat, worauf neun Streikende in Arbeit treten konnten. Mit einer zweiten, größeren Firma werden Unterhandlungen geführt.

Gau Mannheim. Der Streik in Colmar ist Dienstag, den 2. Oktober, erfolgreich beendet worden. Am Sonntag, den 27. September, fanden Verhandlungen statt, an denen auch ein Mitglied des Arbeitgeberverbandes aus Straßburg teilnahm. Die Unternehmer waren schon etwas vernünftiger geworden. Sie boten 47 % für dieses Jahr, 49 % für 1907, und dann wollten sie 50 % zahlen. Auch die sonstigen Bestimmungen unseres Vertragsentwurfs erschienen ihnen annehmbar. Wir hatten bereits bei den früheren Verhandlungen den Vermittlungsvorschlag gemacht, jetzt 48 %, und vom 1. April 1907 ab 50 % zu zahlen. Wie die Situation stand, hatten wir keine Veranlassung, davon abzugeben. Nach dreitägigen Verhandlungen waren die Unternehmer bereit, vom 1. März 1907 an 50 % zu zahlen; doch über die 47 % für dieses Jahr wollten sie nicht hinaus. Es wurde nun vereinbart, diesen Vorschlag der Maurervereinigung zu unterbreiten. Diese Verhandlung fand am 1. Oktober statt. Nach eingehender Diskussion beschloß die Vereinigung, auf dem früher gemachten Vermittlungsvorschlag stehen zu bleiben, und beauftragte die Lohnkommission, auf dieser Grundlage nochmals mit den Unternehmern zu verhandeln. Die Unternehmer nahmen nun diesen Vorschlag an. Damit ist auch dieser Kampf zu unseren Gunsten beendet. Es dürfte angebracht sein, daran zu erinnern, daß in Colmar 1903, vor dem Streik, unsere Kollegen noch einen Stundenlohn von 24 % bis 33 % erhielten. Der Durchschnittslohn betrug 23 %. Da nun im nächsten Jahre 50 % Minimallohn gezahlt werden müssen, so haben die Kollegen innerhalb dreier Jahre eine Lohnerhöhung von 22 % erlangt. Es wird nun Aufgabe der Colmarer Kollegen sein müssen, durch frumme Organisation das Errungene hochzuhalten.

Gau München. Aus Augsburg wird geschrieben: „Am 1. Oktober hielten die Streikenden eine sehr gut besuchte Versammlung ab, in der Kollege Silberchmidt im Auftrage der Streikleitung für die Ausbebung des Streiks plädierte. Er begründete dies, damit, daß in Anbetracht der vorgeschrittenen Zeit auf einen Sieg nicht mehr zu hoffen sei; doch sei es noch nicht zu spät, um einen geordneten Rückzug anzutreten. Die Kollegen würden nicht als gedemütigt zur Arbeit zurückkehren, sondern als Krieger, die in einem harten Kampfe ehrenvoll unterlegen seien. Wir alle müßten, daß mit dem augenblicklichen Abbruch des Kampfes auf keinen Fall der sogenannte „Friede“ im Baugewerbe eingeleitet würde. Die Maurer Augsburgs dürften nicht eher ruhen, bis das bestmögliche Bauprogramm überbittelt sei. Das sei in diesem Jahre aber nicht mehr möglich. Man solle darum einmütig und mit dem festen Vorsatz zur Arbeit zurückkehren, derartig für die Verbreitung und Stärkung der Organisation zu sorgen, daß das nächste Jahr vollende, was in diesem Jahre nicht zu erringen gewesen sei. Diese Ausführungen fanden aber statt der verdienten Beachtung und Zustimmung den schärfsten Widerspruch der Versammlung. Die meisten Diskussionen erklärten, nie und nimmer früher die Arbeit aufzunehmen, bis die Forderung von den Unternehmern bewilligt sei. Man hielt die Situation noch lange nicht für verloren. Noch ständen acht Bauten völlig still, die 215 Streikbrecher hätten zur Befreiung der Bauten bisher nicht ausgereicht und würden es auch fernher nicht

lun. Wie leider nicht anders zu erwarten war, fanden diese Kollegen den größten Beifall und in diesem Sinne entschied denn auch die Versammlung. Der Kampf geht also weiter, der Zug nach Augsburg muß weiter ferngehalten werden. In diesem Stande des Kampfes haben die sich hier Weisungen nennenden Stuktureure viel Schuld. Nachdem wir diesem erbärmlichen Gesindel bei seiner Lohnbewegung in diesem Frühjahr den Rücken deckten, vergilt es jetzt diese Solidarität mit offenkundigem Streikbruch. Nach den von den beiderseitigen Organisationsleitungen getroffenen Abmachungen sollte der Innenputz ausschließlich Maurerarbeit sein. Trotzdem sind diese „sauberen Bundesgenossen“ jetzt darüber her, allen nur irgendwie erreichbaren Innenputz fertigzustellen. Bis jetzt haben sie 24 Bauten fertig gepußt und weitere 17 Bauten in Angriff genommen. An diesem eben Beginnenden sich auch, wie ausdrücklich festgelegt sein mag, sämtliche Vorstandsmitglieder der Stuktureuroganisation. Zweifellos hat dies Verhalten der Stuktureure viel dazu beigetragen, um den Bauproben den Rücken zu stärken. Einen weiteren Rückhalt hatten die Unternehmer in dem „Industrieverein“, der den Brennpunkt der so sattem bekannnten Augsburger Schmaragderei ist. Von den Unternehmern haben 21 kleinere Geschäfte, die etwa 50 Gesellen beschäftigen, die Forderung anerkannt, während noch 39 größere Geschäfte bestritten werden.“

Die Ablehnung des Antrages der Streikleitung auf Abbruch des Streiks war ein großer Fehler der Augsburger Kollegen. Es ist ein Verstoß gegen die tatsächlichen Regeln des Kampfes, die heute von jedem urteilsfähigen Menschen anerkannt werden. Die Taktik, die die Augsburger Kollegen nimmer eingehalten haben, ist dieselbe, die die Leitung unseres Verbandes in hundert von Versammlungsreden, die Redaktionen des „Grundstein“ in Dutzenden von Artikeln als die verkehrte Taktik bekämpft hat. Es ist die Taktik des Eigenfinns, die der nutzlosen Kräftevergeubung. Die Kollegen, die diese Taktik in der Augsburger Versammlung propagierten, mögen sich in der dramatisch-herzlichen Pose des Kämpfers „bis zum letzten Blutstropfen“ als glorieumstrahlte Krieger gefühlt haben, aber den Befähigungsnachweis zur Führung wirksamer Kämpfe haben sie nicht erbracht. Das Heldentum in den proletarischen Kämpfen besteht aus erheblichen Teil in der Unterdrückung der leidenschaftlichen Gefühlsausfaltungen in der eigenen Brust und in den eigenen Reihen. Bleiben die Augsburger bei ihrer Taktik, so läßt sich das Ende ausführen voraussetzen: mehr und mehr werden von den Streikenden abdröckeln, und jeder fähigen Taktik vermehrt die Zahl der Unorganisierten, die bei künftigen Kämpfen von vornherein als „arbeitswillig“ in Rechnung zu stellen sind. Die Organisation wird geschwächt und bei der schließlich doch nicht mehr zu umgehenden Wiedereinnahme der Arbeit bilden die Organisierten überall auf den Bauten die Minorität, die sich schließlich noch von den Streikbrechern übergeballen lassen muß. Sind erst bezattete Zustände eingetreten, dann hält es recht schwer, Weigerung zu schaffen. Statt daß der offene Kampf der Maurer der Anfang vom Ende der Gewalt herrschaft der Augsburger Aufhängesippe würde, wird er heute schon schmerzhaft genug drückt. Vielleicht würde dann auch das Baugewerbe in Augsburg mit einer „gelben“ Organisation beglückt werden. Fürwahr, es ist hohe Zeit, daß unsere Augsburger Kollegen zu einer besseren Einsicht kommen und sich zu dem Plan bekennen, der in diesem Falle einzig am Platze ist, nämlich: Schluss machen, Kräfte sammeln und bei der nächsten Gelegenheit mit neuer Wucht auf den Feind!

Der seit vier Monaten bestehende Maurerstreik in Landshut wurde durch den Beschluß einer Versammlung am 3. Oktober als vorläufig für beendet erklärt. Den Zug von Mauern nach Landshut bitten wir jedoch noch streng fernzuhalten, auch möchten wir die von hier abgereisten Kollegen ersuchen, vorerst noch nicht zurückzukommen. Einige Unternehmern haben den vorgelegten Tarif unterzeichnet; aber die meisten wollen ihren Herrenanspruch noch nicht aufgeben; sie haben noch nichts erklärt. Deshalb erklären sie heute noch, „untergeschrieben wird nichts“. Wenn auch die Unternehmer scheinbar einen „Sieg“ errungen haben, so werden sie doch einen zweiten Sieg dieser Sorte kaum mehr verlangen. Sie würden dann auch ausrufen können: „Nach einem solchen Sieg und ich bin verloren!“ Die Kollegen haben nun das Unternehmertum aus ganz neuen gelernt, und sie werden aus diesem Kampf die Lehre ziehen, daß ohne Organisation überhaupt nichts zu erreichen ist. Deshalb ist es notwendig, daß keiner der Organisation den Rücken kehrt, sondern jeder von neuem an die Arbeit geht und neue Mitglieder gewinnt. Verschiedene unorganisierte Maurer in Landshut würden nicht weit entfernt sein, sich zum Streikbrecher zu erniedrigen, wenn sie auch Unterstützung hätten erhalten können. Also, Kollegen, nochmals rufen wir Euch zu: „Halten den Zug von Mauern nach Landshut fern, und der Sieg wird am Schluss noch unser werden!“

Gau Nürnberg. In Bayreuth mußte in der letzten Woche der Kampf nach einer Zwischenzeit dauer abgebrochen werden, da für dieses Jahr nichts mehr zu erreichen war und die Unternehmer mit den allerdings nur wenigen „Arbeitswilligen“ die notwendigsten Arbeiten fertigstellen konnten.

In Bad Kissingen wurde in der letzten Woche mit den Unternehmern ein Vertrag abgeschlossen, der bis 1. Oktober 1908 Gültigkeit hat, und in dieser Zeit eine Lohnerhöhung von 4 % pro Stunde bringt, wobei der Mindestlohn auf 40 % pro Stunde zu stehen kommt. Außerdem ist an Sonnabenden um 5 Uhr Feierabend ohne Lohnabzug, und für Überstunden werden 10 %, für Sonntags- und Nachtarbeit ein Lohnzuschlag von 20 % pro Stunde gewährt.

In Nürnberg-Fürth haben bekanntlich die Unternehmer „gegiert“, aber sie wollten einen solchen Sieg gar nicht haben, sie verlangten deshalb von uns eine Unterhandlung, die in letzter Woche stattgefunden, aber vorläufig zu einem Frieden für die fernere Zeit nicht führte. Es ist jedoch nicht ausgeschlossen, daß auf Grund

der gemachten Vorschläge eine Einigung zu stande kommt. Die neunstündige Arbeitszeit wollen die Unternehmer für die nächsten Jahre aussetzen, desgleichen eine Lohnerhöhung. An dem Tage, als wir den Kampf abtraten, haben unsere „Sandbällchen“ mit den Unternehmern einen Vertrag abgeschlossen, der bis zum Jahre 1910 Gültigkeit haben soll und in dieser Zeit eine Erhöhung des Lohnes von 5 % pro Stunde vorstelt. Dagegen soll die neunstündige Arbeitszeit beibehalten werden, weil eine kürzere im ganzen Eiden im Maurergewerbe nicht besteht. Wir werden aber diesen Vertrag auf keinen Fall unterzeichnen; unter diesem mögen die „Christen“ arbeiten. Der Vertrag soll, wie uns ein Unternehmer versichert, deshalb zu stande gekommen sein, weil die Christlichen den Unternehmern vormachten, sie hätten am Orte 800 Mitglieder und 1000 Streikbrecher wollten sie vom Rheinlande nach Nürnberg und Fürth schaffen; aber weder das eine ist wahr, noch ist das andere gelungen, und so sehen die Unternehmer, daß sie von den Zentrumschristen hineingelegt wurden; aber auch die Maurer und Steinhauer von Nürnberg und Fürth sind im höchsten Maße über das betrügerische Verhalten dieser von Nächstenliebe tiefen Elementen erbost und ersuchen aus diesem Streich wieder genau, wo ihre Feinde sich befinden.

Gau Dresden. In Meißen hatten im Frühjahr die Kollegen die Unternehmer mit einer Forderung bedacht; da sich aber die Arbeitslosigkeit nicht derartig gestaltet, wie sie zur Durchführung eines Kampfes notwendig ist, mußte man, da die Unternehmer es ablehnten, eine dem Wünsche der Kollegen entsprechende Lohnaufbesserung zu gewähren, von der Durchführung dieser Forderung vorläufig Abstand nehmen. Jetzt nun, zu Beginn des Herbstes, ist bezüglich der Arbeitslosigkeit eine Wendung eingetreten, so daß alle Kollegen vollauf Beschäftigung hatten und es auch noch an Arbeitskräften mangelte. Aus diesem Grunde glaubten die Kollegen, daß für sie der rechte Augenblick gekommen sei, der im Frühjahr gestellten Forderung jetzt den nötigen Nachdruck zu verleihen. Am 25. September fand zu diesem Zwecke eine öffentliche Versammlung statt, in der die Lohnkommission beauftragt wurde, bei den Meistern vorstellig zu werden. Hierauf erhielten die Kollegen von dem Arbeitgeberverband die schriftliche Mitteilung, daß er für dieses Jahr jede weitere Erhöhung des Lohnes ablehne, jedoch geneigt sei, im nächsten Jahre denselben um einige Pfennige aufzubessern. Mit dieser Ablehnung wollten sich die Kollegen allerdings nicht zufrieden stellen, und so wurde in einer am 1. Oktober abgehaltenen Versammlung, in der unser zweiter Verbandsvorstand, Kollege Efftinge, den Anwesenden in eingehendster Weise die schließlichen Folgen einer zu dieser Jahreszeit unternommenen Bewegung vor Augen führte, beschlossen, falls die Unternehmer nach nochmaligen Nachsuchen um Verhandlung wiederum eine ablehnende Stellung einnehmen, durch Bausperren der Forderung den nötigen Nachdruck zu verleihen. Hierauf wurde von den Unternehmern eine gemeinschaftliche Sitzung für den 3. Oktober anberaumt, in der die Unternehmer nicht erschienen waren; nur der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes benachrichtigte unseren Vertrauensmann, Kollegen Weinert, daß die Unternehmer auf ihrem gefassten Beschluß bestanden. Darauf wurden am folgenden Tage die Baugeschäfte von Gröbisch und Kösch geperrt, was jedoch die Unternehmer mit einer allgemeinen Aussperrung beantworteten.

Zusland.

Schweiz. In Basel standen während der letzten Wochen die Zement- und Kunstseidenarbeiter in der Lohnbewegung. Dabei gab es einige kleinere Arbeitseinstellungen, die alle mit Erfolg beendet wurden. Erregt wurde die Vertüzung der Arbeitszeit auf neun und halb Stunden und eine fünfprozentige Lohnerhöhung. Bei der Firma Loder & Co. in Untergöggel ist die Sperrung fort. Der Kollege, den die fanatische Menge, mit dem Fabrikdirektor an der Spitze, so übel zugerichtet hatte, ist nicht, wie man wohl annehmen durfte, ins Spital gebracht worden, sondern ins Gefängnis, und schon am nächsten Tage ging nach Chassins, also über die Grenze. Der gefangene Kollege ist zur Zeit noch arbeitsunfähig; man darf gespannt sein, was das Gericht, bei dem die Sache anhängig gemacht wird, für einen Standpunkt einnimmt; wahrscheinlich wird es die Kreuzzügel Praxis einschlagen. Soeben wird uns die Mitteilung, daß die Firma ihre Kottiere als Streikbrecheragenten ausgesandt hat. Diese Elemente treiben ihre Unwesen besonders in Süddeutschland. Wir bitten nun, daß von den Kollegen diesen Wuchsen etwas auf die Finger gegeben wird, ähnlich wie in Singen, dort ist der „Kottier“ Schlatter bald verurteilt, ohne Maurer mitnehmen zu können. Als Ort, wohin die Maurer gesucht werden, gibt man Zug an, gemeint ist aber Unterägeri im Kanton Zug.

Die Sektionsvorstände werden ersucht, dahin zu wirken, daß die Quartalsberichte sofort eingesandt werden. Beschlüssen auf das vom deutschen Maurerverband herausgegebene Werk „Arbeit und Kultur“. Preis Bros. 2, mußte beim Verbandsvorstand gemacht werden. Das erwähnte Buch ist jedem Kollegen aus warmste zu empfehlen.

Defterreid. Beim Fabrikbau in Wilsdorf bei Bodenbach, haben am Freitag, den 5. dieses Monats, die Maurer die Arbeit eingestellt. Ursache zur Arbeits-einstellung ist die dort beschäftigte italienische Streikbrecherkolonne Spurlino. Besagte Kolonne betreibt den Streikbruch professionellmäßig. In allen Orten, wo die Maurer daran gehen, sich durch Arbeits-einstellung ihre Lage zu verbessern, findet sich Spurlino ein, um dies durch Streikbruch unmöglich zu machen. Diefem schändlichen Treiben soll ein Ende bereitet werden. Die Maurer verlangen die Entlassung der Kollegen. Baumeister Sanger verweigert die Entlassung; deshalb ist über die Firma die Sperrung verhängt. Kein anständiger, vernünftiger Maurer nehme deshalb Arbeit beim Baumeister Sanger an. Zugut ist fernzuhalten.

165 581; Konrad Bopp-Nürnberg (Frau). 168 663; Chr. Gimb

Göttr 20 000 B & 65 A. Gelle 2000 B & 45, 10 E & 15
 Greib 200 B & 85.
 Düßen 50 B & 40 A. Dargun 400 B & 85. Delf
 600 B & 45. Dähme 400 B & 30. Dießen 20 E & 5
 200 B & 40. Detmold 2000 B & 40, 800 L & 10. Delme
 Gort 2000 B & 60. Darmstadt 10 000 B & 55. Dang
 20 000 B & 55. Dößeln 8000 B & 85.

Anton Heider-Effen (187 182), Chr. Wiegand-Küppert (226 853),
 Vinzenz Schütz-Barmen (250 795), Gottfr. John-Schwein-
 (255 781), Aug. Berret-Brandenburg (243 667), Hubert Grem-
 nachen (272 816), Wlad. Winter-Danzig (311 382), Hein-
 de Wuer-Emden (388 204), Simon Oberbacher-Bruck b. L.
 (419 711), Carl Kleiß-Hamburg (26 956), Gust. Schul-
 Reiffich (88 114).

Ausgeschloffen sind auf Grund § 87 b des Statuts vom Zweigverein Köln: Franz Schwarz (Verb.-Nr. 62 704), Karl Gebien (62 724), Theodor Schulz (62 721), Frankfurt a. M. (Algenau): Georg Müller (279 863), Valentin Reinhardt (192 206), Frankfurt a. M.: Heinrich Dauber (20 888), Ralph Rippert (272 334), Karl Rippert (400 801), Edward Sobel (400 828), Wiesbaden: Ernst Kühne (268 575), Karl Saubold (218 028), Wiesbaden: Heinrich Müller (188 579), August Rohde (288 480), Heinrich Reumler (334 010), Peter Jaffe (188 543).

NB. Die Namen derjenigen Kollegen, welche wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen sind, werden unter dieser Rubrik nicht bekannt gegeben.

Aufgefordert wird der Kollege Verb. Nr. 202 035, geb. am 18. August 1879 zu Danzig, sein für M. 8 verpflanztes Verbandsbuch im Hamburger Zweigvereinsbureau einzulösen.

Kollegen, denen der Aufenthalt des Genannten bekannt ist, ersuchen wir, dem betreffenden Zweigvereine oder uns Mitteilung zu machen.

Der Verbandsvorstand.

Quittung.

Bei der unterzeichneten Expedition sind für Anzeigen aus den Zweigvereinen eingegangen:

Kuli: Spandau M. 45, Lyden - 20, Gr. Neuenhof 2,25, Neuhardenberg - 20, Stendal 2,40, Potsdam 1,45, Düsseldorf 1,50, Salberstadt - 20, Wesselschlag 1,50, Seide 1,50, Wittenberg - 25, Burg bei Magdeburg 2,10, Bromberg 3,15, Weg 1,20, Schmüd 8, Belgern 2,95, Salzweil 1,65, Annaberg 1,20, Treptow a. d. E. 3, Eychow - 30, Altdorf 3,30, Schwarzenberg 2,05, Lindow 2,10, Herzberg - 45, Neubrandenburg 1, Wilhelmshagen 2,70, Heilsbrunn 3,30, Löwenberg - 45, Wilsdorf 3,90, Wurgshädt 1,25, Grotzke 2,55, Wiegitz 3, Perleberg 2,70, Rangelitz 1,50, Solitz - 20, Witz 1,50, Neu-Nippin - 30, Bodum - 45, Gumbrecht - 45, Gadebusch 1,50, Neubarn 3,60, Rortorf 1,20, Bernau 2,10, Neugersdorf 1,20, Halle a. d. E. 3,30, Sorau 1,50, Magdeburg - 90, Neustettin 3,60, Rathenow 3,60, Seelitz - 45, Ruhstorf-Weed 3,30, Wüdeburg 3,50, Gaderleben - 45, Altdorf 1,45, Wittenfeld 2,55, Doppel 2,40. August: Bochum M. 3,30, Glogau 2,80, Gumbrecht 3,30, Stendal 3,60, Düsseldorf 4,35, Ludwigslust - 45. September: Rangen M. 1,80, Sainrode 2,65, Speyer 1,50, Wanne 1,75, Anklam 2,70, Remberg 1,45, Wülthausen im Elß 1,95.

Die Expedition des „Grundstein“.

Bekanntmachungen der Gewerkschaften.

Gau Köln a. Rh.

Außerordentliche Generalversammlungen finden in nachfolgenden Zweigvereinen resp. Bahnhöfen statt:

Referent: Joh. Kessel, Köln, Severinstr. 199.
 Bach Samstag, 13. Oktober, Abends
 Ohligs Sonntag, 14. Oktober, Vormittags
 Haan Sonntag, 14. Oktober, Nachmittags
 Dipp Sonntag, 28. Oktober, Vormittags
 St. Tinnies Sonntag, 28. Oktober, Nachmittags.

Referent: Moritz Duz, Düsseldorf, Bernatherstr. 6a.
 Ronsdorf Samstag, 20. Oktober, Abends
 Somborn Sonntag, 21. Oktober, Vormittags
 Schwelm Sonntag, 21. Oktober, Nachmittags.

Referent: Wilh. Balser, Varmen, Wiesenstr. 10.
 Remp Samstag, 27. Oktober, Abends
 Wermelskirchen Sonntag, 28. Oktober, Vormittags
 Wurscheid Sonntag, 28. Oktober, Nachmittags.

Referent: Freijich, Berlin.

Bierßen Sonntag, 28. Oktober, Vormittags.

Referent: W. Kreibohm, Köln, Severinstr. 199.
 Radevormwald Sonntag, 21. Oktober, Nachmittags.

Berichte.

(Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorankündigungen sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans. Nur kurze Mitteilungen können nach Dienstag Morgens für die laufende Nummer bearbeitet werden.)

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Bestellungen und Adressenveränderungen nur dann für die laufende Nummer berücksichtigt werden können, wenn sie Dienstag Vormittags in unseren Händen sind.

Orten. Sonnabend, den 20. September, hielt der hiesige Zweigverein eine Mitgliederversammlung ab. Zunächst wurde über die Affordarbeit verhandelt. Kollege Kramer führte an, daß nach seiner Information im hiesigen Orte im Afford überhaupt nicht gearbeitet wird, gleichgültig, ob die Arbeiter behaupten, beim Unternehmen Grube solle geheim im Afford gearbeitet werden; hierauf beschloß die Versammlung, darüber genaue Erkundigung einzuziehen und, wenn die Behauptung auf Wahrheit beruht, die betreffenden Kollegen aus dem Verbandsausfluß zu ziehen, weil schon im Frühjahr ein dahingehender Beschluß gefaßt wurde. Hierauf wurde die Quartalsabrechnung vom Kassierer Müller vorgelesen. Für die Hauptkasse war eine Einnahme und Ausgabe von 792,20 zu verzeichnen; die Nebenkasse hatte eine Einnahme, inkl. Bestand, von 682,35, die Ausgabe betrug 304,31. Somit ist ein Bestand von 378,04 vorhanden. Die Abrechnung wurde von den Revisoren für richtig erklärt, daß der Vorstandsbericht Kramer erklärte, daß er das Kassabuch in bester Ordnung vorfand. Ferner wurden zehn Mitglieder neu aufgenommen. Nunmehr wurde das Protokoll der letzten Versammlung vorgelesen. Kollege Kramer erklärte, daß das Protokoll nicht nur

mangelhaft, sondern absichtlich gefälscht sei. Kramer lieferte Beweise, daß einige wichtige Beschlüsse gänzlich fehlten. Es wurde bezüglich der Protokollführung, Vertiefung der Arbeit, beschlossen, daß sich jedes Mitglied ein Exemplar zu 5 Pf. anschaffen müßte; aus diesen Exemplaren sollte in der Gegenwart ins Protokollbuch umgedruckt werden. Ferner bezeichnete diese Handlungsweise als einen Nachschuß bestimmter Art. Er habe alle Ursache, dieses zu erklären, weil das Protokoll die Nichtsicht der Vertiefung sei. Es sei gefaßt worden, um der Verwaltung einen Strich zu drehen. Als sich der Schriftführer Scholz über diese Vorwürfe verantworten sollte, war er aus dem Saal verschwunden. Sämtliche Redner sprachen sich abfällig über diese Handlungsweise aus. Hierauf wurde das Protokoll richtiggestellt und als Schriftführer Kollege Mäther gewählt. Ferner wurde von verschiedenen Kollegen Klage darüber geführt, daß der frühere Kassierer Müller der Verwaltung die Arbeit erschwere, weil er sie in jeder Beziehung verdächtige. Auch diese Handlungsweise wurde als Nachschuß bezeichnet und betont, daß die Schuld an der Ablehnung des Quartalsbeschlusses von 60, die Müller in der vorletzten Versammlung verlangte, dem Gau- und Zweigvereinsvorstand zuzuschreiben sei. Hierauf wurde ein neuer Kassierer gewählt. Jetzt ist Müller bemüht, der Verwaltung die Geschäfte zu erschweren.

Freihau. Am 23. September hielt der hiesige Zweigverein eine Mitgliederversammlung ab. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Gewerkschaften und Unternehmerverbände“, referierte Kollege Jahn aus Wessau. Sein lehrreicher Vortrag wurde mit großer Aufmerksamkeit entgegengenommen. In der Diskussion beteiligte sich der Kollege Heinrich Keller aus Thiergarten, der schon Mitglied war, von der Versammlung einstimmig wieder in den Verband aufgenommen. Das Mitglied Franz Kurlach soll eine Erklärung im Fachorgan abgeben, daß er in Zukunft die Interessen des Verbandes wahren will. Sodann verlas der Kassierer die Abrechnung vom Stützungssest. Sie ergab eine Einnahme von 44,50 und eine Ausgabe von 41,65. Am 9. September sollte eine Versammlung abgehalten werden; da aber nur 25 Kollegen erschienen waren, wurde sie vertagt. Deshalb-ermahnte der Vorsitzende die Kollegen, die Versammlungen besser zu besuchen.

Ypschoe. In Ypschoe tagte am 30. September eine Bahnhöferversammlung, die sich mit den Differenzen bei dem Unternehmer Kröger beschäftigte. Hierzu waren einige Kollegen aus Ypschoe erschienen, um die Stellung des Zweigvereins Ypschoe zu der Angelegenheit darzulegen. Zu der Behauptung, daß die Arbeiten des Mann-Unternehmer Benede aus Ypschoe angenommen wären und demgemäß auch der Ypschoer Lohn gezahlt werden müßte, konnte nur die Erklärung abgegeben werden, daß der Unternehmer Kröger die Arbeit von Benede übernommen hat und auch die Leute anstellt. Der Unternehmer Kröger zahlt in Lagerdorf den Lohn laut Tarif. Auf Anregung der Ypschoer Kollegen kam die Versammlung zu dem Beschluß, den Gauvorstand von der Sachlage in Kenntnis zu setzen und seinen Beschluß abzuwarten. Nach einer kurzen Ansprache des Kollegen Steen aus Ypschoe, worin er auf die mündliche Agitation für die gewerkschaftliche und politische Organisation auf den Bahnhöfen hinwies und ganz besonders das Baudelegiertensystem empfahl, erfolgte der gut besuchte Versammlung.

Kempten. Sonntag, den 23. September, tagte hier in der Gewerkschaft eine Bauarbeiterversammlung, in der der städtische Baukontrolleur Stieberländer aus München über das Thema: „Die Unfallgefahren im Baugewerbe und deren mögliche Vermeidung durch Ausübung der Baukontrolle durch Baukontrolleure aus Arbeiterkreisen“ referierte. Der Referent führte in leicht verständlicher, anderthalbstündiger Rede den Anwesenden vor Augen, wie der Bauarbeiterstand ein sehr wichtiges Kapitel in den sozialen Aufgaben der Gegenwart sei. Redner wies nach, wie durch die Ausübung einer praktischen Baukontrolle die Unfälle ganz bedeutend verringert würden. In München ist durch die Kontrolle so mancher Mißstand gehoben worden. Auch wurde dort einer Eingabe Folge gegeben, nach der der Baukontrolleur öffentliche Vorträge halten dürfen, was schon von Nutzen gewesen ist. Im Interesse eines jeden Bauarbeiters liegt es, von einem hierzu Verurteilten Aufklärung über die einschlägigen Sicherheitsbestimmungen zu erhalten. Aber nicht nur unter den Umständen allein haben die Bauarbeiter zu leiden, die Ungunst der Witterung wirkt fälschlich auf ihren Gesundheitszustand ein. Sehr oft ist Siedehum und frühzeitiger Tod die Folge von Erkältungen und ungesunden Witterungseinflüssen. Dazu kommt noch, daß der Bauarbeiter immer mehr zum Saisonarbeiter wird, der durch die in Aussicht stehende Arbeitslosigkeit im Winter kaum einen Durchschnittslohn von 2,70 erhält. In Bayern sind jetzt 46 Baukontrolleure angestellt. Redner hält es für eine unbedingte Notwendigkeit, daß auch in Kempten in dieser Hinsicht etwas mehr geleistet werden muß. Er betrachtete es als ein Wunder, daß hier nicht mehr Unfälle passieren, da an keinem einzigen Bau ein vorchriftsmäßiges Schutzgerüst angebracht ist. Referent erklärte nun, es müsse wiederholt an den Magistrat herangegangen werden, damit endlich einmal ein Baukontrolleur aus dem Kreise der Arbeiter angestellt wird. Nachstehende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heute, den 23. September 1906, in der Gewerkschaft tagende, sehr stark besuchte öffentliche Bauarbeiterversammlung erblutet nur in der Anstellung eines Baukontrolleurs aus dem Arbeiterstande eine wirksame Baukontrolle, die im Stande ist, den in hiesiger Stadt vorkommenden Bauunfällen zu begegnen. Die Versammelten werden alles daran setzen, um auf Grund der Regierungsvorordnung vom 21. März 1900 ihre Forderungen erfüllt zu sehen.“

Münch. Am Samstag, den 6. Oktober, tagte im Lokale der Witze Köhler die regelmäßige Monatsversammlung der Bahnhöfischen Wombach. Der Kassierer verlas den Quartalsbericht und die Abrechnung; beides wurde beifällig aufgenommen. Der Vorsitzende, Kollege Gubernator, dankte dem Kassierer für seine gute Kassienführung und sprach den Wunsch aus, er möge seine Arbeit weiter so gewissenhaft versehen. Eine Rüge glaubte der Revisor

Kollege Klamp dem Vorstand erteilen zu müssen, weil fünf freitende Kollegen eine Reiseunterstützung von zusammen 7,50 ausbezahlt wurde. Redner glaubte, dies läge nur dem Kreisvorstand zu. Hiergegen vernährte sich der Kassierer, indem er ausführte, man solle doch nicht so engherzig sein; es habe hier ein besonderer Notfall vorgelegen. Eine rege Debatte entstand beim zweiten Punkt: „Errichtung eines Arbeitersekretariats“. Der Vorsitzende wies den Juten des Sekretariats mit kurzen Worten nach. Hierauf sprachen sich sämtliche Redner für die Errichtung desselben aus. Kollege Burch wies auf die uns im Jahre 1908 bevorstehenden Kämpfe hin und wünschte, daß außer dem Sekretariatsbeitrag noch ein Sozialzuschlag von 2 Pf. erhoben und die 60 Pf. Marke eingeführt wird. 5 Pf. sollen als Kampffonds zurückgelegt werden. Die zurückgelegten Gelder seien als Munition zu betrachten. Die Verammlung beschloß hierauf, zu dem besonderen Zuschlag später Stellung zu nehmen und eine Sekretariatsmarke von 2 Pf. einzuführen. Ein dahingehender Antrag soll der Zweigvereinsversammlung unterbreitet werden. Beim Punkt „Verschiedenes“ wurde das unkollegiale Verhalten einiger Wombacher Kollegen den fremden hier in Arbeit stehenden Kollegen gegenüber scharf kritisiert. Sämtliche Redner waren sich darin einig, daß hier nur durch radikales Vorgehen Ordnung geschaffen werden könne. Eine demnächst stattfindende Verammlung soll hierzu Stellung nehmen, um reinen Tisch zu machen. Mit ermahnen Worten, die Versammlungen pünktlich zu besuchen, schloß der Vorsitzende die anregende Versammlung 10½ Uhr Abends.

Ortland. Am 23. September tagte hier im Lokale des Herrn Schöne eine öffentliche Bauarbeiterversammlung, die sich mit der Gründung eines Zweigvereins beschäftigte. Kollege Krimm aus Senftenberg wies auf die Notwendigkeit eines selbständigen Zweigvereins hin, um die Organisation auch hier zu etablieren und dem Verbands neue Mitglieder zuzuführen. Kollege Künzel aus Berlin sprach über die kulturelle Bedeutung der Arbeiterbewegung und die Ausbreitung der Unternehmerrerei. Der Vorsitzende wies auf die Wichtigkeit der Arbeiterbewegung hin. Bei der Wahl des Vorstandes wurden gewählt die Kollegen: Wilhelm Kuchler als Vorsitzender und Hermann Kühne als Kassierer. Gleichzeitig werden die Kollegen von Ortland und Umgebung, die den Zweigvereinen Senftenberg und Wodwig angehören, ersucht, sich demselben abzumelden, beginnend mit dem nächsten Ortland anzumelden.

Raffau. Sonntag, den 16. September, fand hier eine gut besuchte Versammlung statt, in der Kollege Garil referierte. Das Thema lautete: „Welche Aufgaben hat die Arbeiterbewegung zu erfüllen?“ Kollege Garil wies in erster Linie darauf hin, daß die Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung noch lange nicht damit erschöpft sind, den Stundenlohn um einige Pfennige zu erhöhen, sondern daß ihr auch eine hohe kulturelle Bedeutung zukomme. Ehrenpflicht eines jeden organisierten Arbeiters sei es, mit voller Kraft mitzuarbeiten, um die Gleichberechtigung der arbeitenden Klasse in jeder Hinsicht zu erkämpfen. Der Arbeiter müsse darüber aufgeklärt werden, daß er sowohl wirtschaftlich wie auch politisch geknechtet sei, und daß die Befreiung des Volkes nur das Werk der Arbeiterkraft selbst sein könne. Eine der schönsten Aufgaben der Arbeiterbewegung sei es auch, die Arbeiterkraft auf eine immer höhere Stufe der Bildung zu bringen. Daß in dieser Beziehung auch im Gau München sehr bedeutende Fortschritte zu verzeichnen sind, bewies Redner an einigen sehr bemerkenswerten Beispielen. In Raffau sei es vor allem notwendig, daß endlich einmal die persönlichen Bedürfnisse der Arbeiter befriedigt werden. Nirgends sei die Einsicht mehr notwendig, als gerade hier in Raffau. Wir kennen die Raffauer Unternehmer zur Genüge; wir kennen auch die Vernichtungspläne des Arbeitgeberverbandes für 1908. Wollen die Kollegen, daß das im heutigen Reinkampfe Errungene aufrecht erhalten werde, und daß auch weiterhin Verbesserungen erzielt werden, so müsse in der Organisation jeder seinen Mann stellen. Nachdem verschiedene Disziplinsredner sich über die hiesigen Verhältnisse im Sinne des Referenten ausgesprochen hatten, wurde die sehr schön verkaufte Versammlung vom Vorsitzenden, Kollegen Wachs, geschlossen.

Neckermünde. Am 30. September tagte hier im Lokale des Herrn Kilius eine Mitgliederversammlung, an der Kollege Petersdorf aus Stettin als Referent erschienen war. Sein lehrreicher Vortrag, der die Vertiefung der Arbeitserleichterung behandelte, wurde mit Begeisterung aufgenommen. Nachdem ein Kollege in demselben Sinne gesprochen hatte, richtete der Vorsitzende, Kollege Neu, das Ersuchen an die Mitglieder, besser die Versammlungen zu besuchen und mehr zu agieren, um die noch fernstehenden Kollegen für unsere Sache zu gewinnen. Mit einem dreifachen Hoch auf unsere Organisation wurde die Versammlung um 7 Uhr geschlossen.

Verbot oder Reform der Akkordarbeit?

IX.

Gesetzliches Verbot oder gesetzliche Regelung?

Unsere Ordnungspolitiker, die Unternehmer vorweg, machen für alle gegen die kapitalistische Ausbeutung gerichteten Bestrebungen der organisierten Arbeiterkraft die Sozialdemokratie verantwortlich. Sie soll durch falsche Lehren, durch „Verbeugung“ der Arbeiter auch die Bestämpfung der Akkordarbeit bewirken haben. Die Wahrheit ist, daß für diesen Kampf die englische Arbeiterkraft, die zuerst die „Ergänzungen“ des Kapitalismus zu spüren bekam, das Beispiel gegeben hat, schon zu einer Zeit, als die Sozialdemokratie noch nicht existierte. In England begann ein auf die wirtschaftliche Ausbeutung der Arbeitskraft berechnetes Akkordsystem sich bereits am Ausgang des 18. Jahrhunderts zu entwickeln. Die Arbeiter hätten nicht wissen sein müssen, um die ungeheuren Schädigungen, die diesen System auflagte, gleichgültig zu ertragen. Sie sind, und nicht ohne Erfolg, unausgesetzt bemüht gewesen, durch die Macht ihrer Organisation die Überwindung vorgeschriebenen und befristeten Akkordarbeit eine ihren Interessen entsprechende Regelung dieser Art der Arbeitsaufwertung zu erreichen. Ihrem

Beispiel sind die Arbeiter anderer Länder, die unter der Herrschaft der gleichen wirtschaftlichen Verhältnisse kamen, gefolgt. Es kann nicht übersehen werden, daß aus ihrem Kreise heraus die Ansicht ausgesprochen wurde, es sei notwendig, die Affordarbeit gesetzlich zu verbieten. Erst doch immer offenbar die Tatsache in die Erscheinung, daß der Affordlohn für den lediglich das kapitalistische Interesse der Kapitalisten abgibt, geradezu darauf berechnet ist, den Arbeiter zu schonungsloser Verwüstung seiner Arbeitskraft zu zwingen, was Gesundheit und frühen Tod für ihn zur Folge hat. Dieser Tatsache entspricht das vielberufene Wort: „Affordarbeit ist Morbarbeit“, von dem die Unternehmer und ihre Zeitungen behaupten, daß es eine „sozialdemokratische Prägung“ sei.

Freilich ist die Sozialdemokratie am Kampfe gegen das Morbarbeitssystem nicht unbeteiligt. Sie hat diesen Kampf stets nach Kräften unterstützt, zugleich aber auch die Arbeiter aufgefächert darüber, daß der Affordlohn nichts anderes ist, als die verwandelte Form des Zeitlohnens; daß auch die Zeitlohnarbeit Morbarbeit ist, wenn ihre Regelung lediglich von der Willkür des Unternehmers abhängig ist, und daß es deshalb alles in allem darauf ankommt, den Tageswert der Arbeit zu erhöhen, was nur durch Verkürzung der Arbeitszeit zu erreichen ist, während im übrigen die Arbeiterorganisation dafür zu sorgen hat, daß im Zusammenhang mit der verkürzten Arbeitszeit der Lohn überhaupt möglichst hoch ist. Mit der Sicherung einer bestimmten Höhe des Tageswertes der Arbeitskraft ist auch die einzig mögliche Sicherung dafür gegeben, daß der Affordlohn nicht unter diesen Tageswert sinkt.

Unter diesen Gesichtspunkten ist die Frage nach dem gesetzlichen Verbot der Affordarbeit zu entscheiden. Der internationale Arbeiterkongreß zu Brüssel 1891 bezeugte es in einer Resolution als „Pflicht der Arbeiterorganisationen aller Länder, mit allen ihnen zu Gebote stehenden und gutdünkenden Mitteln für die mögliche Beseitigung der Affordarbeit zu wirken“. Wir sind der Meinung begegnet, daß damit auch ausgesprochen ist, die Sozialdemokratie sei verpflichtet, für das gesetzliche Verbot der Affordarbeit einzutreten. Diese Meinung ist irrig. Die Brüsseler Resolution richtet sich gegen die Affordarbeit insoweit, als sie unter völliger Ausbeseitigung der Interessen der Arbeiter ein von Zeitlohnarbeit sich unterscheidendes System der intensiven Ausbeutung darstellt.

Mehrere Male hat die sozialdemokratische Fraktion des Deutschen Reichstages sich mit der Anregung zu beschäftigen gehabt, das gesetzliche Verbot der Affordarbeit zu beantragen. Sie ist dieser Anregung aus guten Gründen nicht gefolgt, deren hauptsächlichsten wir bereits vorhin dargelegt haben. Das kapitalistische System kann durch ein solches Verbot nicht getroffen werden; solange es ihm möglich ist, die Arbeitszeit vorzuschieben und die Arbeiter zur möglichststen Leistung zu zwingen, kann es mit Zeitlohn daselbe erreichen wie im Affordlohn. Dem gesetzlichen Verbot der Affordarbeit kann es dadurch begegnen, daß es von den Arbeitern eine bestimmte Pensumleistung im Zeitlohn erzwingt, was nichts anderes ist, als umgewandelte Affordarbeit mit denselben schlimmen Wirkungen für den Arbeiter, die diese Arbeit hat.

Es liegt im Auge der Entwicklung des kapitalistischen Wirtschaftssystems, daß in den wichtigsten und größten Zweigen der Industrie die Affordlohnung den Sieg über den Zeitlohn davonträgt; in unserer Großindustrie ist sie bereits die herrschende Lohnform geworden. Mit dieser Tatsache haben die englischen Arbeiter gerechnet, indem sie sich durch ihre gewerkschaftliche Organisation eine Regelung der Affordarbeit auf der Basis geregelter Arbeitszeit erkämpften. Auch die deutsche Arbeiterorganisation hat mehr und mehr im Zusammenhang mit dem Kartellgemeinschafterwesen ihr Bestreben darauf gerichtet, ausgehend von einem möglichst hoch bemessenen Stundenlohn und möglichst Beschränkung des Arbeitstages, dem Grundbedürfnis zu verschaffen, daß der Lohn für die Affordarbeit eines Arbeitstages mindestens dem für diesen Arbeitstag gesetzten Zeitlohn gleichkommen muß. Jedenfalls ist der gewerkschaftliche Affordvertrag bereits die wichtigste Form des Arbeitsvertrages geworden. Damit ist ein neues Problem für die Rechtswissenschaft und die Gesetzgebung entstanden: der Affordvertrag muß im Zusammenhang mit umfassender Neugestaltung des Arbeitsvertrages — worüber wir uns im Leitartikel der Nr. 1 unserer Warte näher ausgesprochen haben — seine rechtliche Begründung und gesetzliche Regelung finden. Auf diese Notwendigkeit haben wir schon vor Jahren hingewiesen. Zu ihr hat sich auch der Deutsche Juristentag bekannt.

Die Frage des generellen gesetzlichen Verbotes der Affordarbeit kann als überwinden und ausgesprochen gelten. Aber eine andere Frage darf bei der gesetzlichen Regelung nicht unberücksichtigt gelassen werden: mit der wir uns auch schon früher beschäftigt haben, die des Verbotes der Affordarbeit in der Industrie, die besonders gefährlich und ausbreitend für die Arbeiter ist. Solche Verbote zu erlassen, erscheint unbedingt notwendig. Das hat auf dem Deutschen Juristentag der zweite Referent zu dem Thema: „Gesetzliche Regelung der Affordarbeit“, Justizrat Dr. Meißelsohn-Berlin ausdrücklich anerkannt. Er sagte, was früher schon so oft in Versammlungen der organisierten Arbeiterkraft und in ihrer Presse ausgesprochen worden ist: es erscheint ihm unangelegentlich, daß es keine besseren Unfallverhütungsmassnahmen gebe, als die Beseitigung der Affordarbeit in solchen Betrieben, wo durch sie nachweislich eine erhebliche Erhöhung der Unfallgefahr eintritt. In welchem Maße das auch in vielen hauseigenen Betrieben der Fall ist, brauchen wir wohl nicht näher darzulegen. Unsere Referenten, welche große Zahl von Betriebsunfällen im Baugewerbe und von Bauverletzungen auf Rechnung der Affordarbeit zu setzen ist. Es würde vernünftig und gerecht sein, wenn das Gesetz die Ausführung

von Bauarbeiten, mit denen erhebliche Unfallgefahren verknüpft sind, durch Arbeiter im Affordlohn unter ein Verbot stellt. Damit würde nicht nur den Rücksichten auf Leben und Gesundheit der Bauarbeiter und anderer Menschen gebührende Rechnung getragen, sondern auch zugleich dem Submissionsunwesen und der damit arg. verknüpften Unsolidität der Bauausführung entgegengewirkt. Denn diesem Unwesen und dieser Unsolidität ist ja gerade die Affordarbeit so sehr förderlich.

Sollte ein begrenztes Verbot der Affordarbeit nach den von uns angeführten Erwägungen nicht erfolgen, so muß das Gesetz wenigstens Garantien schaffen dafür, daß die schlimmsten Konsequenzen dieses Systems möglichst verhindert oder vermindert werden. Zu diesen Garantien gehört in erster Linie eine gründliche, gewissenhafte, regelmäßige Baukontrollen mit unbedingt, strengsten durchzuführenden Zwang zur Innehaltung ausweichender Unfallverhütungsvorschriften. Damit wäre eine nicht zu unterschätzende Gewähr gegen die Ausbreitung der Affordarbeit gegeben. Es müßte fernerhin die gesetzliche Ausschaltung des sogenannten Affordmeisters, ein Schmarbherausnehmen der schlimmsten Art, das geeignet ist, die Entwicklung aller schlimmsten Seiten der Affordarbeit, insbesondere auch die Erhöhung der Unfallgefahr, zu bewirken.

Die Frage der gesetzlichen Regelung der Affordarbeit ist durch die Verhandlungen und Beschlüsse des Deutschen Juristentages in guten Fluß gebracht. Die organisierte Arbeiterkraft muß dafür sorgen, daß sie in Fluß bleibt und nicht mehr von der Tagesordnung verschwindet. Sie in erster Linie hat Anspruch darauf, daß ihre Stellung zu dieser Frage gewürdigt und berücksichtigt wird.

X.

Gau Leipzig.

Die Affordarbeit hat im Gau wenig Verbreitung. Von 98 befragten Orten haben nur 18 Orte teilweise mit Affordarbeit zu rechnen. Es sind dies: Werda, Falkenstein, Aue, Nebra, Gönner, Gahnen, Annaberg, Waldheim, Böhma, Chemnitz, Plauen, Reichenbach und Rumburg. In sechs Orten werden teilweise auch die Maurer in Afford ausgeführt. Innerhalb der Stadt ist in 12 Orten üblich. In 1 Orte erfolgt auch bei einem Unternehmer der Abzug der Fassade in Afford. Aus weiteren 8 Orten wird berichtet, daß bei einzelnen Unternehmern der innere und äußere Fuß in Afford hergestellt wird.

Die Übernahme der Affordarbeit erfolgt in 11 Orten durch Kolonnen unter gleicher Teilnahme am Verdienst. In einem Orte wird die Affordarbeit durch Zwischenmeister ausgeführt, die die Maurer in Zeitlohn beschäftigen. Der übliche Stundenlohn wird in 9 Orten garantiert. In 10 Orten wird jede Woche der sonst übliche Lohn ausbezahlt.

Aus sämtlichen Orten wird gemeldet, daß bei der Affordarbeit schneller als im Zeitlohn gearbeitet wird. Von 7 Orten wird mitgeteilt, daß sich die Arbeiter bei Übernahme der Affordarbeit Konkurrenz machen. Ferner wird aus weiteren 7 Orten konstatiert, daß die Affordpreise bei gleicher Arbeit reduziert worden sind. In 30 Mitgliedstaaten ist durch Verarmungsbeschlüsse jedes Mitglied verpflichtet, Affordarbeit bei Ausschluß aus der Organisation zu meiden. Die Zahl der in Afford beschäftigten Maurer beträgt gegen 300 von 24 000 im Gau beschäftigten Maurern.

Wie das Namensverzeichnis der Orte ausweist, sind es außer Chemnitz und Plauen nur kleine Orte, wo Affordarbeit vorkommt, und dort wird sie wiederum zum Teil von Chemnitzer und Dresdener Maurern ausgeführt. Daß in den kleineren Orten Affordarbeit vorkommt, hat seinen Grund in der guten Baukonjunktur und den niedrigen Stundenlöhnen. Die Unternehmer brauchen Maurer und suchen daher solche in den Zeitungen, erhalten aber trotzdem keine, und solche, die darauf reflektieren, bieten sich zur Affordarbeit an. Bei etlichen Lohnbewegungen sehen die Unternehmer ihre Hoffnung auf diese Elemente.

Die diesjährigen Lohnbewegungen in Waldheim, Döbeln und Reichenbach hatten nur solche Affordkolonnen als Streikbrecher. Diese Vorgänge zeigen uns das Uebel der Affordarbeit noch von einer anderen Seite. Die Unternehmer versuchen mit der Affordarbeit die Streikenden zu beschämen.

Die große Mehrheit der Kollegenchaft ist gegen die Affordarbeit, und es wäre unangebracht, einer Reform das Wort zu reden. Die obigen Zahlen beweisen, daß nur wenige Maurer darauf ausgehen, den Unternehmern Affordarbeit abzugeben; anders kann es nicht genannt werden, denn in den meisten Fällen, wo bei Pubarbeit noch Afford vorkommt, sind es die Arbeiter, die den Unternehmern darum angeben, die Arbeit in Afford ausführen zu lassen.

Diese Menschen fragen nicht danach, ob sich ihre Handlungsweise mit den allgemeinen Interessen der Kollegenchaft vereinbaren läßt; sie handeln eben unsolidarisch. Am dümmsten ist die Ausrede, sie müßten in Zeitlohn gerade so viel arbeiten als in Afford. Als ob dies die anderen 23 700 Maurer, die in Zeitlohn arbeiten, nicht auch herausfinden würden. Eine weitere beliebige Redensart dieser Leute ist noch die: sie können mit den Stundenlöhnen ihre Bedürfnisse nicht befriedigen 98½ pSt. der im Bau beschäftigten Maurer müssen ohne Affordarbeit auskommen, nur diese Minderheit kann es nicht. Wir müssen uns vergegenwärtigen, daß die Maurer, die nicht in Afford arbeiten, fast alle der Organisation angehören und somit bestrebt sind, ihre Einkommen zu erhöhen. Die Sache liegt für die Herren Affordarbeiter so: sie wollen für sich Klaubau treiben, und daran müssen wir sie hindern, und zwar deshalb, weil ihr Tun und Treiben der Allgemeinheit Nachteil bringt. In Reichenbach lief mir ein solcher Streikbrecher zu, er könne für 32 s Stundenlohn seine Familie nicht ernähren. Diefem Menschen war bereits das Hungergeld für drei Mann nach Zwickau gegeben worden. Unser dortiger Vertrauensmann hatte den Leuten Logis und Arbeit nachgewiesen. Am nächsten Tage war diese Gesellschaft wieder in Reichenbach und hatte die Arbeit aufgenommen. Streikbrecher wollen sie aber nicht sein, weil sie mehr verdienen, als die Streikenden verlangten.

Bzüglich der Nachteile, die der Gesamtheit durch die Affordarbeit entstehen, brauche ich nur darauf zu verweisen, daß lediglich durch die Affordarbeit die Ausbeutung der Arbeitskraft im allgemeinen größer geworden ist; es bleibt der Zeit überlassen, hierin Besserung zu schaffen. Jeder Preisfestsetzung für Affordarbeit dient der Zeitlohn als Unterlage, mit dem Unterschied, daß nicht der volle angewendete Zeitlohn für das Stück in Rechnung gestellt wird, sondern der Preis nach unten gedrückt wird. Gewiß, es kann Fälle geben, wo der Arbeiter bei Stücklohn ohne besonders übermäßige Anstrengung einen höheren Wochenlohn erzielt, als sein Nebenkollege in Zeitlohn erhält. Dies ist aber nur möglich, wenn der Unternehmer oder der Geschäftsführer von der praktischen Arbeit nichts versteht. Solche Fälle ereignen sich aber nur einmal. Bei der nächsten gleichen Arbeit werden dann die Preise bestimmt reduziert. Seit Jahren überhaupt solange man angefangen hat, die Arbeiter zu organisieren, ist auf den langen Arbeitsstag verwiesen worden. Nun war es uns möglich, den Arbeitstag um zwei bis drei Stunden zu reduzieren. Das Bestreben der Organisation ist auf Verminderung der Arbeitslosigkeit gerichtet. Die Leute, die in Afford arbeiten, tun das Gegenteil davon; sie tragen zur Verkleinerung der Arbeitszeit gar nichts bei und wenn sie den Tag nur acht Stunden arbeiten würden. Wir müssen uns denken, daß für jeden Mehrlohn, der über den ordentlichen Zeitlohn hinaus verdient wird, Mehrarbeit geleistet werden muß. Nehmen wir an, der Tagelohn beträgt 8 s. In Afford werden aber 8 s bis 9 erzielt, dies sind 2 bis 3 pro Tag mehr. Daß der Unternehmer dem Affordarbeiter pro Tag ein Gehalt von annähernd 8 s zukommen läßt, wird wohl niemand behaupten wollen. Dieser Betrag wurde nur durch Mehrleistung erzielt. So kann man sich doch kein Unternehmern für eine Arbeit, die er für 8 s haben kann, etwa 9 s zu bezahlen. Wenn an einem Arbeitstage bei neunstündiger Arbeitszeit 8 s verdient werden, der Affordarbeiter aber in derselben Zeit 9 s verdient, so hat er nicht nur neun Stunden, sondern 13 Stunden gearbeitet. Eine solche Ausbeutung der Arbeitskraft muß für die Gesamtheit der Arbeiter nachteilig sein. Die Affordarbeit ist doch wohl nur ein häßliches Gewächs der großen Städte. Die aufgemachten Statistiken über die Affordarbeit beweisen uns das.

Nach dieser Sachlage muß der Verband zu dieser Frage seine Stellung ändern. Die bisher bestandene Resolution in Sachen der Affordarbeit genügt nicht mehr.

Solange der Verband schwach war, war es nicht gut möglich, seinen Mitgliedern das Verbot der Affordarbeit aufzuerlegen. Heute brauchen wir darauf keine Rücksicht mehr zu nehmen; denn wir können wohl annehmen, daß unter den Maurern, die heute dem Verband noch nicht angehören, fast gar keine Affordarbeiter anzutreffen sein werden. Die Aufführung unter den Kollegen ist ja auch in dieser Frage fortgeschritten, d. h. die Aufführung ist in bedeutend größere Kreise eingedrungen. Wir haben jetzt schon Arbeitsstellen, die gegen die Affordkolonnen gerichtet sind, zu vergleichen, und dies dürfte auch der Weg sein, die Affordkolonnen unmöglich zu machen. In Dresden bei Leipzig wollte sich eine Chemnitzer Affordkolonne festsetzen, wegen sich unsere Kollegen durch einen dreitägigen Streik mit Erfolg gewehrt haben. Jedemfalls werden sich die Kollegen in allen Orten, wo bis heute die Affordarbeit noch nicht üblich war, gegen ihre etwaige Einführung wehren müssen. Der Verband würde eine große Schwäche zeigen, wenn er vor der Affordarbeit Halt machen wollte. Diejenigen Maurer, die ausschließlich der Affordarbeit nachlaufen, sind doch nur solche Spione, wie es die Streikbrecher auch sind. Wenn uns in früheren Jahren durch die Streikbrecher fast jeder Streik kaputt gemacht wurde, so sind wir auch nicht zu der Folgerung gekommen: nur dürfen die Unternehmer nicht mehr durch Streiks angreifen usw.

Ich bin der Meinung, daß der nächste Verbandstag mit ruhigem Gemüthe beschließen kann, daß sich die Verbandsmittglieder für die Zukunft jedweder Affordarbeit zu enthalten haben. Der Verband hat heute eine ganz andere Position eingenommen, so daß wir nicht an ein Zerbrechen der Organisation zu denken brauchen. Die Kollegen in den großen Städten, die in Spezialberufen in Afford arbeiten, werden einer veränderten Situation auch Rechnung tragen müssen.

Gustav Jacob.

Die Organisation der Bauarbeiter in Frankreich.

(Nachdruck verboten.)

Die Organisation der französischen Bauarbeiter steht noch in jeder Hinsicht in den Kinderschuhen. Die erste gemeinschaftliche Organisation der Bauarbeiter, die sämtliche Berufe der Baubranche umfaßte, im übrigen aber nur eine sehr lose Kartellvereinigung lokaler Fachvereine war, wurde im Jahre 1898 gegründet und zerfiel im Jahre 1901 wieder. Die Ursachen dieses Zerfalls sind nicht ganz klar, doch scheint der Austritt einiger Gewerkschaften auf die Erhöhung der Zentralbeiträge zurückzuführen zu sein. Der Sekretär der Organisation, der in Frankreich die Funktion des Vorstehenden ausübt, legte sein Amt nieder und die Organisation verfiel, ohne daß selbst die Kartellorganisation, die Zentralstelle der Gewerkschaften, informiert worden wäre.

Eine kurze Zeit bestand überhaupt keinerlei Zentralorganisation des Baugewerbes. In den Jahren 1901 und 1902 wurden jedoch aufs neue mehrere Organisationen gegründet. Es wurde selbst wiederholt der Versuch gemacht, sämtliche bestehende Bauarbeiterorganisationen in einem Zentralfachverband zu vereinen, jedoch alle diese Versuche blieben bisher erfolglos. Es macht sich zur Zeit vielmehr das Bestreben geltend, neue Branchenorganisationen zu gründen, und zwar streben die Erdbauarbeiter danach, sich eine eigene Organisation zu errichten. Gegenwärtig bestehen folgende Zentralorganisationen: 1. Die Nationalföderation der Syndikate der Bauarbeiter; 2. Die Nationalföderation der Syndikate der Maurer, Steinarbeiter und verwandter Berufe; 3. Die Nationalföderation der Syndikate der Zimmerer; 4. Die Nationalföderation der Syndikate der Baufachleute und 5. Die Nationalföderation der Syndikate der Maler und Anstreicher. Außerdem besteht noch eine sehr große Anzahl unabhängiger

Totalsatzvereine, die teils keiner der vorgenannten Organisationen angehören, teils einer Totalsatzorganisation, d. h. einer Vereinigung von Satzvereinen einer Provinz oder eines Departements angehören. Genaue Ziffern lassen sich leider hierüber nicht geben, da jede Verbindung mit diesen Organisationen fehlt und diese Vereine vielfach des gewerkschaftlichen Charakters entbehren. Als Beispiel der alten Rünfte besaßen sie sich teilweise nur mit Unterstützung. Kollege Elard, der Sekretär der Totalsatzorganisation der Bauarbeiter, schätzt die Gesamtzahl der bestehenden nicht überörtlichen Syndikate auf 500 und die der Totalsatzorganisationen auf 20. Von den letzteren sind die bedeutendsten die von Nantes mit etwa 1000 Mitgliedern, von Dijon mit 800 Mitgliedern, die von Saint-Etienne mit 1000 Mitgliedern. Jedoch fallen diese Organisationen nicht sehr ins Gewicht, da ihre Aktion gleich Null ist. Diese Zersplitterung, die eine der Ursachen der Schwäche der französischen Gewerkschaften ist, ist hauptsächlich auf die in historischen Überlieferungen begründete Aneignung gegen jede Zentralgewalt zurückzuführen. Von den bestehenden Zentralorganisationen, die sämtlich nur Kartellverbände von Satzvereinen sind, umfaßt der Verband der Bauarbeiter sämtliche Berufe der Bauindustrie, und selbst Tapezierer und keramische Arbeiter, soweit sie Moosplatten herstellen, kurz, alle Berufe, die beim Hausbau tätig sind. Eine Bestimmung der Mitgliederzahl nach Berufs ist nicht möglich, da vielfach, besonders in kleineren Orten, die Angehörigen der Bauindustrie in einem Syndikat vereinigt sind. Die Gesamtzahl der Mitglieder beträgt etwa 4500 bis 5000. Der Verband wurde im Jahre 1902 gegründet und hielt bisher drei Kongresse ab. Im ganzen gehören ihm 95 Syndikate an. Der Zentralbeitrag beträgt 10 Ets. pro Monat und Mitglied, der durchschnittliche Syndikatsbeitrag 75 Ets. monatlich. Seit kurzem ist ein selbstbestandener Sekretär angestellt; man erhofft dadurch einen Fortschritt der Organisation und nimmlich eine Vereinigung sämtlicher Branchenorganisationen. Der Verband plant die Herausgabe eines Gewerkschaftsblattes. Von sämtlichen Bauarbeiterorganisationen besitzt zur Zeit nur die der Arbeiter ein Organ, das monatlich erscheint.

Die Organisation der Maurer, Steinarbeiter und verwandter Berufe umfaßt Maurer, Stuckateure, Erd- und Bauhilfsarbeiter und Steinmetzen. Angehören finden dem Verband 133 Syndikate mit etwa 6800 Mitgliedern. Im einzelnen ist auch hier die Mitgliedszahl nach Berufsgruppen festzustellen, doch ist die Organisation vorwiegend eine Organisation der Maurer, Gipser und Stuckateure. Im Gegensatz zum Verband der Bauarbeiter hat die Organisation einen etwas künstlichen und gemäßigten Charakter. So heißt es im § 2 der Nationalföderation der Maurer usw.: „1. Mit allen möglichen Mitteln die Einschätzung unserer Berufe in einer Spezialindustrie zu erreichen. Im Statut wird auch ausdrücklich die Aufforderung den Kandidaten für den obersten Arbeitssatz festgelegt, obwohl die Gewerkschaften unter dem Einfluß der Antiparlamentaristen die Beteiligung an den Wahlen zu dieser Körperschaft, der die Vorbereitung sozialpolitischer Gesetzentwürfe obliegt, bisher stets abgelehnt hatten. Der Zentralbeitrag beträgt für 1. bis 25 Mitglieder monatlich Frs. 1, für 25 bis 40 Mitglieder Frs. 1,50, für 50 bis 60 Mitglieder Frs. 2, für 100 Mitglieder Frs. 3. Die Zentralisation ist also eine noch losere, als bei dem Bauarbeiterverband.

„Nun noch einige kurze Angaben über die übrigen. Genetralorganisationen der Bauarbeiter. - Diese Angaben stützen sich auf die Mitteilungen des Kollegen Etard vom Bauarbeiterverband. Die Nationalföderation der Maler zählt etwa 1500 Mitglieder. In der Provinz ist sie noch ziemlich wenig vorgebreitet. - Sie führt seit Jahren einen Kampf um das gesetzliche Verbot der Verwendung von Weibsein Ein diesbezügliches Gesetz schmälert zur Zeit in den Altent schäften des Senats, dürfte jedoch in der bevorstehenden Parlamentsperiode zur Verabschiedung gelangen.

Der Verband der Hausreiner zählt nach den in der Konföderation gezahlten Beiträgen 2150 Mitglieder; seine effektive Mitgliederzahl dürfte jedoch höher sein.

Der Verband der Zimmerer, der für 400 Mitglieder Beiträge zahlt, hat etwa 1000 Mitglieder. Genaue Mitgliederzahlen können bei der herrschenden Organisationsform nicht gegeben werden, da die Organisationsleiter selbst darüber im Unklaren sind.

Unzulässig das bevorrechtigte Gewerkschaftsmonopol soll durch den Bauarbeiterverband ein neuer Versuch der Vereinigung gemacht werden. Tugend welche Vereinbarungen zwecks gemeinschaftlichen Vorgehens der Lohnbewegungen bestehen nicht. Es herrscht da noch eine starke Eifersüchtelei zwischen den einzelnen Organisationen, besonders zwischen den des Bauarbeiterverbandes und der des Verbandes der Maurer usw. An der verflochtenen Achtstundebewegung nahmen sämtliche Organisationen teil, alle auch mit dem gleichen praktischen Mißerfolg. Jedoch ist die moralische Nachwirkung ziemlich erheblich, indem jetzt mehr Wert auf die Verkürzung der Arbeitszeit gelegt wird.

Was nun die Lohnverhältnisse betrifft, so herrscht hier vielfach ein schreiender Gegensatz zwischen Paris und der Provinz. In Paris selbst sind die Löhne ziemlich gut. Sie betragen für ungelernte Arbeiter 55 bis 75 Frs. pro Stunde, für gelernte Arbeiter Frs. 1 bis Frs. 1,40.

in der Provinz steht es dagegen noch schlimm aus, besonders in den kleineren Orten. Diese Ungleichheit der Löhne zwischen Paris und der Provinz, die sich über alle Berufe erstreckt, und die oft so schreiend ist, daß Arbeiter beglücklichen Berufes in der Provinz nur den dritten oder vierten Teil und noch darunter, des Lohnes ihrer Pariser Kollegen bekommen, ist zum Teil durch den Mangel einer einheitlichen Rentrolorganisation zu erklären. Die kleinen Provinzorganisationen sind ganz auf sich selbst angewiesen und es fehlt ihnen meist die materielle Kraft um der nötige Impuls, um Lohnbewegungen durchzuführen. Die Organisation der Bauarbeiter in Frankreich steht er am Anfang ihrer Entwicklung. Offensichtlich geht es ihnen unter dem klärenden Einfluß der geeigneten sozialistischen Partei, das Verfaumte bald nachzuholen. J.

Zentralkrankenkasse.

(Grundstein zur Einigkeit.)

In der Woche vom 30. September bis 8. Oktober sind folgende Beträge eingegangen: Von der städtischen Verwaltung in Neumünster M. 800, Norderney 800, Steglitz 800, Wiefenburg i. d. Mark 250, Eckhardend 200, Wölitz (Sommer) 200, Spandau 200, Groß-Wiefen 200, Nauen 180, Briggere 151,83, Alt-Damm 150, Esblin 150, Neuzelle 120, Wietefeld 120, Mönchheim 100, Frankenthal 100, Wölln in Lauenburg 100, Hürbern 100, Eppelheim 100, Döben 100, Krumm 100, Leipziger-Gohlitz 100, Neuenhagen 100, Wittenwalde 100, Mühlstr. (Oberlahmstr.) 93,64, Göttingen 87,63, Varuth in der Mark 80, Regim 80, Eshof 70, Langenbren 60, Warthausen 50, Gesecke 50, Lübben i. d. Lausitz 40, Glienburg 33,64. Summa M. 5011,63.

Zulchüsse erstellten: Hannover M. 200, Stammheim 150, Wittenau 100, Barmsee 75, Budow 60, Groß-Neuendorf 50. Summa M. 685.

Altona, den 6. Oktober 1906.

Sterbekasse „Grundstein zur Einigkeit“.

Ausgeschlossen auf Grund § 6 Ziffer 1 alinea a ber

Stützungen sind folgende Mitglieder:

Nr. 37 Frau Ohlen, geb. am 9. April 1841,
" 447 Minna Schacht, geb. am 15. April 1863,
" 2544 Maria Traubetter, geb. am 2. Februar 1858,
" 8615 Max Rosenbergr, geb. am 18. Januar 1888,
" 8616 Max Baumgarten, geb. am 30. October 1876,
" 8623 Maria Rosenbergr, geb. am 26. Januar 1866,
" 8624 Charlotte Rosenbergr, geb. am 18. Februar 1902,
" 2536. Maria Sildemann, geb. am 9. October 1875,
" 2923 Walther Sildemann, geb. am 21. Januar 1900,
" 3440 Georg Schmittlitz, geb. am 22. Januar 1879.

Der Vorstand.
J. M.: W. Themar, Vorsitzender.

Dom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc.

(Die Zweigvereinsvorstände werden dringend ersucht, über alle in ihrem Bezirk bekannt werdenden Unfälle, mit kurzer Einführung der Begleitumstände und der ableitbaren Folgen, umgehend an den „Grundfidei“ zu berichten. Ebenfalls über die aus Unfällen resultierenden Gerichtsverhandlungen, sowie über den Erlass von Arbeiterschutzbefestimmungen und über Submissionsergebnisse.)

Verdau. Ein beauerlicher Unglücksfall ereignete sich hier am 5. Oktober, Nachmittags 4½ Uhr, am Reparaturbau in der Ferdinandsstraße, wo der Maurer Veit Jägermeister beim Aufgehen einer Decke vom Gerüst stürzte und das rechte Bein brach. Der Unglückliche mußte mittels Wagens in seine Wohnung transportiert werden. Jägermeister ist Vater von drei Kindern.

* **Submissionshöfheiten.** Die Eisenbahndirection in Hannover batte zum 15. September für die Umgehung der Bahnanlagen zwischen Lehrte und Wunstorf die Herstellung des massigen Unterbaues der Eisenbahnbrücke über die Riedlinger Wehre in Station 235 und 70 der Umgehungseisenbahn in öffentlicher Submission ausgeschrieben. Die Arbeiten und Lieferungen umfassen in der Saupfähle etwa: 3650 cbm Hobenausbau, 1880 qm Spundwände, 2745 cbm Beton, 2800 cbm Bruchsteinmauerwerk, 170 cbm Pfeilersteine, 450 qm Wegebefestigung und 340 qm Pfeilerumflasterung. Die Zuschlagsfrist für auf vier Wochen, die Ausführungsfrist auf 20 Wochen festgesetzt. Es forderten: Max Rüder-S Hannover M. 163 265,25, W. B. Engholz-Magdeburg M. 173 21, C. H. L. Hinrichs-Hameln M. 180 730,05, W. H. Casell-Hannover M. 181 303, W. F. S. Schwamm-Hannover M. 188 384,25, C. S. Kreiner-Hannover M. 190 681,50, Ludwig Ränge-Hannover M. 192 196,45, Christian Wagner-Hameln M. 193 431,75, Anhalter Betonwerke-Dessau M. 188 735,20, Baugelellschaft Wilschloss-Hannover M. 203 129, W. Grastorf-Kassel M. 206 407,80, Schumacher-Lehrte M. 225 798, Otto Grütfen-Genthin i. S. M. 226 471,75, M. Düne-Hannover M. 232 843, Zementbau-Vst.-Ges. Hannover M. 256 994, und Evers und Brandes-Hannover M. 267 655. Die Differenz zwischen dem Höchst- und Niedrigstgebot beträgt also nur die Kleinigkeit von M. 104,40.

ATK. Unverbrennliches Holz. (Nachr. verb.) Ueber das Thema „Unverbrennliches Holz“ ist bisher schon soviel für und wider geschrieben worden, daß es zur Kernzeichnung der wahren Sachlage wohl nicht uninteressant sein dürfte. Die Resultate von Versuchen zu erfahren, die unlängst von Professor Norton unter Mitwirkung von Edward Atkinson in America ausgeführt worden sind. Letzterer berichtet, daß er bereits vor 20 Jahren Holz, welches mit Ammoniaksalzen unter Pressung behandelt worden war auf seine Feuerbeständigkeit untersucht und als gänzlich werthlos erkannt habe. Derart imprägnirtes Holz wurde späterhin auf den Schiffen der amerikanischen Marine benützt, ist jedoch seitdem wieder aufgegeben worden. Sein Wert ergibt sich daraus, daß einmal ein Feuerbeständigkeitsbeamt sah, wie Terebinte mit derartigem Holz geheizt wurden, wobei das angeblich unverbrennliche Holz, das den Schiffen stammte, sehr gut brannte. Es ergibt sich schon hieraus, daß bei mit Ammoniaksalzen behandelten Hölzern von irgend einer Feuerbeständigkeit nicht die Rede sein kann.

irgend einer Feuergefährlichkeit nicht die Rede sein kann. Neuerdings haben diejenigen, die sich mit der Herstellung der feuergefährlichen Gölzer befaßten, den Ausdruck „unverbrännlich“ oder „feuerfester“ fallen gelassen und erklären nur noch, daß ihr Holz unentflammbar sei. Sie versichern ferner, daß sie inzmischen große Fortschritte bei der Imprägnierung gemacht hätten und daß es daher zu einem wohl berechtigten sei, daß die Verwendung ihrer Gölzer in manchen Fällen von der New-Yorker Bauverwaltung noch genehmigt wird. Andererseits ist es man gerade in New-York vielfach auf Widerspruch seitens der baunehmehenden Firmen, welche sich der Verwendung der feuergefährlichen Gölzer in den hohen Gebäuden widersetzen. Man entschloß sich daher, neue Versuche auf diesem Gebiete in der amerikanischen Versicherungsbereichsstation (Insurance Exchange)

neering Experiment Station) anzustellen. Diese Versuchs-
naren verschiedener Art. Bei einem derselben wurden
Goldstifte von 15 cm Länge und 18 : 18 mm im Querschnitt
in eine elektrisch geheizte Wuffel gebracht, die dauernd auf
einer gleichmäßigen Temperatur von rund 1000° C ge-
halten wurde. Das Gold wurde hierbei untersucht, nach-
dem es 1, 2 und 5 Minuten in der Wuffel gewesen war.
Die Prüfung zeigte, daß keine der Proben flammenlos war.
Es erwies sich indes doch, daß unbedecktes Gold schneller
entzündet wurde bei der Erhitzung und daß auch bei dem-
selben die Flamme längere Zeit anhielt. Bestimmte Re-
sultate ergaben sich, wenn man Goldproben auf eine
Metallplatte legte, die genügend heiß war, um das Gold
zu entzünden. Die in der Regel in New-York offiziell an-
gewandte Versuchsmethode wird von Professor Norton sehr
abfällig beurteilt. Dieselbe besteht darin, daß ein Stück
Gold von etwa 25 mm² Querschnitt und etwa 30 bis 40 cm
Länge in die Flamme eines Bunsenbrenners gehalten wird.
Hierbei wird dann entweder die Zeit beobachtet, die er-
forderlich ist, um das Stück durchzubrennen, oder diejenige
Menge Gold, die nach einer gewissen Zeit noch intakt ist.
Professor Norton erklärt, daß er beobachtet habe, daß
unpräparierte Goldproben bei diesem Versuch gleiche oder
bessere Resultate zeigten als imprägnierte Stüde. Er
spricht daher die Ansicht aus, daß es möglich sei, daß Proben,
die nach dieser Untersuchungsmethode als schlecht zu gelten
hätten, in der That besser seien als der Durchschnitt. Die
besten Resultate werden nach Norton durch folgenden Ver-
such erzielt.

Man schichtete etwa 40 Stübe jedes von 15 cm Ränge und quadratischem Querschnitt von 16 mm Seitenlänge rechtwinklig zueinander auf einen Koff, oder auf einem Drahtgitter auf. Hierdurch entsteht ein kleiner Holzstoh von etwa 16 cm Höhe mit zahlreichen Öffnungen, durch die die Luft durchströmen kann. Wenn dieser dann über einen Buntfennbrenner gestellt wird, so kann man bequem feststellen, ob die Entzündung leicht oder schwer vor sich geht, ob die Flamme schnell wieder verlöscht oder längere Zeit anhält und ob sie sich vom Punkt zu Punkt schnell ausbreitet. Ebenso kann auch leicht kontrolliert werden, wie lange Zeit zur Zerstörung des ganzen Holzstohes erforderlich ist und ob die entwickelte Hitze mehr oder weniger intensiv ist. Proben dieser Art zeigten, daß das heutzutage in Amerika hergestellte imprägnierte Holz bereits besser geworden ist, als es noch bei Jahren war. Damals war es noch leicht, die Holzstöße in Flammen zu setzen. Materialreste, die von dieser Zeit noch aufbewahrt und zum Vergleich mit neueren Präparaten jetzt geprüft wurden, zeigten dies deutlich. Im allgemeinen ergaben diese Versuche, daß das imprägnierte Holz zweifellos schwerer zu entflammen war und weniger intensiv brannte, als unbehandeltes Holz. Dieses Resultat wurde auch durch andere Proben, die zur Kontrolle angestellt wurden, bestätigt.

Überblickt man die Versuche im ganzen, so zeigt sich, daß manche Ursachen, welche unbedingtes Holz in wenigen Sekunden in Flammen setzen würden, auf präpariertes Holz jedenfalls wenigstens eine längere Zeit hindurch, etwa fünf Minuten, einwirken mußten, um die Entzündung herbeizuführen. Ferner ist die Flamme und die Hitze, die brennendem präpariertem Holz weit geringer, so daß die Gefahr der Weiterverbreitung eines Brandes bei unbedingtem Holz weit größer ist. Im Laufe der Zeit scheint sich bei präpariertem Holz, wenn es sich an kochenden Ölen befindet, eine Verschiebung der Entflammbarkeit nicht bemerkbar zu machen. Andererseits gab Professor Norton, daß die Qualität der einzelnen Sorten großen Verschiebungen unterworfen ist, und daß es daher unmöglich ist, von vornherein durch Versuche ganz einwandfrei für diese oder jene Sorte die relative Güte festzustellen. Sehr wichtig ist hier noch die Tatsache, daß im praktischen Leben alle Solatite meist angetrichen oder lackiert sind und daß dadurch, wenn wirklich das Holz selbst in seiner Feuergefährlichkeit etwas vermindert worden ist, der erzielte Erfolg wieder wesentlich beeinträchtigt wird. Nach alledem ergibt sich, daß zwar zweifellos ein gewisser Fortschritt erzielt ist bezüglich der feuersicheren Imprägnierung von Hölzern, daß dieser Fortschritt jedoch nicht derart ist, daß er als zwingende Begründung für beschädliche Vorrichtungen zur Vermeidung imprägnierter Hölzer an einzelnen besonders exponierten Stellen herangezogen werden könnte.

ATK. Eine neue Vorrichtung zur Vertheilung von Kunstmarmor. (Nachtr. verb.) Bei der Herstellung von Kunstmarmor in größeren Gabelationsbetrieben kommt wesentlich darauf an, die gefärbten Massen, mögen sie nun aus Gips, Zement oder sonst einem geeigneten Material bestehen, auf mechanischem Wege auf eine glatte Platte zu überführen, und zwar derart, daß sie von selbst ineinander fließen, so daß sich die dem natürlichen Marmor oder anderen Naturgesteinen eigenthümliche Nest- und Abzeichnung von selbst bildet. Eine bekannte Methode besteht z. B. darin, daß man aus zwei, drei oder auch mehreren nebeneinander angeordneten Behältern, in denen die verschiedenfarbigen Massen bereitete werden, durch Oeffnungen am Boden die Massen auf eine Platte fließen läßt, die mit einer Planblei versehen ist. Das Verfahren ist nicht sehr vollkommen, weil die Massen doch einigermaßen zähflüssig gestaltet werden müssen, damit sie sich nicht vollständig vermischen und die Farbfarben gegeneinander begrenzt werden. Von der Zähflüssigkeit hängt aber dann wiederum, auch die Zeichnung ab, welche nicht sehr mannigfaltig ausfallen kann. Nach einem anderen Verfahren, bringt man unregelmäßige Stüde, die man aus Zementplatten verschiedener Färbung durch Zertrümmern gewonnen hat, auf eine Glasplatte, ordnet sie ganz nach Belieben und gießt dann flüssigen Zement, den man ganz nach Raune färben kann, darüber aus, so daß sich alle Fugen füllen. Nach dem Erhärten wird die Platte von der Glas-tafel abgehoben und an der Sichtfläche abgeschliffen und polirt.

Bei beiden Verfahren wird die Sichtfläche durch eine Ebene begrenz. glatte Platte erzeugt, auf welche breiartige oder flüssige Massen auffliesen. Nach einem neuen Patente der Dortmunder Kunstmaarmorfabrik Mag. Brabänder soll die Zeichnung des Marmors berrnittelst einer zwischen drei vereinigten Masseläufen und der Platte eingeschlitzten Vorrichtung mannigfacher und reicher gestaltet werden, so daß der Fabrikant dem-Interessenten eine ganz große

Reflexion vom Marmorproben der verschiedensten Färbung und Zeichnung vorzulegen vermag. Aus den Masselsteinen, deren Böden mit Schichten oder Schichten versehen sind, fließt nach diesem Patent die Masse unter gleichzeitiger Zin- und Geruchsmitteln der Rosten auf ein durchsichtiges Blech und durch dieses erst auf die Glasplatte. Von der verschiedensten Form, Zahl und Anordnung der Löcher des Bleches hängt die Zeichnung des Marmors ab. Es wird einleuchtend, daß man durch Löcher von sehr verschiedenem Durchmesser, durch punkt- oder schichtartige Durchbohrungen, welche dicht oder weit voneinander, regel- oder unregelmäßig angeordnet werden können, eine überaus mannigfaltige Bild- oder Überzeichnung erzielen muß. Ein halbes Dutzend durchlöcherter Bleche wird nun also für eine Kunstmarmorfabrik schon ein wichtiges Rüstzeug darstellen. Die Auswahl der Erzeugnisse zu bereichern. Aus diesen Gründen verdient die einfache Erfindung jedenfalls Beachtung.

F. H. I.

Aus anderen Berufen.

* Der Buchdruckerarbeitsrat ist nun auf weitere zehn Jahre abgeschlossen worden. Der neue Tarif bringt den Buchdruckern eine zehnprozentige Lohnsteigerung und eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde pro Woche, die auf den Sonntagen verrechnet wird. Außerdem ist zwischen der Gewerkschaft und Prinzipalsorganisation ein Gegenständigkeitsverhältnis geschaffen worden, wonach die Mitglieder der Gewerkschaften nur bei organisierten Prinzipalen konfessionieren, und andererseits die Prinzipale nur im Buchdruckerverband organisierte Gehilfen beschäftigen dürfen. Ueber diesen Teil der Tarifabsmachungen meldet jedoch der „Korrespondent“ noch nichts, man wird daher noch abwarten müssen, ob die Meldungen der Tagespresse in diesem Punkte zutreffend sind. Ueber die vereinbarten neuen Lohnsätze teilt der „Korrespondent“ in seiner letzten Nummer mit: Das Minimum des gewissen Gehalts wurde festgesetzt auf M. 18 pro Woche für das erste Gehaltsjahr, auf M. 23 für Gehilfen bis zum Alter von 21 Jahren, für solche von 21 bis 24 Jahren werden M. 24, für über 24 Jahre alte Gehilfen M. 25 Wochenlohn festgesetzt. Zu diesen Minimalwerten treten dann noch die örtlichen Sozialzuschläge. Außerdem ist nach fünfjähriger Dauer des Tarifs eine Revision der Lohnsätze vorgesehen, die eine Erhöhung erfahren sollen, wenn verwerter Lebensbedingungen oder technische Veränderungen usw. eine solche als geboten erscheinen lassen.

Man wird sich erinnern, daß aus dem Lager der berufsmäßigen Schachmacher fortgesetzt gegen den Neubau des Buchdruckerarbeitsrats intriguiert und gehetzt wurde, trotzdem ist dies große Wert auf seine Geltung. Für die weitere Entwicklung des ganzen deutschen Tarifwesens hat das eine große Bedeutung.

Polizei und Gerichte.

* Freigesprochen wurden am 2. Oktober zwei unserer Kollegen von dem Schöffengericht in Weiburg. Sie waren angeklagt, bei dem dortigen Streik am 23. Juli auswärtige Maurer und Weibhinder durch Verabredung zu haben, die Arbeit einzustellen und sich der Streikbewegung der Maurer anzuschließen. Die beiden Angeklagten gaben zu, die betreffenden Arbeiter im Interesse der Arbeiterschaft zwecks Verbeiführung besserer Löhne und zur Verbesserung der Lebenslage bestimmt zu haben, die Arbeit einzustellen; sie betonten aber dabei ausdrücklich, daß in keiner Weise ein Zwang oder Druck ausgeübt worden; im Gegenteil, jedem Arbeiter solle der freie Wille gelassen werden. Diese Behauptung wurde auch von sämtlichen Zeugen bestätigt; nur ein Weibhinder von Bernbach will mit Totschlag bedroht worden sein. Allein diese Aussage erschien dem Gericht nicht bestimmt genug, um eine Verurteilung herbeizuführen, und beide Angeklagten wurden freigesprochen.

Eingegangene Schriften.

Die „Neue Zeit“ (Eutgart, Paul Singer) Heft 1 des 25. Jahrgangs. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Jena. — Der Parteitag von Mannheim. Von R. Rautsch. — Der Sozialistische Briefwechsel. Von Franz Mehring. — Die französische Presse in den ersten Jahren der großen Revolution. Von Heinrich Cunow. — Wandlungen in der Geisteshaltung und ihre Bedeutung für das Proletariat. Von Dr. Hermann Wehl. — Die Ausbeutung der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Fertigungsfabrik. Von Richard Wagner. — Internationales Sozialistisches Bureau. — Literarische Rundschau: Paul Jlg. Lebensdrang. Von Franz Diederich. Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postämter und Kolportage zum Preise von M. 3.25 pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abnominiert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. Probennummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Die Geschichte des Sozialismus in den Vereinigten Staaten. Von Morris Hillquit. Übersetzt von Karl Müller-Wernberg. Verlag von J. G. W. Nees, in Eutgart. XVI und 388 Seiten. Preis broschiert M. 2.50, gebunden M. 3. Für Vereine ermäßigte Preise.

Daß der moderne Sozialismus bestimmt ist, in der politischen Entwicklung der Vereinigten Staaten eine hervorragende Rolle zu spielen, ist jedem Einsichtigen längst klar geworden. Indessen, außer den Darstellungen des utopischen Sozialismus und der kommunistischen Versuche in den Vereinigten Staaten, ist über die moderne Arbeiterbewegung in der Neuen Welt nur sehr wenig Zusammenhängendes in Europa bekannt geworden.

Der Verfasser, ein bekannter Rechtsanwalt in New-York, teilt sein Buch in zwei Teile. — Der erste Teil ist eine Darstellung der zahlreichen Versuche, den Kommunismus praktisch in den Vereinigten Staaten zu verwirklichen mit dem Resultat, daß alle derartigen Versuche verunglückt sind, zu verunglücken mußten infolge unzureichender Mittel und Eigenbrödelerei, die fest und steif behauptete, den Stein der Weisen in der Tasche zu haben.

In der zweiten Abteilung behandelt der Verfasser den modernen Sozialismus, und zwar steht er hier ganz auf dem Boden der marxistischen Lehre, daß eine Gesellschaftsform nicht früher geändert wird, bis die ökonomische Entwicklung sie zur Veränderung gereift hat; und daß die Zukunft der menschlichen Gesellschaft nicht in den sinnreichen Plänen und Erfindungen irgend eines sozialen Philosophen zu suchen ist, sondern in der Richtung der ökonomischen Entwicklung.

Dr. A. Sorge in Hohenheim, ein genauer Kenner der amerikanischen sozialistischen Bewegung, empfiehlt das Buch in einer Einführung und sagt zum Schluß: „Das Buch ist lesens- und empfehlenswert und füllt wirklich eine Lücke aus in der Literatur. ... Es bietet eine staunenswerte Fülle von Wichtigen und Interessantem, und Sprache, Ton und Stil erscheinen tadellos.“

„Blut und Eisen“, Krieg und Kriegertum in alter und neuer Zeit ist der Titel des von Hugo Schulz verfassten dritten Bandes der unter dem Gesamttitle „Kulturbilder“ von der Buchhandlung Vorwärts, Berlin, herausgegebenen populären Abhandlungen aus der Kulturgeschichte. Die großartige Geißel der gesamten Menschheit ist der Krieg. „Die Fortsetzung der Politik mit gewaltsamen Mitteln“, wie der preussische General v. Clausewitz so harmlos sagt — der unlärmliche Ausdruck der unter dem dünnen Feinsinn der Zivilisation angehauchten Barbarei, wie er dem Freunde friedlicher Entwicklung erscheint.

Der Verfasser gibt in seinem Werke eine historische Darstellung der einflussreichen Kulturen, welche der Krieg im Leben der Völker gespielt hat. Im zusammenfassenden historischen Streifzug zeigt er, welche Greuel der Krieg gestiftet hat und welche Verwüstungen er angerichtet, aber auch, welche Kräfte er geweckt und in welcher Weise er auf die innere Entwicklung der Völker zurückgewirkt hat. Ohne jegliche Entrüstung und Sentimentalität zeigt der Verfasser auch, wo der Krieg, wie z. B. in der großen blutigen Auseinandersetzung zwischen Japan und Rußland, einen kulturhistorischen Prozeß gefördert hat.

Aus der Kriegsgeschichte erschließt sich die Militärgeschichte, und es wird überzeugend nachgewiesen, wie die Formen des Kriegsführens durchaus abhängig sind von den wirtschaftlichen Grundlagen des Lebens ihrer Zeit.

Auch dieser Band ist in durchaus leicht verständlicher, klarer Sprache geschrieben und mit Bildern und historischen Dokumenten reich illustriert. Das Werk erscheint in 50 Lieferungen à 20 Pf.; jede Woche wird ein Heft ausgegeben. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Kolportage sowie die Austräger dieser Zeitung entgegen. Auch können die Bestellungen direkt beim Verlag aufgegeben werden.

Sozialdemokratie und Anarchismus. Von Wilh. Herzberg. Ludwigshafen a. Rh. Gerisch & Cie. Preis 20 Pf. Die Schrift ist eine gründliche Abrechnung mit dem Anarchismus und dessen neuestem Abkömmling, dem Anarchosozialismus. Ausführlich zergliedert sie die Theorie des individualistischen und kommunikativen Anarchismus und zeigt die Schädlichkeit der anarchistischen Taktik für die moderne Arbeiterbewegung. Im Gegensatz dazu ist die Theorie der Sozialdemokratie in klarer, überzeugender Weise entwickelt und die Notwendigkeit und Möglichkeit der bisherigen sozialdemokratischen wie gewerkschaftlichen Taktik erwiesen. Ein längeres Kapitel beschäftigt sich mit dem Verhältnis von Gewerkschaften und Anarchismus. Die Schrift verdient, da sie einem Bedürfnis entspricht, auch durch die Gewerkschaftsorganisationen die weiteste Verbreitung, der der billige, für Massenvertrieb und Weiterverkauf noch verminderte Preis entgegenkommt.

Briefkasten.

* Zur Beachtung für unsere Korrespondenten. „Was Du tun willst, das tue bald.“ Wer dem „Grundstein“ etwas zu berichten hat, der soll damit nicht lange oder gar Wochen lang warten, sondern alle Vorkommnisse sofort melden. Dies gilt insbesondere für Bauunfälle etc., nicht minder aber auch für Versammlungsberichte. Redaktionschluss ist für die jeweilige Nummer des „Grundstein“ am Dienstag Morgen. Spätere Berichte haben in der Regel nur dann Aussicht auf sofortige Erledigung, wenn sie spätestens Montags Vormittags eingehe.

Des Berichtes Kürze sei seine Würze. Schreibe kurz und bündig, was sich zugetragen hat und laß dich nicht geführen, durch allerlei Weisheitsweisheiten und unangebrachte Phrasen Deinen Stil zu verunzieren.

Für Mitteilungen, die zum Abdruck im „Grundstein“ bestimmt sind, benutzt man nur eine Seite des Papiers.

Benutze Papier, möglichst von weißer Farbe, in der Größe von etwa 15 cm Breite und 25 cm Länge; lasse oben und unten einen Rand von je 2 cm und an einer Längsseite einen solchen von mindestens 4 cm. Der Abstand zwischen den Zeilen soll niemals weniger als 1 cm sein. Die einzelnen Blätter sollen nicht zusammengeheftet, sondern nummeriert werden. Ausnahmen in der Papiergröße sind nur bei Tabellen statthaft.

Schreibe stets mit gut leserlicher Tinte (rot ausgeschlossen) und verzichte nie, mit Deinem Namen zu unterzeichnen. Anonyme Zuschriften bleiben unberücksichtigt.

Nimm Anmerkungen, die zu dem Papierformat passen, damit unbillige Brüche vermieden werden.

Über diese Regeln beachtet, ist uns als Berichterstatter lieb und angenehm. Wer dagegen verstößt, erwidert der Redaktion umhüllend, die Arbeit und darf gewärtigen, daß bei großen Stoffmangel seine Berichte aufgeschoben werden oder gar in den Papierkorb wandern.

Unfrankierte oder nicht genügend frankierte Briefe und Karten werden nicht angenommen.

Titian, C. W. Es ist uns mindestens ebenso unangenehm wie Ihnen, wenn Orie im Streikregister geführt werden, deren Bewegung längst darüber ist; aber können Sie — und das gilt für alle Zweigvereine — bei der Nachricht vom Ende der Bewegung nicht auch zugleich angeben, auf welche Orie sich das getroffene Abkommen erstreckt? Dann könnten nämlich derartige Dinge recht gut vermieden werden.

Prenglan. Versuchen Sie, die Kollegen auf andere unmittelbare Weise zu ermuntern, vielleicht durch ein den örtlichen Zuständen angepasstes Flugblatt. Das von Ihnen eingedachte Flugblatt im „Grundstein“ abzugeben, hat gar keinen Zweck.

Wiesbaden, A. Z. Ja!

Dresden, M. R. Sie können ganz beruhigt sein; auch in Hamburg berechnet man Pyramiden z. B. Im übrigen besten Dank für die Aufmerksamkeit.

Borghorst, C. Bl. Auch mit 70 Jahren muß man noch Steuern zahlen, wenn man ein Einkommen danach hat. Nur das Einkommen spielt eine Rolle bei der Steuerzahlung, das Alter nicht.

Grütz, S. M. Die Aufnahme Ihrer Berichtigung lehnen wir ab, da Sie etwas berichtigten wollen, was gar nicht behauptet worden ist.

Anzeigen.

Sterbetafel.

(Unter dieser Rubrik bescheiden wir alle Todesfälle der Verbandsmitglieder, von denen und innerhalb einer Woche nach erfolgtem Ableben Mitteilung gemacht wird. Die Beile soll 15 A.)

Berlin. Am 1. Oktober starb unser Mitglied **Karl Hoffmann** im Alter von 61 Jahren an Lungen- und Nierenleiden. — (Sektion der Bürger.) Am 29. September starb unser altes Ehrenmitglied **Karl Hellmuth** im Alter von 74 Jahren an Herzlähmung.

Blankenburg a. S. Am 30. September starb unser Mitglied **Fritz Schaaf sen.** im Alter von 63 Jahren an Herzschlag.

Breslau. Am 1. Oktober starb unser Kollege **Paul Pinzer** an den Folgen eines Unfalls im Alter von 34 Jahren.

Crefeld. Am 3. Oktober starb unser Kollege **H. Uebach** infolge Einatmens giftiger Gase im Alter von 39 Jahren.

Eichhof. Am 30. September starb unser treuer Kollege **Johann Thiede** im Alter von 48 Jahren infolge eines Unfalls. Wir verlieren in ihm ein eifriges Mitglied.

Flensburg. Donnerstag, den 4. Oktober, verschied unser Kollege **Martin Grün** im Alter von 58 Jahren.

Freising. Am 5. Oktober starb, von uns allen betrauert, unser treuer Kollege **Anton Schwarz** im 25. Lebensjahre.

Genau. Am 29. September starb nach sechsjährigem Leiden an der Veranfrachtung unser Kollege **August Ehrhorn**, 46 Jahre alt. Er war der Gründer der Maurer- und Zimmererorganisation in Genau und für diese stets in anerkanntem Sinne tätig.

Marburg-Dünabach. Am 29. September starb unser Verbandskollege **Heinrich Dörr** nach langem Krankenleiden im Alter von 30 Jahren.

München. Am 23. September starb unser Verbandskollege **Josef Haselreiter** nach längerem Leiden an der Prostatafrankheit im Alter von 31 Jahren.

Penzlin i. M. Am 2. Oktober starb unser treuer Verbandskollege **Fritz Schröder** im Alter von 63 Jahren an Herz- und Nierenleiden.

Rudolstadt. Am 3. Oktober starb nach langem Leiden unser Verbandskollege **Albert Heyder** an Nippenfellentzündung im Alter von 50 Jahren.

Weinbau b. Mainz. Am 1. Oktober starb infolge Bluthurses der Gründer unserer Zählstelle, der Kollege **Karl Jertz**, im Alter von 43 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Schönebeck a. d. Elbe.

Die Adresse des ersten Vorsitzenden ist jetzt: **Friedrich Schmöhl, Feldeckerstr. 25.** [M. 1,20]

Versammlungs-Anzeiger.

Verbandsversammlungen der Maurer.

Samstag, den 14. Oktober.

Croppenstedt. Nachm. 4 Uhr in der „Plantage“.

Montag, den 15. Oktober.

Berlin. (Beyl. Staden Lumb II.) Abends 8 1/2 Uhr bei Bernan, Schwedterstr. 23/24. Z.-D.: Bericht von den Vertreterversammlungen.

Donnerstag, den 18. Oktober.

Berlin. (Beyl. Staden Lumb II.) Abends 8 1/2 Uhr bei Habel, Bergmannstr. 5/7, großer Saal. Z.-D.: Welche Forderungen stellen wir für das nächste Jahr den Unternehmern? Verchiedenes.

(Beyl. Staden I.) Abends 8 1/2 Uhr in den „Andreasställen“, Z.-D.: 1. Vortrag, 2. Beratung und Abstimmung über die Reformbewegung im nächsten Jahre.

(Beyl. Staden II.) Abends 8 1/2 Uhr in den „Vorstadt-Sälen“, Altesstr. 6/7. Z.-D.: 1. Stellungnahme zu den den Unternehmern zu stellenden Forderungen für das nächste Jahr, 2. Bericht aus der Vertreterversammlung.

Berlin-Reinickendorf. Abends 8 Uhr bei Habel, Hauptstr. 61. Z.-D.: Welche Forderungen stellen wir den Unternehmern für das nächste Jahr zu unterbreiten?

Steglitz-Berlin. Z.-D.: Unsere Forderungen für 1907.

Sonntag, den 20. Oktober.

Aken. Abends 8 1/2 Uhr.

Sonntag, den 21. Oktober.

Berlin. (Stadter Herrmannstr.) Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 15, Saal I. Z.-D.: Vortrag, Verchiedenes.

Bernsdorf O.-L. Tagesordnung. Mitgliederwahlen sind mitzubringen. Nachm. 3 Uhr Besprechung in der Wohnung des Kollegen Wilhelm Jessen.

Wiesenburg. Nachm. 3 Uhr im Gasthof „Zum Hofsäger“.

Zentral-Brauerkassette der Maurer usw.

Sonntag, den 21. Oktober.

Gr.-Lichterfelde. Vorm. 9 1/2 Uhr im Lokale von A. Reifen, Gausstr. 104.

Druck: Somburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.